



Niedersächsischer Landtag

Stenografischer Bericht

3. Sitzung

Hannover, den 13. März 2013

Inhalt:

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten	61
<i>Feststellung der Beschlussfähigkeit</i>	61

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde	61
------------------------------	----

a) Ideologie statt Aufklärung - Aus für HannoverGEN blamiert Innovationsland Niedersachsen

- Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/38	61
Jörg Hillmer (CDU).....	61
Ina Korter (GRÜNE).....	63
Stefan Politze (SPD).....	65
Björn Försterling (FDP)	67
Christian Meyer , Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	68

Persönliche Bemerkung:

Jörg Hillmer (CDU).....	70
--------------------------------	----

b) Ursachen der Lebensmittelskandale bekämpfen - Chancen der neuen Agrarpolitik nutzen -

Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/41	70
Wiard Siebels (SPD).....	70
Frank Oesterhelweg (CDU).....	72
Dr. Stefan Birkner (FDP).....	73
Miriam Staudte (GRÜNE)	74
Christian Meyer , Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	76

c) Normalität statt "schrille Minderheit" - Ehe auch für Homosexuelle - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/44	78
Helge Limburg (GRÜNE)	78
Mechthild Ross-Luttmann (CDU).....	79
Andrea Schröder-Ehlers (SPD).....	80
Jan-Christoph Oetjen (FDP).....	81
Antje Niewisch-Lennartz , Justizministerin.....	82

d) Berlin, Berlin - wir warten auf Berlin! Rot-grünes Regieren nach dem Prinzip Hoffnung - Antrag

der Fraktion der FDP - Drs. 17/42	83
Christian Dürr (FDP)	83
Johanne Modder (SPD)	84
Anja Piel (GRÜNE)	86
Jens Nacke (CDU).....	87

Tagesordnungspunkt 3:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/22.....	88
Björn Thümler (CDU)	88, 90, 91
Jens Nacke (CDU).....	89
Renate Geuter (SPD).....	91, 98
Gerald Heere (GRÜNE)	93, 95
Reinhold Hilbers (CDU)	95, 100, 103
Christian Dürr (FDP)	96, 98, 104
Peter-Jürgen Schneider , Finanzminister	99, 100, 101
Christian Grascha (FDP)	101
<i>Ausschussüberweisung</i>	104

Zur Geschäftsordnung:	
Jens Nacke (CDU).....	90

Tagesordnungspunkt 4:

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs - Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs - Drs. 17/36.....	104
--	-----

Tagesordnungspunkt 5:

Vereidigung der neu gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs	109
Eva Hausmann-Lucke	109
Dr. Thomas Veen	109
Hannelore Kaiser	110
Professor Dr. Werner Heun	110
Gabriele Beyer	110
Dr. Ulrike Sassenberg-Walter	110
Professor Dr. Hermann Butzer	110

Tagesordnungspunkt 6:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten und der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des Staatsgerichtshofs - Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs - Drs. 17/37.....	111
--	-----

Tagesordnungspunkt 7:

1. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/35... <i>Beschluss</i>	111 111
---	------------

Tagesordnungspunkt 8:

Erste Beratung:	
Privatisierung verhindern - Wasserversorgung muss Teil der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/26.....	112
Volker Bajus (GRÜNE).....	112
Lutz Winkelmann (CDU).....	113
Sigrid Rakow (SPD).....	114
Dr. Gero Hocker (FDP).....	116
Stefan Wenzel , Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz.....	117
<i>Ausschussüberweisung</i>	118

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:	
DVB-T als Verbreitungsweg für Fernsehprogramme erhalten - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/20.....	118
Jens Nacke (CDU).....	118

Hans-Dieter Haase (SPD).....	119
Christian Dürr (FDP).....	121
Gerald Heere (GRÜNE).....	122
<i>Ausschussüberweisung</i>	122

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:	
"Ja" zum Ausbau der niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur - "Nein" zur Verkehrspolitik von Rot-Grün in Niedersachsen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/21.....	123
Karl-Heinz Bley (CDU).....	123, 133, 134
Gerd Ludwig Will (SPD).....	124, 135
Gabriela König (FDP).....	127
Susanne Menge (GRÜNE).....	128
Jörg Bode (FDP).....	128, 135, 138
Olaf Lies , Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.....	129, 136, 137
Petra Emmerich-Kopatsch (SPD).....	134
Ulf Thiele (CDU).....	136
Jens Nacke (CDU).....	137
<i>Ausschussüberweisung</i>	139

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:	
Zustimmung des Niedersächsischen Landtages gemäß Artikel 63 Abs. 1 NV; hier: Verkauf der landeseigenen Liegenschaft in Hannover, Wunstorfer Str. 14 - Antrag der Landesregierung - Drs. 17/10 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/32.....	139
<i>Beschluss</i>	139
(Direkt überwiesen am 27.02.2013)	

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:	
Verkauf einer Baulandfläche in Osnabrück-Haste (Gemarkung Haste, Flur 4, Flurstück 1061, 1062, 1064, 1082, 1083, 1085, 1086, 1087, 1088, zur Größe von insgesamt 17 228 m²) - Antrag der Landesregierung - Drs. 17/13 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/33.....	139
<i>Beschluss</i>	139
(Direkt überwiesen am 27.02.2013)	

Nächste Sitzung.....	139
----------------------	-----

Vom Präsidium:

Präsident	Bernd Busemann (CDU)
Vizepräsidentin	Dr. Gabriele Andretta (SPD)
Vizepräsident	Klaus-Peter Bachmann (SPD)
Vizepräsident	Karl-Heinz Klare (CDU)
Schriftführer	Markus Brinkmann (SPD)
Schriftführerin	Hilgriet Eilers (FDP)
Schriftführer	Stefan Klein (SPD)
Schriftführerin	Ingrid Klopp (CDU)
Schriftführerin	Gabriela Kohlenberg (CDU)
Schriftführer	Klaus Krumfuß (CDU)
Schriftführer	Clemens Lammerskitten (CDU)
Schriftführer	Belit Onay (GRÜNE)
Schriftführerin	Sigrid Rakow (SPD)
Schriftführerin	Sabine Tippelt (SPD)
Schriftführerin	Elke Westen (GRÜNE)

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident

Stephan Weil (SPD)

Minister für Inneres und Sport

Boris Pistorius (SPD)

Finanzminister

Peter-Jürgen Schneider (SPD)

Staatssekretär Frank Doods,
Finanzministerium

Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit
und Integration

Cornelia Rundt (SPD)

Kultusministerin

Frauke Heiligenstadt (SPD)

Staatssekretär Peter Bräth,
Kultusministerium

Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Olaf Lies (SPD)

Staatssekretärin Daniela Behrens,
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

Christian Meyer (GRÜNE)

Justizministerin

Antje Niewisch-Lennartz (GRÜNE)

Staatssekretär Wolfgang Scheibel,
Justizministerium

Ministerin für Wissenschaft und Kultur

Dr. Gabriele Heinen-Kljajić (GRÜNE)

Staatssekretärin Andrea Hoops,
Ministerium für Wissenschaft und Kultur

Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Stefan Wenzel (GRÜNE)

Staatssekretärin Almut Kottwitz,
Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz

Beginn der Sitzung: 9.02 Uhr.

Präsident Bernd Busemann:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie namens des Präsidiums und eröffne die 3. Sitzung im 2. Tagungsabschnitt des Landtages der 17. Wahlperiode.

Tagesordnungspunkt 1:

Mitteilungen des Präsidenten

Ich darf dann auch gleich - ich denke, das können wir überschlägig schon so beurteilen - die **Beschlussfähigkeit** des Hauses feststellen.

Ich habe eine Mitteilung für Sie: Entschuldigt ist für heute Nachmittag von 13 Uhr bis 17 Uhr der Abgeordnete Dr. Matthiesen. Ansonsten gibt es keine Mitteilungen.

Ich darf mich im Weiteren der Tagesordnung zuwenden. Die Einladung, die Tagesordnung und der Nachtrag zur Tagesordnung für diesen Tagungsabschnitt liegen Ihnen vor. Außerdem haben Sie alle eine Übersicht erhalten, aus der Sie ersehen können, wie die Fraktionen die ihnen zustehenden Zeitkontingente verteilt haben. - Ich stelle das Einverständnis des Hauses mit diesen Redezeiten fest.

Die heutige Sitzung soll gegen 18.15 Uhr enden.

In der unteren Wandelhalle ist die vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V., Landesverband Niedersachsen, und vom Historischen Seminar der Leibniz Universität Hannover konzipierte Ausstellung „Auf den Strömen der Erinnerung ...‘ - Kriegsgefangenschaft und Gulag im russischen und deutschen Gedächtnis. Fotoausstellung der Sommeruniversität Hannover - Perm 2012“ zu sehen. Die Veranstalter freuen sich über Ihr Interesse. Ich denke, heute und morgen wird Gelegenheit genug sein, sich das einmal in Ruhe anzusehen.

Für die Initiative „Schulen in Niedersachsen online“ werden in den kommenden Tagen Schülerinnen und Schüler des Wilhelm-Busch-Gymnasiums aus Stadthagen wieder mit einer Onlineredaktion live aus dem Landtag berichten. Die Patenschaft dafür hat der Abgeordnete Karsten Becker übernommen.

(Beifall)

Sendungen, die das „Modellprojekt Landtagsfernsehen“ der Multi-Media Berufsbildenden Schulen erstellt, stehen im Internet auf der Homepage der Schule - www.mmbbs.de - zum Abruf bereit und sollen auch über den Regionalsender LeineHertz 106einhalb gesendet werden.

Die mir zugegangene Entschuldigung habe ich schon erwähnt; es geht heute nur um den Kollegen Dr. Matthiesen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 2:

Aktuelle Stunde

Wer sich mit dem Instrument vertraut machen will, kann in den § 49 unserer Geschäftsordnung schauen. Für den Fall, dass es Bedarf an Zwischenfragen gibt, weise ich darauf hin, dass das in § 69 Abs. 4 der Geschäftsordnung geregelt ist. Die Zulässigkeit von Zwischenfragen hängt davon ab, ob der Redner sie zulässt. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass Kurzinterventionen im Rahmen der Aktuellen Stunde nicht zulässig sind.

Meine Damen und Herren, für diesen Tagesordnungspunkt sind mir vier Themen benannt worden, deren Einzelheiten Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung entnehmen können.

Ich weise noch einmal darauf hin, dass jede Fraktion zu jedem Thema über fünf Minuten Einzelredezeit verfügt. Wie gesagt, Kurzinterventionen sind nicht zulässig. Deswegen braucht man das auch gar nicht erst zu versuchen.

Ich eröffne die Besprechung zu

a) Ideologie statt Aufklärung - Aus für HannoverGEN blamiert Innovationsland Niedersachsen - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/38

Hierzu liegt eine Wortmeldung des Kollegen Jörg Hillmer von der CDU-Fraktion vor. Sie haben das Wort.

Jörg Hillmer (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Weil, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung wenig Konkretes gesagt. Aber mir ist in Erinnerung geblieben, Sie wollten eine dialogorien-

tierte Politik machen. Wie sieht die in der Praxis aus?

Im Oktober 2012 haben Sie, auf das Projekt HannoverGEN angesprochen, erklärt, Sie müssten sich erst schlau machen. Peinlich genug für einen Bürgermeister, in dessen Verantwortungsbereich vier Schulen sind, die das Projekt betreiben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Zurufe von der SPD)

Im Februar 2013 sind Sie als Ministerpräsident von Schülern der Wilhelm-Raabe-Schule eingeladen worden. Nach meiner Kenntnis sind Sie dort bisher nicht erschienen. Nun ist Niedersachsen groß. Das ist ein weiter Weg. Das sind aber keine 50 km, es sind auch keine 5 km und auch keine 500 m, sondern es sind 50 m. Herr Weil, die Wilhelm-Raabe-Schule ist direkt hinter Ihrer Staatskanzlei.

(Johanne Modder [SPD]: Herr Ministerpräsident!)

Sie können vom Fenster aus in das Labor hineinschauen. Wir haben uns davon überzeugt.

(Heiterkeit bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Auch die zuständige Kultusministerin ist so tief abgetaucht, dass sie nicht mehr interessiert, was auf dieser Welt passiert. Stattdessen heißt es kurz und knapp im Koalitionsvertrag: Das Projekt HannoverGEN wird beendet. Basta, beschlossen und verkündet, drei Wochen später vollstreckt von Herrn Meyer. - Das ist von Ihrer dialogorientierten Politik geblieben. So schnell sind Anspruch und Wirklichkeit noch nie auseinandergefallen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Weil, Sie haben nicht nur die Chance auf einen Dialog verpasst. Sie haben auch eine positive Erfahrung verpasst.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Ein bisschen dünn jetzt!)

Sie hätten engagierte Lehrer, motivierte und interessierte Schüler erleben können, die im Geschichtsunterricht mit ihren Lehrern den Nationalsozialismus reflektieren, ohne zu Nazis zu werden, die im Physikunterricht die Kernspaltung besprechen, ohne Atombomben zu bauen, und die im Biologieunterricht im Bereich Genetik und Gentechnik laborieren, ohne zu Frankenstein zu werden.

Diese Schülerinnen und Schüler, meine Damen und Herren, haben u. a. in handelsüblichen Mais-tortillas Spuren von genverändertem Mais nachgewiesen. Sie haben nicht das Pferdefleisch im Rinderhack gefunden, weil sie sich auf Pflanzen-genetik konzentrieren. Aber vielleicht hätten sie auch das gekonnt. Diese Beispiele zeigen, dass wir Gennachweise brauchen, nicht zuletzt für die Sicherheit unserer Nahrungsmittel.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Verbraucherschutzminister Meyer, Genuntersuchungen sind kein Teufelswerk, sondern notwendiges Nachweismittel für Lebensmitteluntersuchungen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sagen Sie doch einmal etwas zur Intention des Projektes!)

Wir meinen, Frau Staudte, dass die Urteilsfähigkeit junger Menschen durch die Vermittlung von Wissen und die kritische Auseinandersetzung gestärkt werden kann. Davon konnten wir uns bei unserem Besuch des Projektes an der Wilhelm-Raabe-Schule überzeugen.

Auch im Namen meiner Kollegen möchte ich mich bei den Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern der Wilhelm-Raabe-Schule für die interessanten Einblicke herzlich bedanken.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Schüler zeigten sich sehr gut informiert und waren zweifelsfrei in der Lage, die Chancen und Risiken abzuwägen. Wissen macht frei,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was?)

oder - wie Kant die Aufklärung überschrieben hat - sapere aude: wage es, etwas zu wissen.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Jetzt wird es aber kritisch!)

Sie nutzen Angst - ja, Frau Staudte - als Mittel in der Politik und wissen, dass Aufklärung Menschen die Angst nimmt.

(Zuruf von der SPD: Aber haarscharf!)

Trauen Sie den Menschen bitte eine eigene Meinungsbildung zu! Schreiben Sie ihnen nicht vor, was sie wissen sollen! Das ist reaktionär.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, HannoverGEN ist als Preisträger im Wettbewerb „365 Orte im Land der Ideen“ ausgezeichnet worden. Es ist als ausge-

wählter Ort und als Botschafter 2011 für das Land der Ideen ausgezeichnet worden und repräsentiert das Innovationspotenzial Deutschlands.

Ich weiß, dass Sie Not haben, die Abschaffung der Studienbeiträge gegenzufinanzieren. Aber kürzen Sie nicht in anderen Bildungstiteln, und verschieben Sie nicht Lasten auf die Kommunen, wie Frau Korter das in diesem Zusammenhang vorgetragen hat!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine Damen und Herren, zum Vorwurf, das Projekt sei eine Werbeplattform der Genindustrie: Dieser Vorwurf ist eine Beleidigung für die engagierten Lehrerinnen und Lehrer an den beteiligten Schulen, die sich viel Mühe geben, ein differenziertes Bild zu vermitteln. Ich bitte Sie: 3 % der Kosten übernimmt die Wirtschaft. Die können Sie meinetwegen streichen, aber lassen Sie die 97 % in den Schulen.

Wenn dieses kleine Projekt eine Werbeplattform der Gentechnikindustrie ist, dann ist die IdeenExpo eine Kinderverführungsmesse der versammelten niedersächsischen Industrie. Jetzt weiß ich auch, warum Frau Heinen-Kljajić für die Grünen jahrelang von dieser Stelle gegen die IdeenExpo gewettert hat und regelmäßig die Haushaltstitel streichen wollte. Herr Weil,

(Johanne Modder [SPD]: Herr Ministerpräsident!)

hier ist ein Orientierungsgespräch fällig.

(Glocke des Präsidenten)

Oder werden Sie jetzt den Schulklassen den Besuch untersagen und das Sponsoring der Firmen für den Bus zur IdeenExpo aus Angst unterbinden, die Kinder könnten indoktriniert werden?

(Johanne Modder [SPD]: Von Stil haben Sie keine Ahnung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Niedersachsen ist ein Innovationsland und wichtiger Technologiestandort. Wir haben in Niedersachsen wichtige Forschungseinrichtungen und hervorragende technische Universitäten und Hochschulen,

(Glocke des Präsidenten)

die sogar noch über freie Studienplätze verfügen. Werden Sie endlich vernünftig! Die Aufkündigung des Projektes durch das Land ist sachlich nicht zu erklären. Der inquisitorische Eifer der Grünen ist nur mit ideologischem Fundamentalismus zu erklä-

ren. Ich fordere Sie auf: Führen Sie das Schulprojekt HannoverGEN weiter!

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Präsident Bernd Busemann:

Danke, Herr Kollege Hillmer. - Meine Damen und Herren, ich hatte eingangs darauf hingewiesen, dass als Einzelredezeit fünf Minuten vorgesehen sind. Wenn wir sehen, dass das Limit erreicht wird, wird hier kurz geklingelt, damit der Redner das weiß. Notfalls bekommt er eine Aufforderung, noch einen letzten, durchschlagenden Satz zu platzieren. Ansonsten bitte ich um die passende Disziplin. Das gilt natürlich auch für alle anderen.

Jetzt hat sich für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Ina Korter zu Wort gemeldet.

(Ulf Thiele [CDU]: War Frau Korter in der Schule?)

Ina Korter (GRÜNE):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Ideologie statt Aufklärung“: Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP - das hier ist eine Aktuelle Stunde der CDU -, damit fahren Sie schweres Geschütz auf. Ich glaube, wir müssen die Debatte versachlichen und darauf hinweisen, worum es eigentlich geht

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

und worum es nicht geht; denn man muss schon bei der Wahrheit bleiben. Es geht um einen einzigen Satz in der Koalitionsvereinbarung: Das Projekt HannoverGEN wird beendet.

Dabei reden wir über ein Projekt, das ganze vier Schulen in Niedersachsen - zwei davon in der Stadt Hannover, zwei in der Region Hannover - betrifft und das bereits 1,16 Millionen Euro, also mehr als eine viertel Million Euro je Schule, gekostet hat. Das, meine Damen und Herren, ist eine Luxusausstattung, von der die anderen über 3 000 Schulen in Niedersachsen nur träumen können.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Dieses Geld kam nicht etwa aus dem Bildungsetat, wie man erwarten sollte, sondern es kam aus dem Etat des Landwirtschaftsministeriums.

HannoverGEN war befristet, zuletzt bis 2013. Über den Ablauf dieser Frist hinaus will das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz kein weiteres Geld für diesen Zweck bereitstellen.

Das ist der Sachverhalt. Um mehr geht es nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Weil es schlecht ist?)

Worum es aber ausdrücklich nicht geht: Es geht nicht darum - wie Sie behaupten -, dass sich Schülerinnen und Schüler nicht mehr kritisch mit der Gentechnik in der Landwirtschaft im Unterricht beschäftigen sollen.

(Christian Dürr [FDP]: Damit soll sich gar keiner beschäftigen, wenn es nach Ihnen geht!)

Im Gegenteil: Die Gentechnik ist im Kerncurriculum verankert. Von Denkverboten kann also keine Rede sein. Wenn Sie so etwas unterstellen, dann grenzt das, wie ich wirklich sagen muss, an vorzügliche Täuschung.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es geht auch nicht darum, dass den vier Schulen die Labore weggenommen werden, mit denen sie praxisnahen Unterricht machen können. Nein, die Labore sollen sie behalten, aber für die laufenden Sachkosten der nächsten Jahre ist in Zukunft der Schulträger zuständig - wie an allen anderen Schulen in Niedersachsen auch.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Ulf Thiele [CDU]: Frau Korter, es geht um Personalkosten! Das wissen Sie!)

Diese vier Schulen sind privilegiert ausgestattet worden. Natürlich kämpfen die Schülerinnen und Schüler sowie die Kollegien um die Ausstattung. Aber, meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass es Aufgabe des Agrarministeriums ist, eine solche Ausstattung und die Unterrichtsmaterialien auf Dauer zu finanzieren. Das ist nicht seine Aufgabe! Über die Inhalte des Schulunterrichts entscheiden - - -

(Zuruf von Gabriela König [FDP])

- Ach, Frau König, haben Sie in zehn Jahren Schulpolitik von hier aus die Kommunen mit Sachmitteln ausgestattet und Labore gebaut? - Das wüsste ich aber!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

In anderen Bereichen ist das ja auch nicht geschehen.

(Ulf Thiele [CDU]: Frau Korter, es geht um Personalkosten!)

- Herr Thiele, Sie haben noch genug Redezeit.

Über die Inhalte des Schulunterrichts entscheiden im Rahmen der Kerncurricula die Lehrkräfte. Die Auseinandersetzung mit neuen Technologien, auch mit der Gentechnik, gehört natürlich dazu. Es darf aber nicht sein - das sagen wir ganz klar -, dass interessierte Wirtschaftsverbände Einfluss auf inhaltliche Schwerpunktsetzungen in den Schulen nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

„Ideologie statt Aufklärung“ sagen Sie, meine Damen und Herren von der CDU. Wenn wir uns die Entstehung des Projekts HannoverGEN ansehen, bekommen wir den Eindruck, dass es Ihnen gerade bei *dem* Projekt mehr um Ideologie als um Aufklärung ging.

(Widerspruch bei der CDU)

- Ihre Aufregung ist ja erstaunlich. Hören Sie vielleicht mal zu! Ich kann Ihnen das nachweisen.

HannoverGEN ist nicht aus dem Bildungsbereich heraus entstanden, sondern es wurde vom Gesprächsforum „Wissenschaft-Wirtschaft“ ausgebrütet, das vor zehn Jahren auf Initiative des damaligen Ministerpräsidenten Christian Wulff und des Landvolkpräsidenten Werner Hilse gegründet wurde. Ziel war, die Wettbewerbsfähigkeit der Agrar- und Ernährungswirtschaft auszubauen.

Bei HannoverGEN ging es damals nicht um die unabhängige Auseinandersetzung mit der Gentechnik, sondern vor allem ging es darum, Akzeptanz für diese aus guten Gründen umstrittene Technologie zu schaffen. Aus den Worten des damaligen Ministerpräsidenten Wulff, zitiert nach der *Hannoverschen Allgemeinen* vom 11. September 2007 - mit Genehmigung des Präsidenten -, wird deutlich:

Ich halte, so Christian Wulff, die grüne Gentechnik für eine Schlüsseltechnologie, bei der wir unbedingt am Ball bleiben müssen. - Und weiter: Für die Durchsetzung der grünen Gentechnik sei allerdings ein breiter gesellschaftlicher Konsens erforderlich, da es noch immer starke Vorbehalte gebe.

Daher brauche man Aufklärungsarbeit über Nutzen und Risiken dieser Technologie an den Schulen.

Meine Damen und Herren, das Projekt HannoverGEN war von Anfang an interessengeleitet. Professor Dr. Hans-Jörg Jacobsen war für die wissenschaftliche Begleitung von HannoverGEN verantwortlich. Zugleich war er im Vorstand bei den Lobbyisten, nämlich dem Wissenschaftlerkreis Grüne Gentechnik e. V.

(Björn Thümler [CDU]: Na und?)

Sponsor des Projekts HannoverGEN, wenn auch mit geringem Anteil, ist u. a. eine Tochter der Kleinwanzlebener Saatzucht (KWS), der einzigen Firma, die nach dem Rückzug der BASF noch im Bereich der Agrogentechnik aktiv ist.

(Glocke des Präsidenten)

Zusammengefasst: Eine solche Konstellation hat mit unabhängiger Aufklärung wenig zu tun. Solche Verbindungen und Connections waren charakteristisch für die Ära Wulff. Das wollen wir beenden.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Jens Nacke [CDU]: Nur darum geht es! - Glocke des Präsidenten)

Deshalb ist es richtig, dass sich unser Landwirtschaftsminister Christian Meyer aus der Finanzierung von HannoverGEN zurückzieht und eigene, neue Schwerpunkte setzt. Das ist sein gutes Recht.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Frau Kollegin. - Auch das ging ein kleines bisschen über das Zeitlimit hinaus. Aber irgendwo lässt sich das wieder einfangen.

Mir liegt eine Wortmeldung von Herrn Stefan Politze für die SPD-Fraktion vor.

(Jens Nacke [CDU]: Früher waren einmal die Schüler wichtig, nicht die Ideologie! - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Ihr verwechselt Lobbyismus mit Dialogkultur!)

Stefan Politze (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Ich habe das

Hannovergen. Ich bin in Hannover geboren, hier aufgewachsen und wohne hier.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Das ist nicht schlimm!)

- Nein, das ist in der Tat nicht schlimm.

Eine dieser Schulen, nämlich die Wilhelm-Raabe-Schule, liegt auch in meinem Wahlkreis. Dort ist meine Tochter zur Schule gegangen und konnte genießen, wie ein solches Labor aufgebaut ist. Damit haben wir auch Sachkenntnis über das Thema.

(Norbert Böhlke [CDU] und Jörg Hillmer [CDU]: Waren Sie denn da?)

Sie haben ja dem Ministerpräsidenten unterstellt, er interessiere sich nicht für dieses Thema. Wir alle tauschen uns regelmäßig aus.

(Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Ich war gerade erst Anfang dieses Jahres in der Wilhelm-Raabe-Schule.

(Jörg Hillmer [CDU]: So macht das die Landesregierung! Sie lässt die Abgeordneten vortreten!)

- Herr Hillmer, da Sie immer dazwischenrufen: Sie sollten noch einmal über den Satz nachdenken „Wissen macht frei“, den Sie hier in den Raum gestellt haben,

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

und Sie sollten an dieser Stelle über Ihren parlamentarischen Gehorsam und nicht über den zivilen Ungehorsam nachdenken.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

- Herr Nacke, es gibt weiße Zettel, auf denen Ihr Name steht. Damit kann man sich zu Wort melden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es ist schon schade, dass wir in einer Aktuellen Stunde nicht über das reden, was Sie uns hinterlassen haben - verpasster Krippenausbau, Probleme bei den Ganztagschulen „light“, bei der Durchlässigkeit in Schulen und vieles mehr -, sondern uns mit einem ganz kleinen Zensus beschäftigen, der den meisten Menschen in diesem Land noch nicht einmal bekannt ist. Es ist unbestritten ein regionales Thema in Hannover. Aber wenn Sie einmal in der Fläche fragen, wer von Hannover-

GEN etwas gehört hat, dann kommt das Fragezeichen.

Aber was ist eigentlich die Ausgangslage? - Sie haben in der Bildungspolitik von 2003 bis 2008 einen Abbau radikaler Natur vorgenommen. Sie haben alles heruntergefahren, was nur heruntergefahren werden konnte, und dann haben Sie nach dem Motto „Mit Speck fängt man Mäuse“ vier Schulen mit einem Projekt geködert, um etwas einzurichten und wieder zurückzugeben, und jetzt tun Sie so, als wäre dies der wichtigste Bildungsbestandteil in Niedersachsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Aber warum wollen Sie es streichen?)

Das Projekt HannoverGEN wurde auf fünf Jahre angelegt und hat mittlerweile 1,16 Millionen Euro an Volumen erreicht. Es ist aber ein Projekt. Wie Sie alle wissen, sind Projekte nun einmal zeitlich befristet. Nach der Projektphase soll das Vorhaben selber wirken können. Dieses Projekt steht in einer Reihe mit vielen Projekten, die Sie eingestellt haben. Meine sehr geehrten Damen und Herren von der ehemaligen Landesregierung, Sie waren Meister darin, Projekte einschlafen zu lassen, zu kürzen und auslaufen zu lassen.

(Jörg Hillmer [CDU]: Wir haben jede Menge neue erfunden! - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie sollten daher noch einmal darüber nachdenken, wie Sie mit Ihrer eigenen Vergangenheit umgehen.

Die alte Landesregierung hat ganz klar auf grüne Gentechnik gesetzt. Das ist aus unserer Sicht falsch.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Für sie war das legitim. Die alte Landesregierung hat sich ganz klar auf die Unterstützung der Befürworter der grünen Gentechnik kapriziert. Deswegen müssen Sie sich den Vorwurf von Lobbyismus gefallen lassen.

Hierzu nur ein kleines Zitat aus *Spiegel-Online* vom 1. März:

„Initiator ist Hans-Jörg Jacobsen, Abteilungsleiter am Institut für Pflanzengenetik und Professor an der Universität Hannover. Außerdem ist Jacobsen Vorstandsmitglied des ‚Wissenschaftlerkreises Grüne Gentechnik‘.“

Weiter heißt es:

„Tatsächlich wird der Wissenschaftlerkreis u. a. von Saatgutriesen wie BASF, Monsanto oder BayerCropScience gefördert.“

Wenn Sie da nicht von Lobbyismus ausgehen, dann weiß ich nicht, worüber wir reden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sie wollten das Projekt auf 50 Schulen ausbauen. Das haben Sie aber nicht gemacht. Sie haben versäumt, das Projekt nachhaltig zu sichern. Warum Sie es nicht gemacht haben, weiß ich nicht. Vielleicht aus guten Gründen. Hätten wir so gehandelt, würden wir es jedenfalls so beurteilen und sagen, dass es gute Gründe dafür gab.

Unsere Vorstellung ist eine völlig andere. Bildungspolitische Themen und auch Projekte an Schulen gehören ins Kultusministerium und nicht ins Landwirtschaftsministerium.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Im Kerncurriculum für Biologie ist das Thema „Genetik und Gentechnik“ bereits enthalten und wird auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen und ein wichtiger Bestandteil sein. Die Lehrer können genau diese Bestandteile im Unterrichtsfach, nämlich in Biologie, schon mit unterbringen.

Die Ausrichtung auf grüne Gentechnik war völlig falsch, was im Übrigen laut einer Forsa-Umfrage 65 % so sehen. Außerschulische Lernzentren wie das XLAB, Schulbiologiezentren und Ähnliches bleiben erhalten. Wir haben also außerhalb der Schule alle Möglichkeiten, etwas im Forschungsbereich zu tun. Uns ist es wichtig, dass wir dialogorientiert mit dem Thema umgehen, dass wir uns über die Nachnutzung unterhalten und dass wir im Fach Biologie - im Kernunterricht, für alle Schüler, nicht nur für ausgewählte Schulformen - dialogorientiert mit diesem Thema umgehen und es voranbringen.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Politze. - Jetzt liegt eine Wortmeldung der FDP-Fraktion vor. Herr Kollege Försterling!

Björn Försterling (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Da waren sie wieder, die Weltverbesserer der Grünen, die die Welt in „gut“ und „böse“ trennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Früher hat man die Welt in „schwarz“ und „weiß“ aufgeteilt. Heute wird sie unter grüner Politik in „böse“ und „grün“ aufgeteilt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Die Diskussion eben hat doch ganz klar gezeigt: Die Grünen sind einfach nur technikfeindlich und haben Angst vor Innovationen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Lachen bei den GRÜNEN)

Scheinbar haben sie auch Angst vor aufgeklärten Bürgern. Ich sehe das ganz ähnlich: Aufgeklärte Bürger wählen bürgerlich, nicht mehr grün.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Was macht denn dieses Projekt, wenn Schüler handelsübliche Kartoffelchips kaufen, diese im Labor untersuchen und dann nachweisen, dass in ganz vielen Kartoffelchips - im Übrigen auch in Kartoffelchips mit Biosiegel - gentechnisch veränderte Kartoffeln enthalten sind?

(Helge Limburg [GRÜNE]: Dann setzen Sie doch die Grenzwerte herunter!)

Aus dieser Feststellung, die die Schülerinnen und Schüler treffen, leiten Sie dann ab, dass diese praktisch von den Lobbyisten der grünen Gentechnik gekauft werden.

(Ina Korter [GRÜNE]: Sie haben wieder nicht zugehört!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Schülerinnen und Schüler in Niedersachsen sind stark genug, sind selbstbewusst genug, sind kritisch genug, um mit diesen Ergebnissen vernünftig umzugehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie brauchen keine Vorschriften von Grünen oder SPD dazu, was sie zu kaufen und wie sie zu leben haben.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Sie sind gar nicht auf die Argumente eingegangen! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

Wir haben das doch eben in der Diskussion gemerkt: Sie haben überhaupt kein Interesse daran gehabt, sich objektiv und sachbezogen mit diesem Projekt auseinanderzusetzen. Sowohl bei Frau Korter als auch bei Herrn Politze standen Professor Jacobsen, der angeblich ein ganz böser Mensch und ein ganz böser Lobbyist sei,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das hat doch keiner gesagt! - Weitere Zurufe von den GRÜNEN)

und die beteiligten Firmen im Mittelpunkt. Vielleicht wäre es den Grünen sogar lieber gewesen, wenn in den Schulen Arbeitsgruppen zur Besetzung und zur Zerstörung von Feldern angeboten worden wären. Das wäre wahrscheinlich in Ihrem Interesse gewesen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU - Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Was macht Herr Politze? - Er stellt sich als Hannoveraner hier hin und versucht, das zu machen, was Herr Poppe in der Diskussion in den Medien auch schon getan hat: sich ein wenig gesprächsbereit zu zeigen, weil man einfach Angst davor hat, den vier Hannoveraner Schulen zu sagen: Das, was ihr bisher gemacht habt, wird in Zukunft nicht mehr weiter finanziert. Wir stellen das ein. Wir beugen uns den Grünen in diesem Punkt.

(Zustimmung bei der CDU)

Ich verlange von der SPD, dass sie klar Position bezieht. Wollen Sie das Projekt fortsetzen, oder wollen Sie das Projekt einstellen?

(Andrea Schröder-Ehlers [SPD]: Wir sind dagegen!)

Dazu hätten Sie sich einmal äußern sollen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ganz erstaunlich ist, dass sich die Kultusministerin bei diesem Thema komplett zurückhält, dass sie sich überhaupt nicht geäußert hat

(Christian Dürr [FDP]: Sie hat sich bisher sowieso noch nicht geäußert!)

und sich noch nicht einmal vor die Lehrkräfte in Niedersachsen gestellt hat.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich finde es schlimm, wenn in dieser ganzen Diskussion den Lehrkräften mehr oder weniger vor-

geworfen wird, dass sie nur Erfüllungsgehilfen der Lobbyisten der grünen Gentechnik seien. Ich verlange, dass eine Kultusministerin sagt: Nein, dafür, dass kein Lobbyismus in den Schulen stattfindet, sorgen die Lehrkräfte in Niedersachsen. - Wir hatten und haben immer noch das Vertrauen in diese Lehrkräfte. Auch Sie, Frau Ministerin, sollten dieses Vertrauen in die Lehrkräfte haben,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Wir haben nur kein Vertrauen in Ihre Lobby-Connections! Das ist der Punkt!)

und Sie sollten sich gegen solche Angriffe von den Grünen schützend vor die Lehrkräfte stellen.

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wenn jetzt tatsächlich jedes Sponsoring, jede Sachausstattung durch Unternehmen in den Schulen Lobbyismus darstellt, dann bin ich einmal sehr gespannt, was alle Ihre ehemaligen Hauptverwaltungsbeamten, die hier rechts und links sitzen, dazu sagen. Die haben nämlich oft genug gerne Sachspenden von Unternehmen für ihre Schulen angenommen. Ich glaube, niemand von ihnen fühlte sich deswegen irgendwie gekauft oder hatte Angst vor ungerechtfertigtem Lobbyismus.

Deswegen meine Bitte an die SPD: Bekennen Sie sich zu HannoverGEN, und sorgen Sie dafür, dass im niedersächsischen Schulunterricht kein grünes Ökodiktat stattfindet.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Präsident Bernd Busemann:

Vielen Dank, Herr Kollege Försterling. - Ich habe jetzt eine Wortmeldung von Herrn Minister Meyer vorliegen. Ich gehe davon aus, dass Sie sich nicht als Abgeordneter gemeldet haben, sondern als Mitglied der Landesregierung. Sie haben jetzt das Wort.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Davon konnte man ausgehen, Herr Präsident! Das war in den vergangenen zehn Jahren auch immer so üblich!)

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sollten, wenn wir auf das Projekt HannoverGEN zurückblicken, ehrlich sein. Die damalige Landesregierung hatte das klare Ziel, Akzeptanz für die grüne Gentechnik zu schaffen. Das findet man ganz klar in den Unterlagen. Das war die Idee des

schon erwähnten Herrn Professor Jacobsen, eines führenden Genlobbyisten, der sich in Äußerungen und Interviews zu der Aussage hinreißen lässt, bei der Gentechnik gebe es keine Risiken und jede Kritik daran sei Mumpitz, und der damals erklärt hat, mit dem Projekt HannoverGEN sollte seiner Auffassung nach die Jugend gegen das, was in der Gesellschaft diskutiert werde, immunisiert werden.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta übernimmt den Vorsitz)

Diese Idee ist dann vom ehemaligen Ministerpräsidenten Wulff im Rahmen eines Gesprächsforums Agrar- und Ernährungswirtschaft aufgegriffen worden.

(Ulf Thiele [CDU]: Haben Sie mit den Schülern gesprochen, Herr Meyer?)

Die HAZ schrieb am 11. September 2007 unter der Überschrift „Wulff sieht viele Chancen in grüner Gentechnik“ über die Absicht der damaligen Landesregierung, für diese Risikotechnologie mehr Akzeptanz an Schulen zu schaffen - immer mit der Begründung, weil die Gesellschaft, die Verbraucherinnen und Verbraucher dies nicht wollten, müsse man bei den Schülerinnen und Schülern ansetzen.

Diese klare Absicht findet man z. B. auch in einer Broschüre zu HannoverGEN aus dem Jahre 2008 mit einem Vorwort des damaligen Agrarministers Ehlen; das war immer ein federführendes Projekt des Agrarministeriums. Darin hieß es, dass die Landesregierung in der Agrogentechnik große Chancen für die Agrarwirtschaft sehe - von Risiken findet man in dem Vorwort nichts -, man dazu aber mehr Akzeptanz brauche. Dann heißt es - Zitat -: Dies ist in Deutschland bei der grünen Gentechnik noch nicht der Fall.

So weit die damalige Intention und Einstellung, weshalb dann aus verschiedenen Töpfen über 1,16 Millionen für das Projekt aufgebracht wurden, um vier Labore in der Region Hannover einzurichten.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Hört, hört!)

Heute ist die Entwicklung eine ganz andere. Die große Mehrheit der Verbraucher, die große Mehrheit der Landwirte, auch eine große Mehrheit der Politik, bis hin zur CSU in Bayern, lehnt die Agrogentechnik entschieden ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch die Niedersächsische Landesregierung will ein gentechnikfreies Niedersachsen. Die zurzeit einzige zugelassene Genpflanze, die Kartoffel Amflora, wird in Niedersachsen weder von Landwirten angebaut noch von der Wirtschaft und Stärkefabriken nachgefragt. Der Genmais MON810, der mit dem Projekt am Anfang ebenfalls massiv beworben wurde, wurde von der Bundesagrarministerin Aigner mit dem damaligen Staatssekretär Lindemann aufgrund einer Vielzahl sehr interessanter Studien, die die Gefahren für die biologische Vielfalt beschreiben, verboten. Auch dazu fand man in dem Material am Anfang nichts.

(Unruhe bei der CDU)

Es finden zurzeit in Niedersachsen keinerlei angemeldete Freisetzungsversuche der Wirtschaft im Bereich der Agrogentechnik statt.

Die Agrarwirtschaft ist weiter als die Opposition.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie weiß, dass die Gentechnik vom Verbraucher abgelehnt wird und nicht gewollt wird und dass die Zukunft in Europa in einer gentechnikfreien Qualitätslandwirtschaft liegt. Deshalb investiert sie auch in andere Bereiche. Auch deshalb wird sich die Landesregierung für ein gentechnikfreies Niedersachsen einsetzen und

(Jens Nacke [CDU]: Zum Thema, Herr Kollege!)

das Projekt HannoverGEN so beenden, wie CDU/FDP es geplant haben.

Die bestehenden Schullabore können natürlich weiter genutzt werden. Sie werden nicht geschlossen. Die Labore stehen in Absprache mit dem Schulträger weiterhin für den Biologieunterricht in seiner ganzen Breite zur Verfügung. Sie können genauso weiterhin Genexperimente durchführen, ebenso wie sie untersuchen können, ob Pferdefleisch in der Lasagne ist. Alles das ist auch weiterhin möglich.

Auch zukünftig werden wir eine objektive und ausgewogene Auseinandersetzung mit dem Thema Gentechnik an allen unseren Schulen sicherstellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie tun immer so, als fände an den anderen tausend Schulen keine ausgewogene Auseinander-

setzung statt, sondern nur an diesen vier Schulen im Raum Hannover.

(Beifall bei den GRÜNEN - Widerspruch bei der CDU)

Meine Damen und Herren, man muss sich schon fragen, wie es mit HannoverGEN eigentlich weitergegangen wäre. Denn wir machen jetzt das, was vom Parlament in der letzten Legislaturperiode mit dem Doppelhaushalt 2012/2013 beschlossen worden ist. Darin sind nur Gelder bis zum Sommer 2013 enthalten.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN und bei der SPD - Helge Limburg [GRÜNE]: Aha!)

Es sind keine Mittel zur Fortsetzung von HannoverGEN oder gar für die Ausweitung zu NiedersachsenGEN in dem vom Parlament beschlossenen Haushalt enthalten.

(Unruhe bei der CDU und bei der FDP)

Das Agrarministerium wird sich an diesen Beschluss des Parlamentes halten

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Sehr gut!)

und keine neuen, zusätzlichen Mittel, die in dem Haushalt, der von Ihnen beschlossen wurde, nicht vorgesehen sind, dazugeben. Es sind schon recht große Krokodilstränen, wenn Sie Millioneninvestitionen in diesem Bereich fordern, obwohl Sie weder in der mittelfristigen Finanzplanung noch im Doppelhaushalt 2012/2013 zusätzliche Mittel zur Fortsetzung des Projekts über den Sommer hinaus vorgesehen haben.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Erwischt!)

Zusammengefasst: Unabhängig von diesem Projekt bleibt das Thema Gentechnik in allen seinen Facetten selbstverständlich Gegenstand des Unterrichts und der Lehrpläne. Es ist unser Ziel, objektiv zu informieren, sodass sich die Schülerinnen und Schüler ohne einseitige Einflussnahme eine eigene Meinung bilden können.

Übrigens muss man ein Lob an die vielen Schülerinnen und Schüler und auch an die Lehrkräfte richten: Denn Ihre damalige Intention, die Schülerinnen und Schüler zu beeinflussen, ist laut vielen

Studien - das sieht man an den Zitaten; deshalb haben Sie es ja damals finanziert - - -

(Unruhe bei der CDU)

- Es gibt eine Evaluationsstudie, die besagt, dass die Auffassung der Schülerinnen und Schüler weiterhin unverändert und weiterhin wie die Mehrheit der Gesellschaft deutlich kritisch zur Agrogentechnik sei. Von daher finde ich es gut, dass sich die Schülerinnen und Schüler davon nicht haben beeinflussen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

An dieser Stelle muss man auch sagen, dass die beteiligten Lehrkräfte eine sehr gute, ausgewogene und differenzierte Arbeit leisten.

Wir freuen uns über das hohe Interesse der Schülerinnen und Schüler an mehr experimentellem Unterricht. Wir möchten auch zukünftig diesen experimentellen Unterricht im Fach Biologie stärken, das zu behandelnde Themenspektrum aber weiter verbreitern und es nicht nur auf die Gentechnik fokussieren. Es gibt viele andere Themen, die man daneben mit experimentellem Unterricht aufgreifen könnte.

Aus unserer Sicht muss der Schulunterricht frei von jedem Anschein der Lobbybeeinflussung sein.

(Unruhe bei der CDU)

Sie wollten mit dem Projekt HannoverGEN Schülerinnen und Schüler in Ihre politische Richtung drängen. Das hat nicht geklappt. Von daher ist HannoverGEN gescheitert. Wir werden es auch nicht fortsetzen - so, wie es das Parlament beschlossen hat.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Minister Meyer. - Ich kann die Besprechung zu Punkt a schließen.

Ich möchte jetzt Herrn Hillmer das Wort zu einer **persönlichen Bemerkung** nach § 76 der Geschäftsordnung geben. Sie kennen diese Bestimmung der Geschäftsordnung. Herr Hillmer, bitte!

Jörg Hillmer (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben vorhin Anstoß an der Formulierung in meinem Redebeitrag genommen: Wissen macht frei. - Ich habe über die Aufklärung gesprochen, ich habe Kant zitiert. Die Befreiung des

Menschen aus seiner Unmündigkeit ist nur durch Wissen möglich. - Das ist ein Kerngedanke der Aufklärung.

(Björn Thümler [CDU]: So ist es! Nichts anderes!)

Dass von anderen menschenverachtende Ideologien und Sätze geprägt wurden, die Sie damit offensichtlich verwechselt haben, können Sie nicht der Aufklärung anlasten und damit die Aufklärung diskreditieren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Widerspruch von Grant Hendrik Tonne [SPD])

Ich finde es traurig, dass Sie damit dokumentieren, wie weit die Aufklärung Ihnen schon entfernt ist.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Jens Nacke [CDU]: Ein schwerer Bildungsmangel! - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Hillmer. - Wir kommen zur Besprechung zu

b) Ursachen der Lebensmittelskandale bekämpfen - Chancen der neuen Agrarpolitik nutzen - Antrag der Fraktion der SPD - Drs. 17/41

Herr Siebels, Sie haben das Wort.

Wiard Siebels (SPD):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Niedersachsen ist Agrarland Nummer eins, und das soll nach unserem festen Willen auch so bleiben.

Wer die Nummer eins sein will, der hat die Verpflichtung, sowohl innerhalb des Landes für die richtigen Rahmenbedingungen zu sorgen als auch innerhalb der Branche führend zu sein. Das bedeutet - und das unterscheidet uns gelegentlich von Ihrer Auffassung - nicht nur „immer größer und immer mehr“, sondern auch Anforderung an Qualität, an nachhaltige Erzeugung und viele andere Dinge, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ganz aktuell sprechen wir über Vorkommnisse - so will ich das zurückhaltend formulieren - im Bereich Pferdefleisch, im Bereich der Überbelegung von

Legehennenställen und im Bereich des Schimmelpilzgiftes Aflatoxin.

Nun mag es Leute geben - diesen Eindruck haben wir in der letzten Agrarausschusssitzung gewonnen -, die diese Vorkommnisse für Normalität halten, die es für normal halten, dass Pferdefleisch in der Lasagne verarbeitet wird, die glauben, dass eine gewisse Überbelegung bei Legehennen kaum zu vermeiden sei, und die vielleicht auch denken, dass sich Schimmelpilzgifte durchaus in Maislieferungen finden lassen dürfen.

Wir, meine Damen und Herren, sehen das anders. Wir werden in der Tat zwar - wie in anderen Bereichen des Lebens - keine totale Sicherheit garantieren können, aber trotzdem ist und bleibt es unsere Aufgabe, alles dafür zu unternehmen, um die größtmögliche Sicherheit zu gewährleisten.

Dazu zählt aus unserer Sicht auch, dass Vergehen in diesem Bereich öffentlich gemacht werden, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Verbraucher haben ein Recht darauf zu erfahren, wenn die Lebensmittel, die sie zu sich nehmen, verunreinigt und falsch deklariert sind oder Ähnliches.

Ein Recht auf Transparenz haben auch die unzähligen Erzeuger, die sich an Recht und Gesetz halten und zu solchen Vorkommnissen gerade nicht beitragen, sondern sich bemühen, nach Kräften wirtschaftlich am Markt bestehen zu können, meine Damen und Herren.

Deshalb wollen wir im Interesse dieser Gruppen auch in Zukunft in diesem Bereich alles das öffentlich machen, was öffentlich gemacht werden kann.

Wir sind sicher, dass das als Zeichen an die Verbraucher, die neues Vertrauen schöpfen können, an die ehrlichen Erzeuger - ich habe sie gerade genannt - und auch an die Gruppe derer, die gelegentlich mit dem Gedanken spielen, ein paar Legehennen zu viel aufzustallen und vielleicht eine andere Fleischsorte zu verarbeiten als die, die eigentlich deklariert ist, um so Kosten einzusparen und Gewinne zu maximieren, verstanden werden wird.

Das ist die Absicht der neuen Landesregierung, meine Damen und Herren. Ich bin sicher, dass dieses Zeichen verstanden werden wird.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Bisher gab es ganz offenkundig eine andere Schwerpunktsetzung. Ich will in diesem Zusammenhang nur eine Frage formulieren, warum die Öffentlichkeit in Sachen Legehennen nicht bereits im Herbst des letzten Jahres über die Überbelegung informiert worden ist. Man könnte fast annehmen - Sie müssen diese Frage vielleicht für sich selbst beantworten -, dass es einen gewissen Zusammenhang mit einer bevorstehenden Landtagswahl gegeben haben könnte, meine Damen und Herren.

(Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Es sind auch Biobetriebe dabei!)

- Die Leier mit den Biobetrieben kommt ja immer wieder. Sie versuchen sofort wieder, eine bestimmte Gruppe sozusagen herauszupicken und diese dann öffentlich zu brandmarken.

(Gabriela König [FDP]: Das muss man doch mal sagen! Das ist doch die Wahrheit!)

Wir wollen die gleichen Voraussetzungen für alle, und wir wollen sichere Lebensmittel, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helmut Dammann-Tamke [CDU]: Das wollen wir auch!)

Ich bin sicher, dass wir, wenn wir durch bessere und stärkere Kontrollen das Misserfolgsrisiko derer, die sich eben nicht regelkonform verhalten wollen, steigern, auch das Vertrauen der Verbraucherinnen und Verbraucher steigern und am Ende den Agrarstandort Niedersachsen stärken, meine Damen und Herren. Das ist das Zeichen, das wir setzen wollen.

Ich bin auf bessere Kontrollen eingegangen. Aus unserer Sicht gehört aber noch etwas dazu, wenn man eine größere Lebensmittelsicherheit erreichen will, meine Damen und Herren. Es bedeutet auch, Anreize für regional erzeugte Produkte zu schaffen. Das hat den Vorteil, dass es keine Warenströme um die halbe Welt mehr gibt und Maislieferungen nicht mehr aus Serbien kommen müssen, wenn genauso gut - jedenfalls in Teilen - hier produziert werden könnte.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: In Teilen!)

Für die Erzeuger hat das den Vorteil, dass sie eine viel stärkere Bindung an die Kunden haben. Wir wissen, dass der Verbraucher den Erzeuger bei allen regionalen Produkten quasi kennt und der

Erzeuger deshalb einem stärkeren Druck ausgesetzt ist, sich regelkonform zu verhalten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Deshalb wollen wir diesen Bereich nachhaltig stärken. Wir sind sicher, meine Damen und Herren, dass wir damit den Agrarstandort Niedersachsen stärken können. Niedersachsen muss und soll Agrarland Nummer eins bleiben. Das gilt aber eben nicht nur für Größe und Menge, sondern, meine Damen und Herren, auch für Qualität. Deshalb sind Sie eingeladen, sich an dieser neuen Agrarpolitik zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die CDU hat das Wort Herr Oesterhelweg.

Frank Oesterhelweg (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! So einfach kann die Welt sein, Herr Kollege Siebels: Alles klar; die alte konventionelle Agrarpolitik ist schuld an den Lebensmittelskandalen, und diese Skandale sind symptomatisch für das bestehende System - so interpretiere ich große Teile Ihrer Rede, lieber Herr Kollege -, und das ist völlig falsch, meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Zustimmung bei der CDU)

Das, was wir hier an Skandalen und auch - ich sage das einmal ganz bewusst so - an Schweineereien - ich kann mir vorstellen, dass dieses Wort unparlamentarisch ist - zur Kenntnis nehmen müssen, ist nicht die Normalität.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Gerd Held schreibt in der *Welt* vom 4. März - ich zitiere -:

„Die Herstellung unserer Lebensmittel muss besser kontrolliert werden. Aber das kann nur gelingen, wenn wir die verschiedenen Aspekte der jüngsten Skandale nicht vermengen.“

Ein anderer Kollege schreibt am 19. Februar - ich zitiere -:

„Für Wahlkampf- und Talkshow-Zwecke aber wird die Agrarkritik wie Hackfleisch zusammengerührt. Dann geht es leicht in einer

Satzgirlande um Käfighaltung, Pestizide, Afrika, Lasagne und die Mafia...“

Und hinter all dem Übel der Welt steht natürlich die Agrarindustrie.

Meine Damen und Herren, ich zitiere weiter:

„Der Anti-Agrar-Populismus ist aber selbst ein Grund für die Verunsicherung. Die teils hysterische Kritik und übertriebene Skandalisierung scheint“

- das habe ich eben wieder gehört -

„zum Selbstzweck zu werden.“

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Wir haben völlig unterschiedliche Sichtweisen auf die Agrarpolitik und diese Skandale, die man auch „Skandale“ nennen muss - da gibt es überhaupt keinen Zweifel -: Sie stellen die Systemfrage. Wir wollen konstruktiv am System arbeiten und das bewährte System verbessern, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Bei aller Kritik an diesen Skandalen ist eines klar: In Deutschland und in Niedersachsen gab es nie vielfältigere und bessere Lebensmittel als heute. Es gab sie nie reichhaltiger und preiswerter; manchmal sind sie sogar zu preiswert. Und - auch das sage ich -: Nie waren die Lebensmittel in Deutschland sicherer als heute, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU)

Welche neue Agrarpolitik meinen Sie eigentlich mit Ihrem Programm? - Meinen Sie die Hardcore-Version der Grünen, den Systemwechsel 2.0, wie ihn der jetzige Minister einmal genannt hat, oder meinen Sie die sogenannte sanfte Agrarwende? Oder meinen Sie gar das, was wir in Nordrhein-Westfalen seit einiger Zeit beobachten, wo ja alles gut ist, komischerweise aber gleichwohl Aflatoxin in den Kreislauf gekommen ist. So einfach ist es nicht, meine Damen und Herren. Sie sind ja noch in der Selbstfindung! Was ist eigentlich die neue Agrarpolitik?

Angesichts der Zahlen, die ich hier gehört habe, bin ich sehr erstaunt. Wie definiert sich denn Ihre neue Agrarpolitik, die zu mehr Verbraucherschutz führen soll? - Ich bin sehr erstaunt über die 600 Milchkühe, über die der Minister hier sehr oft gesprochen hat. Wenn man das umrechnet, wären es

6 000 bis 7 000 Ziegen. Das habe ich früher noch ganz anders gehört, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Der Ökolandbau an sich garantiert eben nicht bessere Lebensmittel. Björn Försterling hat vorhin gerade von Chips mit gewissen Rückständen gesprochen. Darauf möchte ich jetzt aber nicht weiter eingehen. Wir brauchen eine lückenlose Aufklärung. Auch wir wollen diese Vergehen öffentlich machen. Auch wir wollen eine vernünftige Produktkennzeichnung. Wir wollen wissen, woher Produkte kommen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ihr seid ja voll auf unserer Seite!)

Auch wir wollen regionale Produkte. Außerdem wollen wir, lieber Herr Minister, eine ordentliche und vernünftige Information der Öffentlichkeit, nicht aber etwas Vorsortiertes, etwas, was man zurücklegt und erst dann veröffentlicht, wenn es einem passt.

(Zustimmung bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines ist abschließend, denke ich, wirklich immer wieder hervorzuheben: Die Ursachen für die Skandale liegen nicht im System. Sie liegen in menschlichem Fehlverhalten. Sie liegen in der Nachlässigkeit, und sie liegen auch bei kriminellen Tätern. Diese Kriminellen gibt es eben sowohl im konventionellen Bereich als auch im ökologischen Bereich. Daran müssen wir gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es ist nämlich keine Frage ökologischer und konventioneller Landwirtschaft. Legen Sie endlich Ihre Scheuklappen ab, wenn wir über Agrarpolitik und Verbraucherschutz diskutieren! Lassen Sie uns unvoreingenommen an dieses Thema herangehen! Wir bieten unsere konstruktive Mitarbeit in diesem Bereich gern an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die FDP hat das Wort Herr Dr. Birkner.

Dr. Stefan Birkner (FDP):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der Pressemitteilung des Landwirt-

schaftsministeriums vom 27. Februar wurde Minister Meyer wörtlich mit der Forderung zitiert - ich zitiere -:

„Konsequenzen aus dem Legehennen-Betrug auf Landes- und Bundesebene ziehen.“

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Genau!)

Der Minister spricht somit von einem vollendeten nachgewiesenen Betrug und stellt dies in Beziehung mit über 150 Ermittlungsverfahren in Niedersachsen.

In der Sitzung des Agrarausschusses am 8. März räumte der Herr Minister Meyer auf Nachfrage ein, dass die durch das Landwirtschaftsministerium veranlassten Nachschauen in über 200 Betrieben lediglich fünf Fälle von Überbelegung ergeben hätten. Im Übrigen seien 139 staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren anhängig, zu denen er selbst nicht auskunftsfähig war und deren Ausgang nach Auskunft der Vertreter des Justizministeriums von einer Einstellung mangels hinreichenden Tatverdachts bis hin zur Erhebung der Anklage reichen könne.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist immer so bei Verfahren! Das sollten Sie aber wissen!)

- Genau, Herr Limburg. Das muss auch der Minister wissen. Genau da nämlich wird die Politik deutlich, die er macht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Mit anderen Worten, meine Damen und Herren: Die Landesregierung hat keine Ahnung von Ausmaß und Umfang der Missstände im sogenannten Eier-skandal.

Zur Aflatoxinbelastung von Futtermitteln möchte ich nur einmal den Präsidenten des Bundesinstituts für Risikobewertung, Andreas Hensel, zitieren:

„Das, was wir derzeit erleben, ist kein Skandal. Noch nicht einmal ein Krisenfall, sondern ein Routinefall.“

Damit, meine Damen und Herren, wird schon nach wenigen Wochen deutlich, wie Minister Meyer seine Politik versteht. Es geht ihm nicht darum, Missstände verantwortungsbewusst, konsequent und genau aufzuklären, um dann auf einer gesicherten Faktenbasis die notwendigen Schlussfolgerungen zur Verbesserung des Verbraucherschutzes zu ziehen. Nein: Er ist auf Mission. Es geht darum, jede Gelegenheit zu nutzen und zu

instrumentalisieren, um die eigenen politischen Ziele, nämlich die sogenannte Agrarwende, unter großem Applaus und ohne Rücksicht auf Verluste durchzusetzen.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Miriam Staudte [GRÜNE]: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Das, meine Damen und Herren, ist unseriös und populistisch.

Sie, Herr Ministerpräsident, stehen mit Ihrer Landesregierung im Nebel und gehen trotzdem munter drauf los. Schon am 26. Februar - d. h. nur eine Woche nach Übernahme der Regierungsverantwortung und wenige Tage nach Kenntniserlangung der Vorgänge durch den Ressortminister - beschließt das Kabinett eine Bundesratsinitiative und lässt sich dafür feiern. Ohne jegliche Ahnung von konkreten Umständen und Ursachen und vom Umfang der Missstände wird ein politisches Feuerwerk abgefeuert.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Sie wissen genau, dass das nicht stimmt! Meine Güte!)

Dabei wird billigend in Kauf genommen, wenn nicht gar beabsichtigt, dass eine öffentliche Vorverurteilung der Beschuldigten und ganzer Berufsgruppen erfolgt und diese unter Generalverdacht gestellt werden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Helge Limburg [GRÜNE]: Bei welchem Ausmaß wollen Sie denn tätig werden?)

Das ist nicht nur unseriös und populistisch, sondern auch ein Verstoß gegen rechtsstaatliche Prinzipien

(Helge Limburg [GRÜNE]: Oh!)

wie die Unschuldsvermutung und den Grundsatz, dass sich Beschuldigte und Betroffene in solchen Verfahren auch effektiv gegen staatliches Handeln zur Wehr setzen können müssen.

Meine Damen und Herren, ich will es deutlich sagen: Es ist legitim, Herr Minister, politische Ziele konsequent zu verfolgen. Aber es ist ein Zeichen politischer Schwäche und Feigheit einer Regierung, dies auf dem Rücken anderer zu tun, die sich dagegen nicht effektiv wehren können.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Im Übrigen, Herr Limburg, wird dieses Verhalten, das uns oft in der Innen- und Rechtspolitik begegnet, völlig zu Recht auch von Ihnen und von den Grünen kritisiert. Aber hier zeigt sich eben wieder das grüne Lügengebäude:

(Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Geht es um die Durchsetzung der grünen Mission, hat sich alles andere unterzuordnen.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Meine Damen und Herren, damit wir uns nicht falsch verstehen: Missstände in der Landwirtschaft - im Übrigen völlig egal, ob ökologische Landwirtschaft oder konventionelle - müssen wie in jedem anderen Bereich konsequent aufgeklärt werden,

(Helge Limburg [GRÜNE]: Das ist ja mal eine Erkenntnis!)

behoben werden und gegebenenfalls auch sanktioniert werden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Oh!)

Aber als verantwortungsvoller Politiker - das sollten ein Minister und eine Landesregierung sein - muss man schon genau wissen, worum es geht, damit man auch weiß, wo man ansetzen muss. Das weiß Minister Meyer bis heute nicht.

(Beifall bei der FDP)

Ich hoffe der Glaubwürdigkeit der Politik wegen, dass dieser Meyer'sche Populismus nicht zum System der Niedersächsischen Landesregierung wird.

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Staudte. Bitte!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich möchte die Gelegenheit zunächst einmal nutzen, um dem neuen niedersächsischen Agrarminister, Christian Meyer, ganz herzlich für den Einsatz der letzten Tage und Wochen zu danken.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es ist beileibe keine Selbstverständlichkeit, dass man ein Haus übernimmt und dann gleich auf drei Skandale eingehen muss. Ich finde, das Krisenmanagement war beispielhaft und ganz hervorragend.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich nun auf das eingehen, was meine beiden Vorredner gesagt haben. Die Äußerungen von Herrn Oesterhelweg gingen in die Richtung: Lebensmittel waren noch nie so sicher wie heute, diese aufgedeckten Fälle sind Ausnahmefälle, das ist alles keine Normalität. - Auch Herr Dr. Birkner hat hier ganz klar die Position vertreten, das seien alles keine Skandale, das Ministerium wisse noch nicht einmal Bescheid.

Sie haben hier nicht einmal die halbe Wahrheit aus dem Agrarausschuss erzählt, Herr Dr. Birkner. Sie haben definitiv beschönigt. Ich bitte Sie, einmal im Protokoll nachzulesen, was vonseiten des Justizministeriums gesagt wurde. 139 Fälle sind in Bearbeitung. Es wurde explizit gesagt, dass das Ministerium davon ausgeht, dass die Mehrzahl nicht sanktionslos eingestellt werden wird. Wenn Sie hier das Gegenteil behaupten, dann ist das definitiv nicht die Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sie zitieren hier Zeitungsausschnitte und sagen, das seien alles nur Routinefälle, das sei kein Skandal.

(Christian Dürr [FDP]: Das hat er nicht gesagt!)

Ich kann nur feststellen: Unter Ihrer Landesregierung war der Skandal wahrscheinlich der Routinefall. Aber das wird sich ändern.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Ich überspringe jetzt einmal den Pferdefleischskandal - Herr Siebels hat ja schon darauf hingewiesen, dass wir zu dezentraleren Kreisläufen kommen müssen - und möchte weiter auf den Eierskandal eingehen. Wie wir bei den Zwischenrufen und auch schon im Agrarausschuss gemerkt haben, wird hier immer wieder versucht, aus dem Eierskandal einen Bioeierskandal zu machen. Das ist definitiv nicht korrekt.

(Wiard Siebels [SPD]: So ist es! - Gegenrufe von der CDU - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Die Überbelegung fand in allen Haltungsformen statt. Es wurden nicht etwa Käfigeier zu Bioeiern umdeklariert.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Aha! Na also!)

Es fand eine Überbelegung statt.

Ich finde es nicht richtig, wenn hier immer der Eindruck vermittelt wird - gerade vor Ostern, vor dem größten Eiergeschäft des Jahres -, die Bioeier seien nicht wirklich Bioeier gewesen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Sehr gut!)

Wir müssen allem auf den Grund gehen. Aber diese einseitige Ausrichtung ist definitiv falsch.

Wenn man einmal genau hinguckt, welche Bioeier eigentlich betroffen waren, dann sieht man auch: Es waren nicht die der reinen Biobetriebe, sondern die der Betriebe, die konventionell arbeiten

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das wissen wir schon?)

- das wissen wir schon; das wurde im Ausschuss dargestellt - und nebenbei eine Biosparte laufen lassen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Wo steht das denn?)

Wir Grüne wollen das bekämpfen und an die Ursachen herangehen. Das bedeutet, dass wir die EU-Bio-Verordnung ändern müssen, damit diese Parallelstrukturen in Zukunft - - -

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Woher wissen Sie das denn? Hat der Minister Ihnen das gesagt? - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Hören Sie doch mal zu, Herr Oesterhelweg! Dann können Sie noch etwas lernen!)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Moment, bitte! So geht das nicht! Ich bitte um etwas Ruhe, sodass wir alle Frau Kollegin Staudte verstehen können. - Bitte, Frau Kollegin!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Diese Parallelstrukturen innerhalb der Betriebe müssen in Zukunft auf den Prüfstand, damit wir die größtmögliche Verbrauchersicherheit bekommen.

Nun will ich noch etwas zum Krisenmanagement beim Aflatoxin sagen. Hier sind endlich einmal Konsequenzen gezogen worden. Die Verbraucher

wurden informiert. Die Milchbetriebe wurden vorsorglich gesperrt. Es gab eine Allgemeinverfügung, dass der Mais aus Serbien aus der Ernte 2012 jetzt immer vom LAVES kontrolliert werden muss. Das ist alles richtig. Das hätte definitiv auch schon früher passieren können.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Schließlich wurde bei Ihnen auch schon dazu geforscht.

Die alte Landesregierung hätte an dieser Stelle aber ganz sicher nicht so schnell reagiert.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Woher wissen Sie das eigentlich? - Zuruf von der CDU: Das ist eine reine Unterstellung! - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Wir haben doch fünf Jahre lang diese Erfahrung gemacht!)

Wir haben ja die Pressemitteilungen von Ihnen, Herr Oesterhelweg, und von Herrn Dammann-Tamke lesen können, in denen ganz klar steht: Eigentlich ist alles nicht so schlimm; wir können uns doch freuen, das System der Eigenkontrolle hat schließlich funktioniert.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Wo stand denn, dass das nicht so schlimm war?)

Das System der Eigenkontrolle muss definitiv auf den Prüfstand. Es hat bei den Exporteuren nicht funktioniert. Es hat bei den Importeuren nicht funktioniert. Bei den 20 Futtermittelherstellern, die den äußerst günstigen Mais untergemischt haben, hat es auch nicht funktioniert.

Das Wort „Eigenkontrolle“ ist auch schon ein gewisser Widerspruch in sich, ein Oxymoron. Der gesunde Menschenverstand sagt uns auch schon, dass Eigenkontrolle ihre Grenzen hat. Wenn Sie wissen wollen, ob Ihre Kinder die Zähne geputzt haben, führen Sie auch kein System der Eigenkontrolle ein, dann kontrollieren Sie selber mal.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Wir wollen, dass diese Kontrollen durch staatliche Institutionen wie das LAVES künftig durch Gebühren gegenfinanziert werden. Das ist unser Ansatz von Eigenkontrolle.

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Frau Staudte, Sie müssen zum Schluss kommen!

Miriam Staudte (GRÜNE):

Ja. - Ich glaube, diese drei Lebensmittel- und Futtermittelskandale haben vor allem eines gezeigt: Niedersachsen braucht eine Agrarwende. Niedersachsen will eine Agrarwende. Und ich bin mir sicher: Unter Rot-Grün mit Christian Meyer wird Niedersachsen auch eine Agrarwende bekommen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat nun Herr Minister Meyer das Wort.

Christian Meyer, Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Genauso wie die neue Landesregierung insgesamt hätte auch ich persönlich mir natürlich einen deutlich ruhigeren Start vorstellen können.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Nur, die neue Landesregierung steht für Transparenz, egal ob es um Missstände im Biobereich oder im konventionellen Bereich geht. Deshalb haben wir bei allen drei Skandalen, um die es hier geht und die man auch beim Namen nennen muss, sofort und umfassend informiert.

Ich möchte zunächst den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landkreisen, beim Landesamt für Verbraucherschutz sowie im Ministerium dafür danken, dass die Krisenbewältigung von gleich drei Skandalen innerhalb von zwei Wochen so hervorragend geklappt hat,

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

egal ob es um nicht deklariertes Pferdefleisch oder um den Verbraucherbetrug bei Eiern geht. Übrigens sind laut Auskunft der Staatsanwaltschaft mehr konventionelle als ökologische Betriebe betroffen.

(Zuruf von Frank Oesterhelweg [CDU] - Gegenruf von Helge Limburg [GRÜNE]: Proportional!)

Daher muss man zu Recht von einem Legehensenskandal sprechen, und man darf nicht - wie Sie immer gerne suggerieren wollen - von einem reinen Bioskandal sprechen. Aber wir unterscheiden,

wie gesagt, bei Skandalen nicht nach Haltungformen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Frank Oesterhelweg [CDU]: Sagen Sie einmal die Zahlen, bitte!)

Die Skandale - - -

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Die Zahlen!)

Die Skandale, so unterschiedlich sie inhaltlich sein mögen, haben aus meiner Sicht aber auch gemeinsame Ursachen. Es geht um großindustrielle Strukturen, oft über Ländergrenzen hinaus, und den Betrug am Verbraucher aus Gewinnmaximierungsinteressen, egal ob es darum geht, billiges Pferdefleisch aus Rumänien über Zypern, Großbritannien und Frankreich zu verbreiten - und dann wachsen diesen Pferden offenbar Hörner, und sie landen als Rindfleisch in der Lasagne oder in den Mettbällchen in Niedersachsen -, oder ob es darum geht, einfach mehr Hühner einzustallen, als in der jeweiligen Haltungform erlaubt ist. Es geht um möglichen Betrug sowohl bei der Käfighaltung, der Bodenhaltung, der Freilandhaltung als auch bei der Biohaltung. Das ist nicht in Ordnung. Es geht auch darum, ob man trotz aller Warnungen, die es im letzten Jahr gab, den unzureichend getesteten und hoch belasteten Billigmais aus Serbien als Futtermittel für unsere Tiere importiert.

Jetzt bezahlen wir den Preis für diese eher industriellen statt bäuerlichen Strukturen. Letztere wollen wir als Landesregierung stärken. Jetzt bekommen wir die Auswirkungen von diesen agrarindustriellen Komplexen zu spüren, die weder umwelt- noch ressourcenschonend agieren. Die Leidtragenden sind nicht nur die betrogenen Verbraucher, die etwas anderes gekriegt haben, als sie kaufen wollten, sondern auch die vielen ehrlichen und unschuldigen Landwirte, die wieder einmal Opfer von mangelnden Kontrollen etwa in der Futtermittelindustrie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Diese Entwicklung wird gesellschaftlich und auch vom Bauernverband - darüber freue ich mich - nicht mehr akzeptiert. Der Bauernverband hat auch gefordert, dass wir beim System der Futtermittelkontrollen grundlegend etwas ändern. Wir setzen uns daher für bäuerliche Familienbetriebe und für klare Herkunftskennzeichnungen ein. Ich freue mich, dass auch die Bundesregierung mittlerweile auf den rot-grünen Kurs eingeschwenkt ist, näm-

lich dass man erfährt, aus welchem Land die Produkte in Fertigprodukten kommen.

(Zuruf von Ingrid Klopp [CDU])

- Frau Aigner hat diese Forderung von Rot-Grün vor mehreren Jahren noch abgelehnt.

Wir setzen auf regionale Vermarktung und auf regionale Wirtschaftsketten. Natürlich werden wir auch vom Verbraucher gefragt, wieso um die Ställe Mais für Biogasanlagen angebaut wird, aber als Futter billiger Mais aus Serbien importiert wird.

(Christian Dürr [FDP]: Ja, genau! Warum eigentlich?)

Begünstigt werden die Skandale auch durch den meines Erachtens zu großen Vertrauensvorschuss im Bereich der Eigenkontrollen in manchen Branchen. Nach dem Dioxin-Skandal, wo es auch um ein Versagen von Eigenkontrollen ging, ist viel versprochen worden. Jetzt sind wieder die vielen unschuldigen Landwirte die Dummen, weil sie möglicherweise auf den Kosten sitzen bleiben, wenn die Futtermittelindustrie nicht endlich zu einem Entschädigungs- oder Haftungsfonds bereit ist.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich bin es jedenfalls leid, mich auf diese Selbstkontrollen zu verlassen. Immer wieder sind neue Listen über Lieferungen mit belastetem Mais - es waren zum Teil 20 000 Lieferungen in mehrere Tausend Betriebe - nach Ablauf der Frist hereingekommen, was eine mangelnde Kooperation mit der Futtermittelindustrie zeigt. Die Industrie hat ihre Hausaufgaben nicht gemacht. Deshalb werden wir eine Neuregelung in diesem Bereich einführen und die staatlichen Kontrollen deutlich verstärken.

Wir werden das Landesamt für Verbraucherschutz optimieren und auf personeller, rechtlicher und finanzieller Ebene stärken. Die Mehrkosten werden wir nicht dem Steuerzahler aufbürden, sondern den Verursachern, der Futtermittelindustrie, durch kostendeckende Gebühren in Rechnung stellen.

(Christian Grascha [FDP]: Also den Verbrauchern!)

Ich bin sehr froh, dass Ihre Bundesagrarministerin Aigner in Interviews gesagt hat: Niedersachsen ist auf dem richtigen Weg. So muss man das mit den gebührenfinanzierten Kontrollen machen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Auch Herr Backhaus in Mecklenburg-Vorpommern will diesen Weg gehen. Ich glaube, dass auch die Opposition diesen Paradigmenwechsel hin zu mehr Verbraucherschutz unterstützen sollte.

Neben dieser Verbesserung im Verbraucherschutz wollen wir auch die bäuerliche Landwirtschaft stärken, die über 40 000 bäuerlichen Familienbetriebe, und nicht den Kurs des Wachsens oder Weichens, des Höfesterbens und des Arbeitsplatzverlustes der Vorgängerregierung fortsetzen. Auch eine Politik, die auf den weiteren Zubau großer Massentierhaltungsanlagen setzt, wird abgelehnt. Wir wollen Qualität und Nachhaltigkeit sowohl im ökologischen als auch im konventionellen Bereich stärken, weil wir meinen, dass damit ein besserer Schutz der Verbraucher vor diesen Skandalen gewährleistet wird.

Sie haben es mitbekommen: Wir haben gestern den Ökolandbau bei der Förderung vom Schlusslicht zum Spitzenreiter gemacht, und wir werden auch für konventionelle Betriebe die Anreize, nachhaltiger zu produzieren, deutlich erhöhen.

Ich würde mich freuen, wenn das gesamte Haus diese sanfte Agrarwende, die die Landesregierung für mehr Akzeptanz und Vertrauen der Verbraucher für die aus Niedersachsen hergestellten Lebensmittel einleitet, unterstützen und konstruktiv begleiten würde.

Danke schön.

(Starker Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Damit ist die Besprechung zu Punkt b beendet. - Ich rufe auf den Punkt

c) Normalität statt „schrille Minderheit“ - Ehe auch für Homosexuelle - Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/44

Herr Kollege Limburg, Sie haben das Wort.

Helge Limburg (GRÜNE):

Vielen Dank. - Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor etwas mehr als elf Jahren, am 1. August 2001, trat unter der rot-grünen Bundesregierung das Gesetz über gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften in Kraft. Damals war das ein großer Fortschritt, den SPD und Grüne gegen den teils erbitterten Widerstand der Konservativen

in diesem Land, der CDU, aber, meine Damen und Herren, auch gegen den Widerstand der FDP erkämpfen mussten.

Im Anschluss an die Verabschiedung des Gesetzes marschierten die unionsregierten Länder Sachsen, Thüringen und Bayern nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht - und scheiterten. Das war die erste Niederlage bei dem Versuch der Konservativen, den gesellschaftlichen und rechtlichen Fortschritt, die Gleichberechtigung unterschiedlicher geschlechtlicher Identitäten, aufzuhalten.

(Zustimmung bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nach ein paar Jahren, 2009, ging es mit einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur betrieblichen Hinterbliebenenrente weiter. Dem folgten bis zum heutigen Tage nicht weniger als vier weitere Beschlüsse und Urteile des höchsten deutschen Gerichts, die allesamt in eine Richtung weisen: Wer Ehe und gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaft unterschiedlich behandeln will, der braucht dafür einen guten Grund.

Diesen Grund, meine Damen und Herren, gab es in den vorliegenden Fällen nicht. Jeder, der auch nur ein bisschen von Verfassungsrechtsprechung versteht, kann absehen, dass es einen solchen Grund auch beim Ehegattensplitting nicht gibt und dass damit im Sommer zum sechsten Mal den Konservativen bescheinigt werden wird, dass ihre Haltung und Auffassung nicht mit dem deutschen Grundgesetz vereinbar sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Die gegenwärtige Rechtslage ist in Bezug auf gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften höchst widersprüchlich. Beim Arbeitslosengeld II werden sie zu gegenseitigem Beistand und Unterhalt herangezogen; ein entsprechender Vorteil beim Ehegattensplitting wird ihnen hingegen verwehrt. Sukzessiv- und Stiefkindadoptionen sind zulässig, die Volladoption bleibt verboten.

Meine Damen und Herren, auch diese letzten Bastionen konservativer Ausgrenzungspolitik werden fallen. Deshalb ist die logische Konsequenz genau die, die die rot-grün-regierten Länder Rheinland-Pfalz und Hamburg gezogen haben und im Bundesrat voranbringen werden, nämlich die vollständige Öffnung der Ehe auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Ich bin stolz darauf, dass die Niedersächsische Landesregierung unter Stephan

Weil und mit den Ministerinnen Rundt und Niewisch-Lennartz beschlossen hat, sich dieser Initiative zur echten Gleichstellung anzuschließen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Noch ein Wort zur Volladoption, weil dieses Thema ja auch den früheren Justizminister und heutigen Landtagspräsidenten sehr umgetrieben hat: Es geht nicht darum, Kinder als Mittel zur Selbstverwirklichung Homosexueller einzusetzen. Es geht nicht darum, Kinder als Hebel zum Abbau von Stigmatisierungen einzusetzen. Das Kindeswohl steht bei Adoptionen im Mittelpunkt, und das wird auch so bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber so, wie es jetzt ist, verhindert die Gesetzeslage eine neutrale Prüfung des Kindeswohls, weil homosexuelle Paare von vornherein und vollständig von der Adoption ausgeschlossen sind - und das, obwohl gleichzeitig viele Tausend Kinder in diesem Land selbstverständlich in gleichgeschlechtlichen Partnerschaften aufwachsen. Die konservative Argumentation gegen die Volladoption sagt doch implizit, dass in all diesen Fällen eine Kindeswohlgefährdung vorliegt. Eine größere Diffamierung sowohl der Eltern als auch der Kinder ist kaum denkbar, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es geht hier nicht um eine „schrille Minderheit“, wie Alexander Dobrindt die Homosexuellen beleidigt hat, sondern es geht um die Öffnung der Ehe für alle und damit um die Stärkung der Ehe in diesem Land. Homosexualität schadet doch niemandem! Homosexualität ist doch nicht unnormal! Das war sie im Übrigen auch vor 50 oder 100 Jahren nicht, meine Damen und Herren. Ich bin froh, dass das höchste deutsche Gericht diesen gesellschaftlichen Wandel endlich nachvollzogen hat. Jetzt steht allein noch die CDU dagegen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion hat die Kollegin Frau Ross-Luttmann das Wort.

Mechthild Ross-Luttmann (CDU):

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Limburg, ich danke Ihnen sehr, dass Sie diese Debatte, die für uns als CDU, als große christliche Volkspartei, keine einfache ist, in dieser sehr sachlichen Form geführt haben. Ich habe diese Äußerung von Herrn Dobrindt auch aus der Presse erfahren - ich denke, Sie auch. Ich habe mich sehr gefreut, dass sich Herr Seehofer von diesen Äußerungen deutlich distanziert hat

(Zustimmung bei der CDU und Beifall bei der SPD, bei den GRÜNEN und bei der FDP)

und sehr klar gesagt hat, dass auch die CSU niemanden diskreditiert, sondern jeder Form der Lebensgemeinschaft und des Zusammenlebens von Menschen mit Achtung und Respekt begegnet. Ich denke, diese Worte waren wichtig und richtig.

Aber wird sind hier ja nicht in München, wir sind hier in Hannover. Sie werden sicherlich zugestehen, dass wir diese Debatte, wenn wir sie führen, in respektvollem Umgang und auch mit durchaus unterschiedlichen Positionen führen. Wir als große christliche Volkspartei sind uns in dieser Frage auch nicht einig.

Wir haben einen Beschluss des Bundesparteitages, der die steuerliche Gleichbehandlung ablehnt. Aber Sie alle haben die Diskussionen verfolgt, die auch im Anschluss weitergegangen sind. Daraus ersehen Sie, wie schwierig für uns als große Volkspartei diese Debatte zu führen ist. Das hängt natürlich für uns auch mit dem Familienbegriff, mit dem Begriff der klassischen Ehe zusammen. Für uns ist die klassische Ehe die Verbindung von Mann und Frau, und für uns ist das Verfassungsgebot des Artikels 6 Abs. 1 Grundgesetz ein eminent wichtiges. Denn auch dort ist normiert, dass Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Staates stehen. Diesem Verfassungsgebot fühlen wir uns außerordentlich verpflichtet.

(Filiz Polat [GRÜNE]: Wir auch!)

- Das ist mir durchaus bewusst.

Ich denke, wir alle fühlen uns diesem Verfassungsgebot sehr verpflichtet. Nur eine Familie ist für uns der Ort des Zusammenlebens, in der Menschen füreinander Verantwortung übernehmen, in der im Kleinen das gelebt wird, was im Großen unsere Solidargemeinschaft, unsere Gesellschaft ausmacht. Deswegen braucht unsere Gesellschaft

Familien. Deswegen müssen wir auch alles dafür tun, um Familien zu stärken.

Selbstverständlich achten und respektieren wir auch Formen anderen menschlichen Zusammenlebens. Das ist uns sogar auch eminent wichtig, dass wir hier Achtung und Respekt aussprechen, weil auch gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften Werte leben. Auch dort wird Verantwortung auf Dauer angelegt, füreinander übernommen.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Ich weiß nicht, ob Sie das Waldschlösschen in Göttingen kennen. Das ist eine Akademie - ich bin dort gewesen -, in der unglaublich viel an Informationen, an Seminaren stattfindet, wo schwule Männer auch zum Coming-out ermutigt werden, wo über Sexualität, Recht und Gesundheitsfragen informiert wird, wo man die Seele baumeln lassen kann. Dort ist mir sehr deutlich geworden, dass es heute in der Gesellschaft deutlich besser und einfacher geworden ist als noch vor Jahren, sich zu bekennen. Aber wenn Sie mit dem einen oder anderen schwulen Mann reden, der nach langer Ehe für sich entschieden hat, dass das Lebensglück für ihn nicht in der klassischen Ehe, sondern in einer gleichgeschlechtlichen Lebensgemeinschaft liegt, wie lange er überlegt hat, bis er sein Coming-out hatte, bis er sich mit den Fragen auseinandergesetzt hat „Wie reagiert meine Familie, wie reagieren meine Freunde, wie reagiert die Gesellschaft, wie reagiert der berufliche Alltag?“, dann sind mir bei dieser Debatte nicht nur die Frage der rechtlichen Gleichstellung, sondern auch die der gesellschaftlichen Gleichberechtigung und Akzeptanz in der Gesellschaft eminent wichtig.

Wir werden ja morgen noch über Ihren Antrag diskutieren, den Sie eingebracht haben. Ich freue mich auf die Beratung auch dieses Antrages. Vielleicht kommen wir da auch zu einem Stück weit mehr Verständigung. Aber für uns als große Volkspartei sind diese Fragen, die auch das christliche Weltbild, das christliche Familienbild betreffen, von enormer Wichtigkeit. Da kann man nicht einfach schnell so oder so sagen. Deswegen danke ich für die bisherige, sehr respektvolle Debatte.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Frau Ross-Luttmann. - Frau Kollegin Schröder-Ehlers hat das Wort für die SPD-Fraktion.

Andrea Schröder-Ehlers (SPD):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen - Frau Präsidentin, Sie gestatten -:

„Viele Schwule, viele lesbische Paare nehmen wie heterosexuelle Paare eine besondere Verantwortung wahr. Sie sind bürgerliche Paare im besten Sinne des Wortes.“

Das war ein Zitat von Rainer Brüderle von Ihrem Parteitag am letzten Sonntag.

(Christian Dürr [FDP]: Haben Sie den Schluss der Rede gehört? - „Auf in den Kampf!“ Das fand ich sehr interessant!)

- Das ist ja Ihr Spitzenkandidat, Herr Dürr. Damit müssen Sie sich jetzt schon auseinandersetzen.

Liebe Frau Ross-Luttmann, ich danke Ihnen für die sehr differenzierte Darstellung. Wenn Sie es aber mit dieser Lebensform, mit dieser Lebensgemeinschaft wirklich ernst meinen, dann sollten Sie sich der Meinung des Bundesverfassungsgerichtes anschließen. Mein Kollege Limburg hat eben die verschiedenen Urteile dazu schon zitiert. Wir haben gerade vor zwei Wochen eine ganz aktuelle Entscheidung zur Ausweitung des Adoptionsrechtes bekommen. Sie alle wissen es, wir haben im Frühsommer die Entscheidung zur steuerlichen Ungleichbehandlung. Auch da werden Sie sehen: Das Bundesverfassungsgericht wird bei seiner bisherigen Rechtsprechungslinie bleiben. Es wird diese Ungleichbehandlung kippen. Von daher, meine Damen und Herren, ist es jetzt Zeit zu handeln.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die gesellschaftlichen Veränderungen der letzten 60 Jahre dürfen wir nicht wegdiskutieren. Es hilft nichts, wenn Teile Ihrer Partei, Frau Ross-Luttmann, immer noch Trugbilder malen und sich einer scheinbaren Idylle hingeben, die es schon lange nicht mehr gibt.

Wir haben vor einigen Wochen mit großer Freude zur Kenntnis genommen, dass Herr Kauder und Herr Grosse-Brömer, der ja auch ein Niedersachse ist,

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ein sehr guter Mann!)

schon vor der Sommerpause einen Gesetzentwurf einbringen wollten, um noch vor der Bundestagswahl eine gemeinsame Entschließung auf den Weg zu bringen. Das hat leider nicht funktioniert. Die Kanzlerin hat es gestoppt und das Ende der Debatte erklärt, auch gegen führende Kräfte in Ihrer Bundespartei. Frau Klöckner hat sich geäußert. Herr Strobl hat sich geäußert. Auch Frau von der Leyen hat sich klar positioniert. Schade, dass sie sich nicht durchsetzen konnten, schade, dass Frau Merkel hier so hart agiert hat.

Ich kann von Ihrem Parteitag Herrn Lindner zitieren - da war ja am Wochenende viel los -:

„Es ist ein merkwürdiges Verständnis von Konservatismus, dass die Union ein politisches Zeichen für Verantwortungsgefühl, Fairness und Toleranz verhindert und sich ohne Not vom Bundesverfassungsgericht treiben lässt.“

Meine Damen und Herren, ich glaube, es ist deutlich geworden: Die Ehe im klassischen Sinne leidet nicht, sie wird nicht schlechtergestellt, sondern es ist an der Zeit, für andere Lebensformen eine entsprechende Gleichstellung zu schaffen. Es ist ein ganz schlechtes Ablenkungsmanöver, jetzt auf das Familiensplitting zu gehen. Wir lehnen das Familiensplitting klar ab. Alle Berechnungsmodelle zeigen auch deutlich, dass es zu einer großen Kostenlawine führen wird. Es ist unter dem Strich nicht familienfreundlich, sondern familienfeindlich, weil es gerade die Familien mit geringem Einkommen nicht entlastet und Familien mit hohem Einkommen begünstigt. Wenn man dann auch noch sieht, dass einige Stimmen in der CDU das mit der Abschaffung des Kindergeldes gegenfinanzieren wollen, dann ist das eine familienfeindliche Angelegenheit.

Meine Damen und Herren, mein Kollege Limburg hat es gerade schon dargestellt: Niedersachsen wird der Bundesratsinitiative von Hamburg und Rheinland-Pfalz beitreten. Dabei geht es um die Veränderung der Definition des § 1353 des Bürgerlichen Gesetzbuches. Hier ist der Begriff der Ehe definiert. Es ist ganz einfach: Wenn Sie diesen Begriff anders definieren, dann können Sie sich viele Detailregelungen auch in der Anpassung sparen. Dann kommen Sie sehr schnell zu einer Gleichstellung.

Ich kann Ihnen versichern, Deutschland würde damit nicht alleine stehen. Die Niederlande haben

es schon genauso wie die Belgier, die Spanier, die Norweger, die Schweden, die Portugiesen und die Dänen. Also lassen Sie uns auch diesen europäischen Weg beschreiten!

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank. - Herr Kollege Oetjen hat das Wort nun für die FDP-Fraktion.

Jan-Christoph Oetjen (FDP):

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Zitat von Herrn Dobrindt „schrille Minderheit“, das in der Überschrift zur Aktuellen Stunde steht, wurde von Herrn Seehofer zu Recht einkassiert, wie Frau Ross-Luttmann eben sagte. Es ist aber sicherlich nur die Spitze des Eisbergs von Ressentiments, die Schwulen und Lesben im Alltag entgegenschlagen. Das möchte ich zu Beginn der Debatte auch einmal sagen.

(Beifall bei der FDP und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der SPD)

Wir als FDP treten seit Jahren für die volle Gleichstellung eingetragener Lebenspartnerschaften mit Ehegatten ein. Wer gleiche Pflichten hat, verehrte Kolleginnen und Kollegen, muss auch gleiche Rechte haben. Dies ist eine Frage der Fairness und der Bürgerrechte. Wir als Liberale stehen für Vielfalt in der Gesellschaft.

Hier im Land haben wir in der letzten Legislaturperiode in einer breiten Debatte schon das Gesetz verabschiedet, das die Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe zum Ziel hatte. Ich glaube, dass wir dafür eine breite Mehrheit in diesem Hause hatten. Das ist auch der Weg, den ich mir wünsche, um gesellschaftlichen Fortschritt auch Wirklichkeit werden zu lassen, verehrte Damen und Herren.

Auch im Bund ist in dieser Legislaturperiode bereits eine Reihe von Fortschritten für Lesben und Schwule erreicht worden. So wurde die Gleichstellung beim Beamten-, Soldaten- und Richterrecht, bei der Erbschaft- und der Grunderwerbssteuer, beim BAföG und in vielen anderen Bereichen erreicht. Außerdem wurde die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld gegründet, die die rechtliche, aber auch die gesellschaftliche Gleichstellung von Schwulen und Lesben fördern soll. Ich glaube,

dass wir insgesamt, auch Schwarz-Gelb, in Berlin in dieser Legislaturperiode in diesem Bereich bereits viel erreicht haben.

(Beifall bei der FDP)

Aber nach dem letzten Urteil des Bundesverfassungsgerichts hat der Gesetzgeber den Auftrag und die Pflicht, auch im Bereich des Ehegattensplittings für eine unverzügliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe zu sorgen. Dafür setzen wir als Liberale uns ein.

Neben dieser Gleichstellung im Ehegattensplitting sollten gleichgeschlechtliche Paare nach unserer Auffassung auch den Zugang zur sogenannten - bitte in Anführungsstrichen - „normalen“ Ehe bekommen, mit den gleichen Rechten und Pflichten und eben auch dem Adoptionsrecht, das gesellschaftlich sicherlich das umstrittenste Recht für Schwule und Lesben sein wird. Ich weiß, dass in allen Parteien dazu Diskussionen geführt werden. Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch sagen, dass ich fest davon überzeugt bin, dass für das Wohl eines Kindes nicht zählt, ob die Eltern weiß oder schwarz sind, ob sie homosexuell oder heterosexuell sind oder welcher Religion sie angehören. Entscheidend ist die Liebe, die einem Kind von seinen Eltern entgegengebracht wird. Das möchte ich hier unterstreichen.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Ich bin übrigens der Überzeugung, dass die Debatte über die für unsere Gesellschaft grundlegende Frage, ob die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet werden kann, in Berlin - im Deutschen Bundestag - parteiübergreifend geführt werden sollte. Weil diese Frage den Artikel 6 unseres Grundgesetzes betrifft - die Kollegin Ross-Luttman hat darauf hingewiesen -, kann jeder sie nur mit seinem Gewissen beantworten. Ich hoffe, dass eine solche Gewissensentscheidung in Berlin in der Frage der Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare Wirklichkeit werden kann und dass wir dadurch dem Ziel, die Ehe zu öffnen und einen breiten gesellschaftlichen Konsens in dieser Frage herzustellen, ein Stück näher kommen.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP, bei der SPD und den GRÜNEN sowie Zustimmung bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta:

Vielen Dank, Herr Kollege. - Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Niewisch-Lennartz nun das Wort.

Antje Niewisch-Lennartz, Justizministerin:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich sehr über diese Aktuelle Stunde, weil sie den Blick auf eine aktuelle Gesetzesinitiative der Landesregierung lenkt. Ich freue mich aber auch über den Stil und den Inhalt der Debatte hier, von der ich mir verspreche, dass sie dieser Initiative ein wenig Flügel verleiht, sodass sie dann vielleicht auch die weiteren parlamentarischen Hürden nehmen kann.

Die Landesregierung hat gestern beschlossen, zusammen mit den Ländern Hamburg und Rheinland-Pfalz ein Gesetz auf den Weg zu bringen, das die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare öffnet. Es handelt sich vom Umfang her um ein kleines Gesetz. Im Wesentlichen werden in den § 1353 BGB wenige Worte eingeführt. Er lautet dann, wenn er - vielleicht mit Flügeln von Ihrer Seite - die parlamentarischen Hürden nimmt:

„Die Ehe wird von zwei Personen verschiedenen oder gleichen Geschlechts auf Lebenszeit geschlossen.“

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Eine kleine Änderung mit großer Wirkung für die betroffenen Menschen.

Der Abgeordnete Limburg hat schon auf die zahlreichen Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu diesem Thema hingewiesen. Das höchste deutsche Gericht hat immer wieder betont, dass die einzelnen Stellen, die dort zur Überprüfung anstanden, keinen Anlass mehr für eine Differenzierung zwischen den eingetragenen Lebenspartnerschaften und der Ehe geben.

Meine Damen und Herren, keinem einzigen heterosexuellen Ehepaar wird etwas genommen, wenn auch Lesben und Schwule heiraten dürfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Aber homosexuellen Paaren wird mehr gegeben als die Möglichkeit zu einer echten Hochzeit, zu einer großen Feier, die zu einer jeden Ehe dazugehört und jedem zu wünschen ist. Die kleine Änderung des Wortlauts hat gravierende und gewünschte Nebenwirkungen. Eine vollzieht sich bei

einem Thema, das hier heute schon mehrmals in diesem Zusammenhang angesprochen wurde: Diese Änderung öffnet die Tür zur Adoption. Denn ein Kind kann nur ein Ehepaar gemeinsam annehmen.

(Vizepräsident Karl-Heinz Klare übernimmt den Vorsitz)

Meine Damen und Herren, ich wünsche mir, dass die Union in Berlin die Kraft aufbringt, die gesellschaftlichen Entwicklungen zu akzeptieren und den berechtigten Anspruch gleichgeschlechtlicher Paare auf Gleichbehandlung mit heterosexuellen Paaren zu erfüllen. Viele europäische Nachbarn haben diesen Schritt, der hier von uns eingefordert wird, schon getan. Die einzelnen Länder wurden eben schon genannt.

Anfang des Jahrtausends war Deutschland unter der rot-grünen Regierung mit dem Lebenspartnerschaftsgesetz, das am 1. August 2001 in Kraft trat, der Vorreiter. Heute hinken wir aufgrund der Untätigkeit in Berlin hinterher. Lassen Sie uns das gemeinsam beenden!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Wir kommen jetzt zum nächsten Punkt der Aktuellen Stunde:

d) Berlin, Berlin - wir warten auf Berlin! Rot-grünes Regieren nach dem Prinzip Hoffnung - Antrag der Fraktion der FDP - Drs. 17/42

Dazu liegen vier Wortmeldungen vor. Ich rufe den Kollegen Christian Dürr auf.

Christian Dürr (FDP):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Das Prinzip Hoffnung kommt immer dann zur Anwendung, wenn man keinen echten Plan hat, wenn nur noch das verzweifelte Hoffen bleibt, dass es doch noch anders kommt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Als FDP-Politiker wissen Sie, wovon Sie reden!)

Ich zitiere einmal aus der *HAZ* vom 8. März:

„Eine Reihe von Dingen, die im Koalitionsvertrag angekündigt wurden, fußen auf der

Hoffnung, mit einer anderen Politik in Berlin eine bessere Finanzausstattung zu bekommen.“

Derjenige, der hier die finanzpolitischen Prinzipien von Rot-Grün benennt, ist einer, der es wissen muss - denn er muss sie umsetzen. Das Zitat stammt vom neuen Niedersächsischen Finanzminister.

Meine Damen und Herren, CDU und FDP wissen: Bei Hartmut Möllring war das anders.

Sie, sehr geehrter Herr Schneider, müssen Ihren Haushalt nach dem Prinzip Hoffnung machen. Ich stelle mir nur eine Sekunde vor, wir hätten unseren Politikentwurf so auf Sand gebaut wie Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

SPD und Grüne haben im Wahlkampf wirklich jedem eigentlich alles versprochen.

(Johanne Modder [SPD]: Eben nicht!)

Jetzt müssen sie kleinlaut zugeben, dass es keinen auch nur halbwegs realistischen Grund zu der Annahme gibt, dass das Geld dafür zur Verfügung steht. Studienbeiträge abschaffen, alte Bezirksregierungen wiedereinführen, die Energiewende weiter mit Geld statt Verstand umsetzen, Ökolandbau massiv mit Steuergeldern subventionieren

(Helge Limburg [GRÜNE]: Mit EU-Geldern!)

und jedes soziale Projekt fördern, das halbwegs auf einen Bierdeckel passt - meine Damen und Herren, nichts von alledem ist gegenfinanziert. Alles nur Luftbuchungen! Ihr Prinzip Hoffnung heißt: Gewerbesteuererweiterung, Vermögensteuererhöhung, Erbschaftsteuererhöhung, Einkommensteuererhöhung. Das wird es bei Union und FDP in Berlin aber nicht geben. Noch nie war die Hoffnung so weit von der Wirklichkeit entfernt wie bei Ihnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Sie bauen auf Steuererhöhungen - das haben wir gelesen - in Höhe von insgesamt 40 Milliarden Euro im Bund. Dahinter steckt eine ganz bestimmte Denke. Dahinter steht: Eigentlich ist es besser, wenn der Staat den Bürgern ihr Geld abknöpft und für sie entscheidet, wofür es ausgegeben wird. Rot-Grün steht für den erhobenen Zeigefinger, steht für ein „Wir wissen das besser als die Menschen“.

Sie warten auf Berlin, Sie warten auf die Bundestagswahl. Ich habe mir in der Vorbereitung einmal die Bundestagswahlprogramme von SPD und Grünen angeguckt - man muss ja auch leidensfähig sein, meine Damen und Herren.

(Johanne Modder [SPD]: Haben Sie schon eines?)

Zum Beispiel der Programmwurf der Grünen. Kennen Sie den, Frau Piel? - Und, ist er gut? - Unentschieden.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Der wird noch besser, Herr Dürr!)

Wissen Sie, was darin steht? - Darin steht tatsächlich: „Die Entfernung von Körperbehaarung lehnen wir ab.“ Ich muss zugeben: Seit ich das gelesen habe, sehe ich das Spitzenpersonal der Grünen mit anderen Augen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Was glauben Sie eigentlich, wie wir Niedersachsen in den letzten zehn Jahren nach vorne gebracht haben? - Doch nicht durch immer mehr Steuererhöhungen und Verbote, sondern indem wir Freiräume geschaffen haben. Wir haben einen Rekord bei Unternehmensgründungen, bei Innovationen, bei den Arbeitsplätzen und belegen beim Wachstum Platz eins in Deutschland - noch vor den Bayern. So macht man ein Aufsteigerland, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will deutlich sagen: Mich geht die Körperbehaarung von anderen Menschen nichts an. Mich interessiert nur eines: Wie geht es den Menschen in Niedersachsen? Das ist genau der entscheidende Unterschied zwischen Ihnen und uns: Sie wollen die Wirtschaftsförderung an der Ökologie orientieren. Wir wollen vor allem, dass die Menschen Jobs finden. Sie schreiben Gender-Budgeting-Masterpläne. Wir wollen, dass junge Familien auch auf dem Land eine prosperierende Zukunft haben. Sie fördern die Landesarbeitsgemeinschaft Rock. Wir fördern Unternehmensgründungen. Sie führen Mystery Shopping ein, wir die Schuldenbremse. Bevormundung, Bürokratie, Steuererhöhungen - und alles hängt bei Ihnen von Berlin ab.

Ich sage Ihnen eines ganz deutlich, meine Damen und Herren: Wir werden Ihnen in jedem einzelnen Plenarabschnitt den Spiegel vorhalten. Lehnen Sie sich nicht zurück! Die Oppositionsbänke mögen

hart sein. Aber bei dieser Opposition sind die Regierungsbänke noch viel härter.

Herzlichen Dank.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Jetzt hat Johanne Modder das Wort.

Johanne Modder (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! „Berlin, Berlin - wir warten auf Berlin!“ - Sie, Herr Dürr, und Ihre FDP-Fraktion spielen mal wieder Spaßpartei. Übrigens: Die Mikrofonanlage funktioniert gut. Sie müssen nicht immer so schreien.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Dies mag Ihrer Stimmung zwei Monate nach dem Leihstimmenerfolg hier in Niedersachsen entsprechen. Den politischen Herausforderungen unseres Landes entspricht das jedoch bei Weitem nicht.

Ja, wir wollen den Regierungswechsel in Berlin. Wir wollen eine rot-grüne Bundesregierung, damit die soziale Schieflage in unserem Land endlich behoben und die soziale Gerechtigkeit wiederhergestellt werden kann. Die Menschen spüren ganz genau - viele erleben es in ihrem Alltag, im Berufsleben -, dass hier einiges aus dem Ruder gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ja, bestimmte Vorhaben unserer Landesregierung bedürfen bundespolitischer Entscheidungen. Deshalb wird sich Niedersachsen kräftig hieran beteiligen und mitwirken - und zwar anders, als Sie das in den letzten zehn Jahren gemacht haben.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir brauchen faire Löhne und einen gesetzlichen Mindestlohn. Dafür ist eine bundesgesetzliche Regelung notwendig. Deswegen hat die Landesregierung im Bundesrat die entsprechende Initiative unterstützt.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen dringend eine Regulierung von Leiharbeit und eine Begrenzung der befristeten Arbeitsverhältnisse. Auch hierfür ist eine bundesgesetzliche Regelung erforderlich.

Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben eines der wichtigsten gesamtgesellschaftlichen Projekte auf Bundesebene, nämlich die Energiewende, auf gut Deutsch gesagt verdaddelt: keine Koordinierung, keine Planungssicherheit für Investoren. Die Energiewende bedarf aber eines klaren Kurses. Diesen klaren Kurs werden wir mit einer neuen Bundesregierung ab Herbst diesen Jahres fahren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Beispiele zeigen: Es geht nicht darum, auf Berlin zu warten. Es geht darum, in Berlin Flagge zu zeigen, landespolitische Interessen deutlich zu machen und politisch im Interesse des Landes und seiner Mitbürgerinnen und Mitbürger tätig zu werden - eine Richtschnur, die Ihnen in den zurückliegenden Jahren fremd war.

Das gilt im Übrigen auch für die Haushalts- und Finanzpolitik. Der finanzielle Gestaltungsspielraum des Landes wird entscheidend durch die Steuerrechtsetzung des Bundes geprägt. An dieser existenziellen Grundlage hat die schwarz-gelbe Steuersenkungspolitik der letzten Jahre massiv genagt. Die ehemalige Landesregierung hat von 2003 bis zu ihrer Abwahl Steuersenkungen auf Bundesebene zugestimmt, die den Landeshaushalt über 600 Millionen Euro gekostet haben.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das rechnen Sie uns mal vor! Das wollen wir mal sehen! Wo stehen die denn?)

- Die sind leider weg, das ist das Schlimme.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich will eine weitere Berliner Entscheidung ansprechen. Niemand will das von Ihnen durchgedrückte Betreuungsgeld. Niemand! Es ist volkswirtschaftlich schädlich, frauenpolitisch von vorgestern, familienpolitisch aus den 50er-Jahren und arbeitsmarktpolitisch fatal.

(Beifall bei der SPD)

Das Betreuungsgeld kostet Niedersachsen 200 Millionen Euro, die wir besser in Betreuung, in Qualität und in den Ausbau der Krippenplätze investieren würden.

(Zustimmung von Petra Tiemann [SPD])

Zur Haushalts- und Finanzpolitik des Landes ein paar Fakten: Sie haben uns Schulden von 60 Mil-

liarden Euro hinterlassen. Die Annahmen der alten Landesregierung waren viel zu positiv.

(Jens Nacke [CDU]: Eine Neuverschuldung von 60 Milliarden Euro? Frau Modder!)

Wir werden ja heute auch noch eine Debatte über die Schuldenbremse führen. Hier ein paar Eckdaten:

Die im Haushalt 2013 in Höhe von 620 Millionen Euro veranschlagte Nettokreditaufnahme ist nur die halbe Wahrheit. Die in Höhe von rund 283 Millionen Euro vorgesehene Rücklagenentnahme sowie die 295 Millionen Euro veranschlagten Einnahmen aus Beteiligungsveräußerungen machen deutlich, dass das tatsächliche Defizit 2013 ungefähr 1,2 Milliarden Euro erreicht. Das ist die haushaltspolitische Realität hier in Niedersachsen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Also hören Sie auf, von gefüllten Kassen und von einem bestellten Haus zu reden. Das ist aus meiner Sicht nur noch frech. Die Haushaltssituation des Landes ist mehr als angespannt.

Wir werden auf Bundesebene - da haben Sie recht - bestimmte Maßnahmen einleiten. Wir hoffen darauf, dass wir dort eine große Mehrheit finden; denn die Menschen in diesem Land sind schon viel weiter.

Wir wollen die Vermögensteuer verfassungsgemäß wieder einführen. Wir werden das Aufkommen der Erbschaftsteuer deutlich erhöhen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Immer ordentlich abkassieren! Ganz genau!)

Wir werden den Spitzensteuersatz erhöhen und das Ehegattensplitting reformieren.

(Glocke des Präsidenten)

Meine Damen und Herren, eine gerechte Steuerpolitik ist dabei kein Selbstzweck, sondern die Grundlage für einen handlungsfähigen Staat. Wenn Politik den gesellschaftlichen Herausforderungen begegnen will - z. B. bei der Bildung, bei der Inklusion, bei der Armutsbekämpfung und bei der Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe sowie bei Erhalt und Weiterentwicklung der Infrastruktur -, die Fliehkräfte der Gesellschaft begrenzen und die Gesellschaft zusammenhalten will, dann braucht es hierfür einen handlungsfähigen Staat, der die Verteilung von Arbeit und Vermögen

organisiert und soziale Gerechtigkeit möglich macht. Dafür steht eine rot-grüne Koalition auch hier in Niedersachsen.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Modder. Das war ein bisschen sehr über die Zeit. - Das Wort hat jetzt die Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Anja Piel.

Anja Piel (GRÜNE):

Sehr verehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! „Entscheidungen in Berlin führen zu mehr Wachstum und mehr Gerechtigkeit“ - so beschrieb der FDP-Fraktionsvorsitzende Christian Dürr in einer Pressemitteilung im November 2011 seine Hoffnung auf die segensreiche Kraft von Entscheidungen der Bundesregierung in Berlin.

(Zustimmung bei der FDP)

Komisch nur, dass Herr Dürr das Prinzip Hoffnung auf Berlin heute nur noch als Denunziation von rot-grüner Politik verstanden wissen will. Es muss andere Gründe haben, wenn die FDP das Prinzip Hoffnung im Hinblick auf die kommenden Bundestagswahlen dann aber trotzdem wieder erwähnt. Wir haben dafür Verständnis.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Von Hoffnung auf ein größeres Wirtschaftswachstum waren vor allem die schwarz-gelben Haushaltsplanungen geprägt. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Hoffnungen haben sich in diesem Fall nicht erfüllt. Nach dem erforderlichen Kassensturz nach der Wahl haben wir die Erwartungen bereits nach unten korrigieren müssen. Wir wollen den Menschen im Land ehrlich begegnen.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Dann fangt endlich mal damit an!)

- Das tun wir, glaube ich, auch!

Dazu gehört für uns auch, dass wir ihnen sagen, für welche Maßnahmen für eine bessere und gerechtere Bildungspolitik wir Geld brauchen, was wir für den sozialen Ausgleich und für ein nachhaltiges Niedersachsen an Mitteln brauchen und was wir davon - auch vor dem Hintergrund der vorhandenen Haushaltslücken - ganz konkret angehen können.

Zu dieser Ehrlichkeit gehört für uns auch zu sagen, dass die Realisierung einiger der geplanten Projekte unbedingt Verbesserungen auf der Einnahmeseite benötigt. CDU und FDP haben - wir haben es von der Kollegin Modder eben schon gehört - im Durchschnitt jährlich 1,8 Milliarden Euro Schulden gemacht, aber gleichzeitig sämtliche Steuersenkungen im Bundesrat mit beschlossen. Ihr Ruf nach einer konsequenten Schuldenbremse, den man jetzt von Ihnen hört, ist darum auch schnell erklärt, wenn man zurückblickt und feststellt, dass Sie den Landeshaushalt in den letzten Jahren - u. a. durch Ihre Zustimmung zu den Steuergeschenken für die Hoteliers - nicht unbedingt entlastet haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Zum Glück haben sich die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat verändert; denn nach dem völlig sinnlosen Betreuungsgeld hätten Sie wahrscheinlich schmerzfrei auch noch viele andere Dinge durchgewinkt, wenn die Mehrheiten so geblieben wären.

Wir haben zu den Lücken eben schon einiges gehört. Im Hinblick auf die Tarifverhandlungen haben Sie gerade einmal 2 % Personalkostensteigerung berücksichtigt. Wir von Rot-Grün müssen uns jetzt im Haushalt auf die Suche begeben, um die vereinbarten Tarifsteigerungen einlösen zu können. CDU und FDP - das muss man an dieser Stelle einfach einmal hinnehmen - sind einer Schuldenbremse in ihrer Regierungszeit keinen Millimeter näher gekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ungeachtet dessen ereilt uns schon wieder Ihr Verfassungsantrag, mit dem Sie bereits im letzten Spätherbst gescheitert sind, weil er angesichts der damals schon vorliegenden Zahlen völlig unseriös war.

(Jens Nacke [CDU]: Das steht in der Landeshaushaltsordnung, Frau Kollegin!)

Eine verantwortliche Finanzpolitik lebt nicht nur von der Hoffnung auf bessere Konjunkturdaten, sondern von politischer Verantwortung und dem Mut, Umverteilungsprozesse in Gang zu setzen und für eine gerechtere Steuerpolitik zu sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deshalb sprechen wir uns im Koalitionsvertrag - das ist überhaupt nicht esoterisch - ganz unmissverständlich dafür aus, höhere Einkommen endlich wieder angemessen an der Finanzierung der staatlichen Aufgaben zu beteiligen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Ich weiß, dass Sie das nicht gerne hören. Aber Sie hatten zweimal fünf Jahre lang Zeit, um einen Weg aus der Schuldenfalle aufzuzeigen - ohne Erfolg. Jetzt lassen Sie uns die Zeit, eine solide Haushaltspolitik vorzulegen, die nicht nur von der Hoffnung auf bessere Zeiten lebt, sondern auch von mutigen Entscheidungen. Wir setzen auf eine andere Umverteilungspolitik, auch im Bund.

Um es noch einmal mit den Worten des Fraktionsvorsitzenden der FDP, Dürr, zu sagen: Kluge Entscheidungen in Berlin führen zu mehr Wachstum und Gerechtigkeit. - Aber das stimmt eben nur dann, verehrter Kollege Dürr, wenn CDU/CSU und FDP an diesen Entscheidungen nicht beteiligt sind. Und dafür werden die Wählerinnen und Wähler am 22. September hoffentlich sorgen.

Danke schön.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Jens Nacke von der CDU-Fraktion. Sie haben das Wort, Herr Nacke.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Anpacken, besser machen - war das Motto der SPD-Wahlkampagne. Liegen lassen, später machen - das ist die rot-grüne Wirklichkeit in Niedersachsen seit dem 19. Februar.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist die falsche Rede; die hatten wir schon einmal!)

Das hat unser Fraktionsvorsitzender in seiner Erwiderung auf die Regierungserklärung sehr deutlich gemacht.

Inzwischen zeigt sich sogar, das rot-grüne Motto ist: Liegen lassen, gar nichts machen, Schuld beim Bund suchen. - Mit Bundesratsinitiativen und Anträgen zur Bundespolitik wollen Sie jetzt kaschieren: In der Landespolitik herrscht seit der Wahl

Stillstand. Wir sind hier aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, kein Ersatzbundestag. Wir sind der Landtag.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Bei landespolitischen Initiativen gilt: Fehlanzeige.

Sie wissen es längst, und Sie haben es in Ihren Reden hier noch einmal eindrucksvoll bewiesen: Sie können Ihre kostspieligen Versprechen nicht einhalten. Sie machen jetzt Berlin dafür verantwortlich.

(Johanne Modder [SPD]: Nein, Sie sind dafür verantwortlich!)

Wer einen Aufbruch von Rot-Grün erwartet hat, wird - das haben Sie gerade noch einmal getan - auf die Zeit nach der Bundestagswahl vertröstet. Ich nenne einige Beispiele.

Nachtragshaushalt, eigene Schwerpunktsetzung in der Haushaltspolitik - Fehlanzeige! Stattdessen - heute noch einmal vorgetragen -: Vermögensteuer, Erbschaftsteuer, Spitzensteuersatz, Besteuerung der Kapitalerträge - alles Dinge, die nur in Berlin entschieden werden.

Zukunftsweisende Ideen in der Kommunalpolitik - Fehlanzeige! Sie lassen den Zukunftsvertrag einfach auslaufen, und angesichts der Bewältigung der Probleme der kommunalen Haushalte und der demografischen Herausforderungen verweisen Sie auf den Bund und auf europäische Fördermittel.

(Johanne Modder [SPD]: Völlig überzeichnet, Herr Nacke! Wo ist denn das Geld?)

Eigene Maßnahmen des Landes in der Flüchtlingspolitik - Fehlanzeige!

(Johanne Modder [SPD]: Was? Haben Sie keine Zeitung gelesen?)

Sie wissen ja nicht einmal mehr, wo Sie mit Frau Schröder-Köpf bleiben sollen. Stattdessen: Bleiberechtsregelung ändern, alles auf Bundesebene. Selbst wenn Ihr Innenminister eine Mutter mit minderjährigen Kindern abschiebt, verweist er abschließend wohin? - Natürlich auf das Außenministerium. Der Bund soll es richten.

Konkrete Initiativen in der Bildungspolitik - Fehlanzeige! Nein, es verbleibt sogar Frau Korter und Ihrem neuen Finanzminister, die Finanzierung der Krippen und den Ausbau der Ganztagschulen zu thematisieren. Der Bund soll es richten. Sie verweisen nur auf den Bund und beschäftigen sich stattdessen eher mit dem Betreuungsgeld. Claus

Gorgs hat es heute in der *Nordwest-Zeitung* wie folgt kommentiert: Reiner Wahlkampf! - Recht hat er. Es wird dadurch nichts gerichtet.

(Johanne Modder [SPD]: Wer hat denn die Aktuelle Stunde angemeldet?)

Und die Kultusministerin? - Sie ist abgetaucht. Das *Hamburger Abendblatt* stellt am 6. März völlig zu Recht fest: „Niedersachsens neue Kultusministerin, Frauke Heiligenstadt, drückt sich bisher um klare Aussagen.“ - Auch heute hat sie kein Interesse an der Debatte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Sozial- und Gesundheitspolitik, Initiativen des Landes - Fehlanzeige! Stattdessen: Korrektur der SGB-II-Instrumentenreform, Familienunterstützungsleistungen, Kinderregelsätze, Regelsätze für Erwachsene, ALG-II-Sanktionen. Bund, Bund, Bund, er soll es richten. Eigeninitiativen? - Null!

Landwirtschaft: eigene Maßnahmen des Landes - Fehlanzeige! Stattdessen: Legehennenbetriebsregistergesetz, Tierschutzvorgaben für Junghennen, Ökolandbaugesetz. Bund, Bund, Bund, er soll es richten. Keine eigenen Initiativen!

Auch bei der Trennung von konventionellem und ökologischem Landbau wird auf die Bundesregierung verwiesen. Die Bundesregierung soll auf die Europäische Union einwirken. Bund, Bund, Bund - keine eigenen Initiativen!

Ich stelle fest, dass die Ministerinnen und Minister wenig Interesse an der Debatte haben.

(Johanne Modder [SPD]: Die arbeiten!)

Hochschulpolitik, Hochschulbau, Grundfinanzierung der Hochschulen, Hochschulsozialpakt. Der Koalitionsvertrag strotzt nur so von Forderungen an den Bund. Bund, Bund, Bund! Eigeninitiativen - Fehlanzeige!

Umwelt, Endlagersuche, Energiewende - Bund, Bund, Bund! Sie haben es hier gerade noch einmal ausgeführt. Eigene Initiativen - Fehlanzeige!

Den Vogel schießt der Verkehrsminister ab; aber er ist wenigstens da. Riesenstreit in der Koalition. Die Grünen wollen aus ideologischen Gründen den Bau von Autobahnen verhindern. Der Minister sagt zumindest in Interviews - hier im Plenum vielleicht auch irgendwann einmal -, dass er zu diesen Autobahnen steht.

(Minister Olaf Lies [SPD]: Jawohl!!)

Aber bauen muss sie natürlich der Bund. Er kann es nicht. Schuld ist der Bund. Bund, Bund, Bund!

(Minister Olaf Lies [SPD]: Das ist doch so!)

Ihr plant nicht einmal weiter. Plant sie zu Ende, damit sie gebaut werden können, und streicht nicht alles aus dem Verkehrswegeplan! Das ist die Forderung, die wir erheben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, man möchte in Anlehnung an ein berühmtes Zitat von John F. Kennedy sagen: Fragt nicht, was die Bundeskanzlerin für Niedersachsen tun kann, fragt, was ihr selbst für Niedersachsen tun könnt.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Mein Fazit ist: Rot-Grün beweist hier in Niedersachsen, was immer schon das Problem von Rot-Grün war: Sie wollen in die Ämter, aber Sie wissen nicht, was Sie damit anfangen wollen. Sie müssen eine Schippe drauflegen! „Fehlanzeige“ ist zu wenig!

Herzlichen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Nacke. - Damit ist der Punkt d der Aktuellen Stunde erledigt. Ich stelle fest, dass die Aktuelle Stunde beendet ist.

Wir kommen zu

Tagesordnungspunkt 3:

Erste Beratung:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung - Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP - Drs. 17/22

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Björn Thümler, hat sich zu Wort gemeldet. Sie haben das Wort, Herr Thümler.

Björn Thümler (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! „Überall in Europa haben die Schulden enorm zugenommen, die heute in allen großen Staaten als drückend empfunden und auf die Dauer vermutlich zum Ruin führen werden.“ Zumindest hat „die Politik der öffentlichen Verschuldung nach

und nach jeden Staat geschwächt, der sich ihrer bedient hat“.

Diese kluge Einschätzung, meine Damen und Herren, stammt von Adam Smith, dem Begründer der Volkswirtschaftslehre, ist 250 Jahre alt und sagt in beeindruckender Art und Weise aus, was heute unser Kernproblem ist.

Die Staatsschuldenkrise und die aktuellen Entwicklungen in Griechenland, Spanien und anderen Ländern der Eurozone machen deutlich, wie wichtig solide Staatsfinanzen für eine gute Zukunft in Sicherheit und Wohlstand in unserem Land sind. Das süße Gift der Verschuldung wirkt wie eine Droge: Es ist angenehm bei der Einnahme, aber tödlich in seiner Konsequenz. Die Entwöhnung von süßem Gift ist schmerzlich, aber politisch notwendig.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Gerade deshalb muss es in unserer Verantwortung für künftige Generationen unser gemeinsames Ziel hier im Hause und auch anderswo sein, so schnell wie möglich keine neuen Schulden mehr zu machen. Unser Ziel muss es sein, zukünftig nicht mehr auszugeben, als wir einnehmen, meine Damen und Herren.

Genau dieses Ziel verfolgt unser Gesetzentwurf, den wir heute einbringen, nämlich die Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung zu verankern und den Abbaupfad auf das Jahr 2017 festzuschreiben, weil wir ab 2017 keine neuen Schulden mehr machen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Wir knüpfen - das werden Sie sicherlich mit einem Blick festgestellt haben - an den Antrag zur Schuldenbremse aus der letzten Legislaturperiode an, der modifiziert und im Hinblick auf die Finanzausstattung angepasst worden ist.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ach, jetzt, wo Sie es sagen!)

- Ja, da war etwas, Herr Limburg, sehr richtig. Auch Ihnen ist das aufgefallen. Sehr gut!

Der Sinn der Regelung ist ganz einfach. Der Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung dazu die Grundlage geliefert. Ich hatte bereits in der Aussprache über die Regierungserklärung angedeutet, dass wir jetzt diesen Gesetzentwurf einbringen werden, um am Beginn einer Wahlperiode die Zeit haben, darüber in Ruhe zu sprechen,

wie eine Verfassungsänderung gestaltet werden soll. Die letzten Verhandlungen darüber haben leider nicht zu dem Ergebnis geführt, dass wir uns einigen konnten, weil der nahende Wahlkampf aus Ihrer Sicht ein Hindernis dargestellt hat. Ich bedauere das sehr, weil wir damit eine Chance verpasst haben, wirklich gemeinsam ein Ziel zu definieren. Das sollten wir jetzt schnellstmöglich nachholen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Alle Fraktionen im Hause haben sich in der Wahlauseinandersetzung übereinstimmend zu einer Schuldenbremse in der Verfassung bekannt. Deswegen glaube ich, dass wir hier zu einem gemeinsamen Vorgehen kommen können.

Mir ist bewusst, dass ein Neuverschuldungsverbot in Niedersachsen bereits drei Jahre früher als im Grundgesetz vorgesehen ein ehrgeiziges, aber erreichbares Ziel ist. Dieses Ziel ist nicht einfach so mit links zu erreichen. Es ist nur erreichbar, wenn wir uns richtig anstrengen, wenn solide Finanzen Priorität in unserem Land haben und wenn Sie als Mehrheit der Versuchung widerstehen, dem süßen Gift von Mehrausgaben standzuhalten.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Der Versuchung widerstehen, standzuhalten?)

- Ja, Herr Limburg, Sie müssen die Schokolade schon beiseite lassen. Dann wird das möglicherweise gelingen.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Ich mag gar keine Schokolade!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, der Abgeordnete Nacke möchte eine Zwischenfrage stellen.

Björn Thümler (CDU):

Ja, bitte!

Jens Nacke (CDU):

Herr Kollege Thümler, Sie haben darauf hingewiesen, dass der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung die Schuldenbremse angesprochen hat. Finden nicht auch Sie es merkwürdig, dass er einmal mehr nicht im Saal ist, um dieser wichtigen Debatte zu folgen?

(Beifall bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Der Finanzminister ist im Saal! Lachhaft!)

Björn Thümler (CDU):

Vielen Dank für die Frage. Wir sind am Beginn einer Wahlperiode. Da muss jeder noch seine Rolle finden. Ich denke, der Ministerpräsident ist klug genug, den Saal jetzt gleich wieder zu betreten, um der Diskussion zu lauschen.

(Zustimmung bei der CDU)

Ansonsten haben wir festgestellt, dass das Parlament schon häufig nach kurzer Zeit missachtet worden ist. Man muss sich nur die Zeitung von heute oder Pressemitteilungen der letzten Tage anschauen, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der CDU - Zuruf:
Neuer Stil!)

- Wenn das der neue Stil des Hauses sein soll, muss man das so hinnehmen, dann kann man das nicht ändern.

Die CDU-geführte Landesregierung hat Ihnen, Herr Ministerpräsident, und Ihrer Landesregierung ein gut bestelltes Feld hinterlassen. Wir wissen, dass man harte Haushaltskonsolidierungen durchführen kann, um die Finanzen in Ordnung zu bringen. Auf über 2,2 Milliarden Euro pro Jahr summieren sich die von uns durchgeführten dauerhaften Einsparungen gegenüber den Planungen zu Ihrer Regierungszeit von 2002, meine Damen und Herren.

Dazu zwei konkrete Beispiele, die alles andere als einfach für uns, aber auch sicher für die davon Betroffenen sind, die zu Recht sagen, dass es Zumutungen gewesen sind. Erstens haben wir den Beamten das Weihnachts- und Urlaubsgeld gestrichen. Das führt per Anno zu Einsparungen von 500 Millionen Euro. Zweitens sind die Bezirksregierungen abgeschafft worden, womit 6 700 Stellen entbehrlich gemacht worden sind, was zu einer dauerhaften Einsparung von 260 Millionen Euro führt.

All diese Maßnahmen - das muss man vielleicht einmal so sagen - hätten Sie sich überhaupt nicht getraut, weil es dazu Kraft bedarf, meine Damen und Herren, und die geht Ihnen ab.

(Beifall bei der CDU)

Ich sage Ihnen: Wenn wir in den letzten zehn Jahren nicht die Finanzen des Landes Niedersachsen in Ordnung gebracht hätten, hätten wir heute nicht 56 Milliarden Euro Schulden, sondern wir wären nach Ihren Vorausplanungen bei über 70 Milliarden Euro. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren. Dabei muss es bleiben, nicht aber bei der Schönrechnerei, die Sie jetzt versuchen zu betrei-

ben. Das ist unseriös, unsolide, und das lassen wir Ihnen auch nicht durchgehen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Man kann zudem feststellen: Wenn Sie regiert hätten in den letzten - - -

(Jens Nacke [CDU] meldet sich zur
Geschäftsordnung)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Nacke möchte **zur Geschäftsordnung** sprechen.

(Zuruf: Dafür wird doch keine Rede unterbrochen! - Weitere Zurufe)

Jens Nacke (CDU):

Ich möchte einen Antrag zur Geschäftsordnung stellen. Ich bin gerade darüber informiert worden, dass sich der Ministerpräsident während der Debatte draußen verpflegt. Ich beantrage, ihn in den Plenarsaal zu zitieren.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Ich eröffne gleich die Besprechung darüber. - Herr Fraktionsvorsitzender Thümler, ich hätte Sie eigentlich ausreden lassen müssen und erst dann Herrn Nacke das Wort zur Geschäftsordnung geben dürfen.

Jetzt ist die Besprechung eröffnet. Frau Modder hat das Wort.

(Ministerpräsident Stephan Weil betritt
den Plenarsaal - Zurufe)

Das hat sich jetzt erledigt?

(Jens Nacke [CDU]: Ich ziehe den Antrag zurück!)

Frau Modder, einverstanden? Wer hat sich noch gemeldet? - Okay, der Ministerpräsident ist hier. Damit ist dem Anliegen von Herrn Nacke und der CDU-Fraktion Genüge getan.

(Johanne Modder [SPD]: Die ganze Aufregung war umsonst! - Gegenruf von Jens Nacke [CDU]: Das ist eine Missachtung des Parlaments! Das wissen Sie ganz genau! - Widerspruch bei der SPD)

Herr Thümler, Sie haben das Wort.

Björn Thümler (CDU):

Vielen Dank, Herr Präsident.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, in den letzten zehn Jahren regiert hätten, wäre die Schuldenbremse 2020 vollkommen unerreichbar. Deshalb, Frau Modder, ist der Vorwurf, den Sie vorhin schon einmal erhoben haben, dass wir - - -

(Zuruf von Ulrich Watermann [SPD])

- Vielleicht sollten Sie alle miteinander einmal rausgehen und draußen klären, wer jetzt was macht. Ich versuche gerade, Ihnen zu sagen, dass Sie bei der Schuldenbremse ein gewisses Maß halten sollten. Es wäre für jeden ganz interessant, bevor Sie sich hier an solchen Petitessen aufhalten. Oder ist das schwierig?

(Zuruf)

Meine Damen und Herren, es ist ein Armutszeugnis politischer Art, dass Sie als SPD-Fraktion das Instrument der Dringlichen Anfrage einsetzen müssen, damit die Landesregierung erklären kann, dass wir angeblich einen finanzpolitischen Scherbenhaufen hinterlassen hätten. Das ist die Unwahrheit. Das wissen Sie auch ganz genau. Auch die Art, wie Sie hin- und herrechnen, ist unseriös. Diese Rechnerei werden wir im Haushaltsausschuss nachprüfen und Ihnen nicht durchgehen lassen. So billig kommen Sie aus der Nummer nicht heraus. Wahrheit muss Wahrheit bleiben.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Richtig und wahr ist, dass wir Ihnen einen finanzpolitisch bestellten Acker hinterlassen haben. Wenn wir einmal auf die Zahlen schauen, die Sie uns im Jahr 2002 hinterlassen haben, dann ergibt sich folgendes Bild - drei Beispiele dazu -:

Erstens. Im Jahr 2002 hatten wir eine Rekordneverschuldung von rund 3 Milliarden Euro zu verzeichnen, die Sie zu verantworten haben. Im Jahr 2013 wird die Nettoneuverschuldung 620 Millionen Euro betragen. Das ist, wenn Sie es einmal ausrechnen, eine Absenkung um 483 %, und das macht deutlich, wie solide wir Haushaltspolitik in diesem Land betrieben haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zuruf von der SPD: Das ist lächerlich!)

- Das ist nicht lächerlich. Das ist Haushaltskonsolidierung. Das ist Anstrengung, meine Damen und Herren. Dazu müssen Sie erst einmal kommen.

Wir sind sehr gespannt, ob Sie das schaffen werden.

Zweitens. Im Jahr 2002 wurde jeder achte Euro im Haushalt durch neue Schulden finanziert; im Jahr 2013 ist es jeder vierzigste Euro. Wenn Sie jetzt wieder behaupten, das sei ja alles gar nichts, dann wünsche ich Ihnen viel Spaß beim Regieren. Sie werden Ihr Waterloo in dieser Frage schon noch erleben!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Drittens. In der Mipla 2002 bestand eine Deckungslücke von 1,1 Milliarden Euro; in der Mipla von 2013 ist für das Haushaltsjahr 2014 eine Deckungslücke von 238 Millionen Euro ausgewiesen. Das bedeutet eine fast 450-prozentig höhere Deckungslücke im Jahr 2002 und zeigt, wie unseriös Ihre Finanzvorausplanung im Gegensatz zu der unsrigen gewesen ist, meine Damen und Herren.

Deshalb mein dringender Rat an Sie: Hören Sie endlich auf, die Finanzen des Landes schlechtzureden. Fangen Sie an, sich darum zu kümmern, den erfolgreichen Kurs von Hartmut Möllring fortzusetzen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Unser Gesetzentwurf bietet dafür eine gute Voraussetzung. Wir reichen Ihnen die Hand zu offenen, fairen Verhandlungen über die Einführung einer Schuldenbremse in die Landesverfassung. Diese Chance muss dieses Parlament jetzt endlich nutzen, damit wir eben nicht in das System hineinflüchten, das uns das Grundgesetz vorschreibt, nämlich im Jahr 2020 genau unter dem Druck des Grundgesetzes eine Schuldenbremse zu haben, die nicht von uns selbst bestimmt werden kann. Diese Chance dürfen wir im Übrigen auch im Interesse der kommunalen Ebene nicht vergeigen. Deswegen sind wir hier gefordert, und deswegen unsere ausgestreckte Hand.

Vielen Dank.

(Starker Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Thümler. - Wir kommen zur Beratung. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Renate Geuter von der SPD-Fraktion.

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Absicht, die Sie, meine Damen und Herren von

CDU und FDP, mit diesem Antrag verfolgen, ist mehr als durchschaubar.

(Christian Grascha [FDP]: Wir wollen die Verfassung ändern! Das stimmt! - Jens Nacke [CDU]: Es steht sogar drin!)

Sie versuchen, die Regierungsfractionen und die Landesregierung als diejenigen darzustellen, die sich einer Haushaltskonsolidierung verweigern und die Gegner einer Schuldenbremse in der Landesverfassung sind.

(Jens Nacke [CDU]: So ist es! - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Sie haben die Möglichkeit, den Gegenbeweis anzutreten!)

Ich kann Ihnen sagen, meine Damen und Herren: Dieses Ziel haben Sie deutlich verfehlt.

(Beifall bei der SPD - Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Treten Sie den Beweis des Gegenteils an! Stimmen Sie zu!)

Damit ist auch der Versuch der eigenen Imagepflege gescheitert, nämlich die ehemalige schwarz-gelbe Landesregierung als seriöse Haushaltssaniererin darzustellen.

(Mechthild Ross-Luttmann [CDU]: Das sind wir!)

Herr Thümler hat eben sehr viel gesagt. Aber ich hätte gern von ihm ein Zitat aus einer Pressemitteilung von vor wenigen Tagen erläutert, in der er geschrieben hat, die neue Landesregierung finde gut gefüllte Kassen vor.

(Björn Thümler [CDU]: Ja, so ist das! Haushaltsüberschuss: 300 Millionen Euro, Frau Kollegin!)

Statt vieler Worthülsen hätte ich mir gewünscht, dass Sie das hier einmal konkret erläutert hätten.

(Frank Oesterhelweg [CDU]: Das haben wir sehr wohl erläutert!)

Denn spannend ist, dass Sie sich dabei im Widerspruch zu Ihrem eigenen ehemaligen Finanzminister befinden, dessen erfolgreiche Haushaltspolitik Sie gerade eben noch gelobt haben. Finanzminister Möllring hat im Haushaltsaufstellungserlass für 2014, der noch von ihm zu verantworten ist, deutlich darauf hingewiesen, dass angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen kein Raum für zusätzliche Ausgaben besteht.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Das stimmt ja auch! Wir machen keine Wahlversprechen, die nicht zu bezahlen sind!)

Er schreibt, angesichts dieser Unsicherheiten - er spricht nicht von vollen Kassen, sondern er spricht von Unsicherheiten - sei es erforderlich, alle erreichbaren Mehreinnahmen und Minderausgaben zur Deckung der Handlungsbedarfe einzusetzen.

Ich frage jetzt den Fraktionsvorsitzenden der CDU: Warum vertrauen Sie denn in diesem Fall nicht auf die Kompetenz des Herrn Möllring? Passt das vielleicht nicht in Ihre eigene Inszenierung?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, Sie waren haushaltsmäßig in den letzten Jahren sehr gute Verbalkonsolidierer. Real ergibt sich ein deutlich anderes Bild. Fakt ist, dass die bisherige schwarz-gelbe Landesregierung den Schuldenstand in den zehn Jahren ihrer Regierungszeit um nahezu 20 Milliarden Euro erhöht hat, und das trotz Rekordeinnahmen und Niedrigzinsen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Dafür ist noch der Haushalt der anderen verantwortlich gewesen! - Weitere Zurufe von der FDP)

Daraus ergibt sich auch ein Unterschied zu den Jahren 2002 und 2003. Damals bestand eine Situation mit historisch niedrigen Einnahmen. - Das zitiere ich aus der ersten mittelfristigen Finanzplanung der damaligen schwarz-gelben Landesregierung.

(Ulf Thiele [CDU]: Historisch niedrige Einnahmen hatten wir 2008! Das wissen Sie sehr genau!)

- Die Wahrheit tut weh. Das will ich gerne zugestehen.

Fakt ist auch, dass wir seit Jahren eine bestehende Deckungslücke zwischen Einnahmen und Ausgaben zu verzeichnen haben. Darauf hat der Landesrechnungshof in allen seinen Bemerkungen zu den Haushaltsplanentwürfen der schwarz-gelben Landesregierung hingewiesen. Die alte Landesregierung hat sich nämlich immer davor gedrückt, den Haushalt substanziell und strukturell in Ordnung zu bringen. Sie sorgte allenfalls für einen spontanen Ausgleich durch Einmalmaßnahmen.

Vor diesem Hintergrund ist es schon sehr spannend, Herr Thümler, dass die strukturellen Konso-

lidierungsmaßnahmen, die Sie eben angesprochen haben, aus der vorletzten Legislaturperiode stammen.

(Johanne Modder [SPD]: Wo ist denn Herr Thümler jetzt?)

Denn in der letzten Legislaturperiode hat es keinerlei Konsolidierungsanstrengung gegeben. Zwar ist in den letzten vier oder fünf mittelfristigen Finanzplanungen darauf hingewiesen worden, dass im Hinblick auf die Einhaltung der Schuldenbremse konkrete Konsolidierungsmaßnahmen nötig sind, passiert ist aber tatsächlich nichts.

(Johanne Modder [SPD]: Holt einmal den Thümler rein!)

Die letzte Mipla der Landesregierung, die ja als Beleg dafür dienen sollte, dass die Schuldenbremse im Jahr 2017 einzuhalten ist, ist ja in wenigen Monaten schon von der Realität überholt worden. Denn es besteht heute die Ausgangslage - darauf hat Sie der Finanzminister in der letzten Haushaltsausschusssitzung hingewiesen -, dass das Vertrauen auf ein kontinuierliches Wachstum der Steuereinnahmen nicht mehr begründet ist, sondern dass die Entwicklung eine deutlich andere ist.

(Christian Grascha [FDP]: Das nennt man Steuerschätzung!)

Gerade die aktuellen Tarifentwicklungen zeigen deutlich, dass Sie auch dort Luftbuchungen getätigt haben.

(Beifall bei der SPD)

Was die Vermögensveräußerung angeht, so gibt es Positionen im Haushalt, die durch nichts hinterlegt sind und die Sie auch durch nichts hinterlegen konnten. Hinzu kommen Dinge, die im Moment finanziell noch gar nicht dargestellt werden können. Ich verweise z. B. auf den Sanierungsstau durch die langjährige Unterfinanzierung im Baubereich, sowohl im Bereich des Hochbaus als auch im Bereich des Straßenbaus.

Die strukturelle Konsolidierung des Landeshaushalts und damit die Einhaltung der grundgesetzlichen Schuldenbremse ist für diese Landesregierung eine zentrale Aufgabe. Aber Schautwürfe wie der heutige, helfen uns dabei nicht weiter. Bereits vor sechs Monaten, bei der Beratung des damaligen identischen Antrags von CDU und FDP, haben wir deutlich gemacht, dass es nicht ausreicht, mit starken Sprüchen im Landtag einen schnellen Schuldenstopp zu fordern; man muss auch sagen, wie es gehen soll.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Grascha [FDP]: Man muss vor allem zustimmen!)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, die Frage der Verankerung der Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung werden wir mit Ihnen intensivst diskutieren. Eine Verfassungsänderung im Blindflug, wie in diesem Gesetzentwurf gefordert, wird es mit uns aber nicht geben. Aber eines werden wir Ihnen vorher nicht ersparen: eine vollständige Bilanzierung der Haushaltspolitik der schwarz-gelben Landesregierung, die deutlich machen wird, dass der erweckte Anschein und die Realität weit auseinanderklaffen. Herr Thümler, dazu kann ich Ihnen nur sagen: Insofern freuen wir uns auf die Diskussion im Haushaltsausschuss.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Frau Geuter. - Das Wort hat jetzt der Kollege Gerald Heere von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Sie haben das Wort.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist nicht einmal ein halbes Jahr her, dass der Antrag von CDU und FDP zur Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung in diesem Hause nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden hat.

(Christian Dürr [FDP]: Das war ein trauriger Tag!)

Man muss nicht gut rechnen können, um zu wissen, dass auch heute, vier Monate später, nach der Wahl weder die Regierungskoalition noch die Opposition über eine solche Mehrheit verfügt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch ohne vorher das Gespräch gesucht zu haben, bringen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, Ihren ollen Entwurf, Ihre alten Kamellen nun wieder ein. Ein ernsthafter Gestaltungswille setzt aber Gesprächsbereitschaft in dieser Frage voraus. Das müssen Sie nach zehn Jahren Durchregieren jetzt in der Opposition wohl noch lernen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr verehrte Damen und Herren, für ernsthaften Gestaltungswillen müssen Sie zudem aus Ihrem

Wolkenkuckucksheim heruntersteigen und die finanzpolitischen Realitäten, die Sie uns hinterlassen haben, endlich zur Kenntnis nehmen. Sie sind in zehn Jahren Regierungszeit dem Ziel, ohne neue Schulden auszukommen, nicht einen Schritt nähergekommen. 18 Milliarden neue Schulden haben Sie angehäuft, 1,8 Milliarden pro Jahr. Bei dieser Summe stehen wir im aktuellen Haushaltsjahr auch schon fast wieder, wenn man einmal ehrlich rechnet. Genau das tun wir jetzt!

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

SPD und Grüne haben sich in ihrem Koalitionsvertrag dafür ausgesprochen, die Schuldenbremse im niedersächsischen Landesrecht zu verankern, möglichst auch in der Verfassung. Damit verbinden wir das durch und durch grüne Ziel, Nachhaltigkeit nun auch in der Finanzpolitik durchzusetzen und kommende Generationen finanziell nicht unnötig zu belasten.

In der Vergangenheit wurde regelmäßig - auch von Ihnen - in wirtschaftlichen Krisenphasen die Schultulle zur Ankurbelung der Wirtschaft weit geöffnet. Insbesondere in den darauf folgenden ökonomischen Boomphasen muss das Geld aber wieder in den Landeshaushalt zurückfließen. Genau dabei haben Sie versagt! Auch heute noch erklären Sie den hohen Schuldenberg, den Sie angehäuft haben, mit der zurückliegenden Krise. Aber in den letzten zwei Jahren hatten wir keine Krise mehr. Trotzdem haben Sie es versäumt, in dieser Zeit zu konsolidieren.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Ausführungen von Finanzminister Schneider im Haushaltsausschuss haben uns die Dramatik der gegenwärtigen Haushaltslage vor Augen geführt. Es ist hier schon mehrfach genannt worden: Es sind nicht 620 Millionen Euro Schulden, wie Sie immer behaupten, sondern es sind 1,2 Milliarden Euro im Haushalt 2013 inklusive der Einnahmen aus Rücklagen und Vermögensveräußerungen, die ebenfalls dazugehören.

Und es geht noch weiter. Sie haben zu optimistische Annahmen getroffen: die falsche Erwartung an eine ungebremste Konjunktur und an dauerhaft hohe Steuereinnahmen oder die Erwartung, dass die Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst nur eine zurückhaltende Lohnentwicklung erbringen.

Dies alles macht zusammen noch einmal 500 Millionen Euro Deckungslücke, die Sie nicht einbezogen haben. Ihre Schönfärberei bei der Haushaltsaufstellung setzt sich in der mittelfristigen Finanzplanung fort. Wir werden diese Schönfärberei jetzt endlich beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vor diesem Hintergrund wäre es verantwortungslos, dem Antrag von CDU und FDP zu folgen und die Neuverschuldung schon innerhalb von drei Jahren vollständig auf null zu fahren. Im Grundgesetz ist nicht umsonst die Übergangsfrist bis 2020 festgelegt worden. Diese längere Frist ist richtig, weil die Bundesländer eine besondere Verantwortung für die Zukunft Deutschlands haben: die Verantwortung für Bildung, die Verantwortung für die Köpfe unseres Nachwuchses, für Kompetenzen und Innovationen. Dieser Verantwortung wollen und werden wir gerecht werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es geht um mehr Quantität und Qualität in der Kinderbetreuung, mehr echte Ganztagschulen, die Umsetzung der Inklusion und endlich Chancengerechtigkeit im Bildungssystem. Das sind die Herausforderungen der nächsten Jahre. Wer wie Schwarz-Gelb einen Abbaupfad der Neuverschuldung bis 2017 fordert, der wird bei diesen zentralen Herausforderungen Abstriche machen *müssen*. Das ist aber nicht die Politik der neuen rot-grünen Koalition. Wir wollen die Spielräume des Grundgesetzes ausnutzen, damit Niedersachsen für die Zukunft gut aufgestellt ist - ohne Abstriche.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, wir werden im Verfahren der nächsten Monate hierzu konkrete Vorschläge machen. Die Opposition kann ich nur auffordern: Machen Sie endlich Schluss mit dem Wahlkampf, sehen Sie den finanzpolitischen Realitäten ins Auge und zeigen Sie Gesprächsbereitschaft zur gemeinsamen Umsetzung der Schuldenbremse!

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Heere. - Es liegt eine Wortmeldung zu einer Kurzintervention vom Kollegen Hilbers vor. Sie haben das Wort: eineinhalb Minuten, Herr Kollege.

(Detlef Tanke [SPD]: Kein Eigentor jetzt!)

Reinhold Hilbers (CDU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege, Verantwortung für das Land nimmt man nicht wahr, indem man immer neue Schulden macht,

(Beifall bei der CDU)

sondern Verantwortung für das Land nimmt man wahr, indem man politisch Prioritäten setzt, den Kopf für Investitionen und wichtige Entscheidungen hinhält und eine solide Haushaltspolitik macht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Detlef Tanke [SPD] und Petra Tiemann [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Wir werden es Ihnen nicht durchgehen lassen, dass Sie den Versuch unternehmen, unsere Zahlen schlechtzureden, um den Boden dafür zu bereiten, dass Sie Ihre nicht finanzierbaren Wahlversprechen auch noch damit entschuldigen können, dass Sie eine schlechte Haushaltslage vorgefunden haben. Das ist nämlich nicht der Fall.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das kann man gar nicht schlechtreden! Die ist schlecht!)

Wir haben keine 20 Milliarden Schulden gemacht.

(Johanne Modder [SPD]: Das sind Fakten! Sie haben in der Haushaltspolitik versagt!)

Fakt ist, dass Sie zu Ihrer Zeit die Verschuldung verdoppelt haben, und zwar ohne Kapitalmarktkrise und ohne Negativwachstum und ohne dass Sie die Herausforderungen hatten, die wir durch Konjunkturprogramme u. Ä. zu bewältigen hatten.

(Widerspruch bei der SPD)

Schauen Sie sich unsere Verschuldung an! Wenn Sie mit 20 Milliarden rechnen, dann rechnen Sie geflissentlich Ihren Haushalt von 2002 und den Haushalt mit ein, den Sie jetzt noch haben. Außerdem rechnen Sie die Kreditermächtigungen - nicht die in Wahrheit aufgenommenen Kredite - hinzu. Das ist falsch. Sie landen bei 14 bis 15 Milliarden. Das wissen Sie! Streuen Sie den Leuten nicht

Sand in die Augen! Sie haben damals unter ganz anderen Voraussetzungen eine wesentlich schlechtere Finanzpolitik zu verantworten gehabt als die, die wir heute haben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deshalb arbeiten wir daran, und deshalb trauen wir uns, diese ehrgeizige Schuldenbremse einzuführen. Natürlich ist das Ziel ehrgeizig.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, die anderthalb Minuten sind vorüber.

Reinhold Hilbers (CDU):

Aber wir wollen schon etwas ehrgeiziger sein, als wir es sein müssen. Helfen Sie uns dabei!

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Heere, Sie oder eine Kollegin oder ein Kollege aus Ihrer Fraktion haben die Möglichkeit zu antworten. - Sie antworten. Auch Sie haben eineinhalb Minuten.

Gerald Heere (GRÜNE):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Sehr geehrtes Präsidium! Nur ganz kurz. In einem Punkt muss ich Sie korrigieren: Wir haben zu dem Schuldenstand im Jahre 2002 überhaupt nichts beigetragen, weil wir, wenn ich mich richtig erinnere, in diesem Land seit 1994 nicht mehr regiert haben. Insofern können Sie das vielleicht anderen Teilen dieses Hauses vorwerfen.

(Johanne Modder [SPD]: Och nein! - Lachen und Beifall bei der CDU - Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

- Ja, meine Damen und Herren, das ist die Realität. Man muss Realitäten auch einmal benennen, wie sie sind. An der Stelle sollten Sie sich hier nicht zu sehr freuen. Sie sollten sich deshalb nicht zu sehr freuen, weil die 18 Milliarden, die ich genannt habe, korrekte Zahlen sind. Die haben Sie zu verantworten.

(Björn Thümler [CDU]: Die Zahlen sind falsch!)

Das sind 1,8 Milliarden pro Jahr. Das ist etwas, was in Ihrer Verantwortung ist. Das ist etwas, was Sie im Moment nicht schaffen abzubauen; wir befinden uns in diesem Jahr in der Situation, dass wir in diesem Jahr genau so viel machen würden, wie Sie in den letzten zehn Jahren gemacht haben.

Wir müssen aber versuchen, dass wir da herauskommen. Das schaffen wir nicht, indem wir Wolkenskuckucksheime aufbauen und sagen, dass es im nächsten Jahr nur noch 620 Millionen sind und wir danach 200 Millionen Euro schaffen usw., ohne dass dafür irgendetwas hinterlegt ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es bedarf vielmehr einer konkreten Planung. Diese Planung werden wir vorlegen. Sie muss realistisch sein, weil diese Innovationen und Investitionen, die Sie genannt haben, vor allen Dingen in unsere Köpfe, die Köpfe der Zukunft, getätigt werden müssen. Das schaffen wir nicht, wenn man einfach nur pauschal sagt, dass wir das bis 2017 schaffen und die restlichen Haushaltsspielräume nicht wahrnehmen.

Wir werden das für die Zukunft Niedersachsens umsetzen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Heere. - Wir setzen jetzt die Beratung fort. Das Wort hat der Kollege Dürr, Fraktionsvorsitzender der FDP.

(Zuruf von der SPD: Bitte nicht so schreien!)

Christian Dürr (FDP):

Verehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir machen es heute ganz entspannt, Frau Modder. Es ist alles gut.

Ich will - das wird auch den Ministerpräsidenten interessieren - mit einem kurzen Zitat aus einem Regelwerk für gesunde Finanzen beginnen. Zitat: Diese Regeln beinhalten die Verpflichtung zu ausgeglichenen Haushalten. Unter diesen Regeln darf man nicht mehr ausgeben, als man einnimmt. - Das, meine Damen und Herren, ist aus dem Regelwerk Financial Fairplay des europäischen Fußballverbandes UEFA. Alle Fußballvereine, die in der Champions League und der Europa League spielen wollen, dürfen künftig keine neuen Schulden mehr machen, meine Damen und Herren.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Weil, wir sind nicht nur politisch in unterschiedlichen Vereinen, sondern auch fußballerisch. Ich bin Mitglied des SV Werder Bremen

(Jens Nacke [CDU]: Das macht ja nichts!)

- danke -, auch da ist einiges zu leisten, und Sie sind Mitglied bei Hannover 96. Herr Ministerpräsident, Herr Weil, nehmen Sie sich an Ihrem Lieblingsclub Hannover 96 ein Beispiel! Was für Hannover 96 richtig ist, das kann doch für Niedersachsen nicht falsch sein. Stimmen Sie mit uns für die Schuldenbremse in der Landesverfassung, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

In der letzten Wahlperiode - der Kollege der Grünen hat vorhin etwas aufgeregter gesprochen - haben die Grünen den Gesetzentwurf, den wir heute wieder eingebracht haben, mit dem Hinweis auf verfassungshygienische Gründe abgelehnt. Der Sinkflug mit festen absoluten Obergrenzen für die Nettokreditaufnahme war den Grünen zu unseriös und zu unsicher.

Meine Damen und Herren, ich glaube, hier geht es in Wahrheit um etwas anderes, nämlich um Prioritäten. Normale Konjunkturschwankungen dürfen in Zukunft keine Ausrede für neue Schulden mehr sein. Hier geht es auch nicht um Tarifverhandlungen und ein paar Prozente mehr oder weniger für den öffentlichen Dienst. Für uns ist das Thema Verschuldung, das Thema Schuldenabbau eine Frage der Haltung. Das ist eine Prinzipienfrage, meine Damen und Herren. Deswegen ist die Verfassung genau der richtige Ort für diese Schuldenbremse.

(Zustimmung bei der CDU und bei der FDP)

Herr Walter-Borjans, der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, hat gesagt - das fand ich wirklich bemerkenswert -, Schulden seien gar kein Drama, das Problem löse sich ganz einfach über die Geldentwertung. - Auch da drückt sich unterschiedliche Denke aus, meine Damen und Herren.

Ich finde es sehr spannend, was Sie vorhin in der Aktuellen Stunde gesagt haben, Frau Kollegin Modder. Sie haben gesagt: Die Verteilung von Arbeit und Vermögen organisiert der Staat. - All das passt zusammen. Sie haben sich als SPD in diesem Bundestagswahlkampf, der vor uns steht, schon längst von der sozialen Marktwirtschaft verabschiedet, meine Damen und Herren. Das ist der unterschiedliche politische Ansatz, den wir hier sehen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Schon mal was von sozialer Gerechtigkeit gehört?)

Ihr Kollege und Parteifreund Walter-Borjans will nicht nur mehr Schulden und mehr Inflation, er kann derzeit auch nicht sagen, ob und, wenn ja, wie die Schuldenbremse des Grundgesetzes bis 2020 eingehalten werden kann. Das ist sozialdemokratischer Verfassungsbruch mit Ankündigung! Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen - um das an dieser Stelle ganz klar zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU -
Zuruf von Helge Limburg [GRÜNE])

Hier wurde schon sehr viel über den Regierungswechsel 2002/2003 gesprochen. Ich war zu dieser Zeit junger neuer Abgeordneter im Landtag, ähnlich wie jetzt der Kollege von den Grünen. Damals gab es unter Herrn Aller die sogenannten Potemkinschen Finanzämter. Ich weiß nicht, ob sich noch jemand daran erinnert. Die Fassade des Finanzamtes war finanziert, nur das Gebäude dahinter fehlte, meine Damen und Herren. Das ist genau die Politik, die Sie hier in den nächsten Jahren betreiben werden.

Herr Wenzel, Sie werden die Umsetzung der Schuldenbremse, die Sie jetzt in Interviews für 2020 angekündigt haben, nicht einhalten. Wir werden das alle live und in Farbe erleben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Verfassungen sind für Rot-Grün ohnehin nur Lippenbekenntnisse. Der Staatsgerichtshof in Nordrhein-Westfalen hat gestern zum dritten Mal einen Haushalt von Frau Kraft und Herrn Walter-Borjans für verfassungswidrig erklärt. Es ist schon bezeichnend, dass in der SPD eine Frau als Hoffnungsträgerin gilt, Frau Kraft, die sich systematisch nicht an die Verfassung hält, meine Damen und Herren.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was ist mit McAllister und Schönemann?)

Wissen Sie, was ich befürchte? - Ich befürchte, dass Nordrhein-Westfalen die Blaupause für Rot-Grün in Niedersachsen ist, meine Damen und Herren.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU - Gabriela König [FDP]: Genau! - Helge Limburg [GRÜNE]: Nee!)

Frau Kraft hat im letzten Jahr 4,5 Milliarden Euro neue Schulden gemacht, obwohl die Steuereinnahmen auf Rekordniveau gestiegen sind. Liebe Kollegen von SPD und Grünen, eines wird doch sehr deutlich: Wer Haushaltspolitik mit so vielen

Wenns und Abers macht wie Rot-Grün, der wird nicht nur 2017 und 2020, sondern auch 2030 keinen ausgeglichenen Haushalt haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Frau Kollegin Modder, ich erinnere mich noch sehr gut an die Beratung des letzten Landeshaushalts, des Doppelhaushalts 2012/2013. Das waren die Beratungen, bei denen die SPD die Arbeit verweigert hat. Sie hat damals keine eigenen Vorschläge zum Landeshaushalt vorgelegt.

(Johanne Modder [SPD]: Zu Recht!)

Damals haben Sie uns vorgeworfen, das alles sei unsicher finanziert und alles viel zu optimistisch geschätzt. Vor allem aber würde das so am Ende nicht gehen.

(Johanne Modder [SPD]: Leider ist es so! Alles, was wir gesagt haben, ist eingetreten!)

Die Realität, Frau Kollegin Modder, zeigt jetzt aber, dass wir recht hatten. Wir haben 2012 die Nettokreditaufnahme gesenkt. Wir haben 2013 die Nettokreditaufnahme gesenkt. Ende letzten Jahres, im Dezember, haben wir sogar noch einmal zusätzlich 850 Millionen Euro weniger neue Schulden gemacht. So macht man Haushaltspolitik! So kommt man runter vom Schuldenberg! Man muss es vor allem wollen. „Ich kann nicht“ heißt: Ich will nicht.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Zum Schluss: Wir sollten im Haushaltsausschuss in den nächsten Wochen in Ruhe über dieses ganze Thema reden.

Lieber Herr Weil, verehrter Herr Wenzel, lieber Herr Schneider, ich fasse für Sie das Wichtigste bei dieser Verfassungsänderung noch einmal zusammen: Die Europäische Union hat mit dem Fiskalpakt eine Schuldenbremse. Die UEFA hat eine Schuldenbremse. Die Bundesrepublik Deutschland hat eine Schuldenbremse. Sogar Hannover 96 hat jetzt eine Schuldenbremse. Wir wollen, dass auch Niedersachsen endlich eine Schuldenbremse bekommt.

Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Kollege Dürr. - Mir liegt jetzt eine Wortmeldung zu einer Kurzintervention vor. Frau Geuter, Sie haben das Wort.

Renate Geuter (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dürr, ich glaube, ich muss Ihrem Gedächtnis ein wenig auf die Sprünge helfen.

(Heiner Schönecke [CDU]: Da sind wir aber gespannt!)

Ich kann mich an das Jahr 2011 erinnern. Damals hat die schwarz-gelbe Landesregierung den Entwurf für einen Doppelhaushalt vorgelegt, den sie nach massiven Protesten zurückziehen musste, weil er verfassungswidrig war. Ich erinnere ferner daran, dass der Haushalt 2012 bis zum Dezember 2012 objektiv verfassungswidrig war.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wer eine solche Bilanz vorzuweisen hat, der sollte sich überlegen, wie stark er das Wort „Verfassung“ in den Vordergrund stellt.

Last, but not least - auch das, um Ihrer Erinnerung ein bisschen nachzuhelfen -: Das Gesetz zum Abbau der Nettoneuverschuldung vom Dezember letzten Jahres, das nicht „Nachtragshaushalt“ heißen durfte, hat eben nicht zu einer Senkung der Nettoneuverschuldung geführt, wie Sie immer wieder besseren Wissens behaupten, sondern lediglich zu einer Einschränkung der Möglichkeit, Kredite aufzunehmen.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist ein kleiner Unterschied!)

Das hätten Sie auch durch normalen Verwaltungsablauf regeln können.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Dürr, Sie möchten antworten. Bitte!

Christian Dürr (FDP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Kollegin Geuter, ja, ganz genau: Wir haben die Möglichkeit beschränkt, neue Kredite aufzunehmen. Die Art und

Weise, in der Sie hier Politik machen und hier reden, beweist mir,

(Renate Geuter [SPD]: Sehr, sehr seriös! Sehr sachlich!)

dass die Entscheidung von CDU und FDP vom Dezember goldrichtig war, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will Ihnen auch ganz klar sagen, weil Sie auf die Verfassung hingewiesen haben: Am Ende stand bei CDU und FDP kein verfassungswidriger Haushalt - über zehn Jahre! Es war nicht nur alles verfassungskonform, sondern es gab auch die ganze Zeit einen Abbaupfad, meine Damen und Herren. Das, was Rot-Grün in anderen Bundesländern macht, wird regelmäßig vor Staatsgerichtshöfen gezogen. Frau Kraft ist zusammen mit Herrn Walter-Borjans schon dreimal verurteilt worden. Rot-Grün trägt Verantwortung für Verfassungsbruch in Deutschland - um das sehr deutlich zu sagen.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Da Sie den Doppelhaushalt 2012/2013 von CDU und FDP angesprochen haben, will ich noch einmal sagen: Wir haben hier intensive Haushaltsberatungen durchgeführt. Die SPD in diesem Hause konnte bis heute aber nicht erklären, warum sie sich diesen Haushaltsberatungen komplett verweigert hat. Sie haben damals keine Haushaltsberatungen gemacht. In Wahrheit wollen Sie auch heute keine Haushaltsberatungen machen. Sie wollen hier im Hause lediglich Ideologie machen und nichts anderes. Es war richtig, dass wir Ihnen diese 850 Millionen Euro nicht gelassen haben.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Herr Dürr. - Zu Wort gemeldet hat sich jetzt Herr Finanzminister Schneider.

Vorweg möchte ich in unserem Hause den Präsidenten des Staatsgerichtshofes, Herrn Professor Ipsen, ganz herzlich begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Herr Minister Schneider, Sie haben das Wort.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Dürr, haben Sie eigentlich einmal darüber nachgedacht, warum Sie nicht wiedergewählt worden sind?

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir haben eine so glänzende Bilanz, die Wähler müssen so dämlich sein, dass sie das nicht begriffen haben. - Das ist nicht zu fassen!

(Christian Dürr [FDP]: Was soll denn diese Arroganz bei Ihrer ersten Rede?
- Reinhold Hilbers [CDU]: Eine unglaubliche Entgleisung! - Zuruf von der CDU: Wie kann man Wähler so beleidigen? - Weitere Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, ich kann Ihnen nicht vorschreiben, was Sie sagen sollen. Bedenken Sie aber bitte, dass wir entsprechend unserem parlamentarischen Brauch manche Wörter nicht benutzen. Sie kennen das aber.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Als Herr Thümler vorhin sprach, hatte ich den Eindruck, dass hier etwas begonnen wird, was nötig ist, wenn man die Verfassung ändern will, nämlich eine vernünftige, ruhige und sachliche Debatte,

(Björn Thümler [CDU]: Das war die Absicht!)

ohne Wahlkampf zu führen. Leider bin ich eben - insbesondere durch Herrn Dürr - jedoch eines Besseren belehrt worden.

Der kraftvolle Vorschlag der FDP-Fraktion zur Haushaltskonsolidierung, Herr Dürr, stand gestern im *rundblick*: Es sei eine Frage der Gerechtigkeit, sagte Ihr Kollege Oetjen, den Tarifabschluss 1 : 1 zu übertragen. - So Ihr erster Vorschlag zur Haushaltskonsolidierung.

(Beifall bei der SPD - Christian Dürr [FDP]: Sind Sie dagegen?)

- Nein, wir tun es ja. Wir tun es ja in der ersten Stufe.

Bevor ich zum eigentlichen Kern komme, lassen Sie mich vorweg etwas zu drei Dingen sagen. Schauen Sie bitte einmal in die Mipla 2008! Dort werden Sie lesen: ... und werden wir ab 2010 kei-

ne neuen Schulden mehr aufnehmen. - Tatsächlich war dann die Schuldenaufnahme höher als 2 Milliarden Euro. Das werfe ich niemandem vor; denn dazwischen gab es eine veritable Wirtschaftskrise. Die Maßnahmen, die ergriffen werden mussten, waren im Wesentlichen richtig. Daraus hat diese zusätzliche Verschuldung resultiert. Das werfe ich niemandem vor. Was ich Ihnen aber vorwerfe, ist, dass Sie nach dieser noch gar nicht so lange zurückliegenden historischen Erfahrung jetzt daherkommen und sagen: Wir wissen ganz genau, die nächsten sieben Jahre gibt es keine Krise, die nächsten sieben Jahre fließen Milch und Honig. - Das kann man doch so nicht ernsthaft machen! Das geht so doch nicht!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Weil wir gerade bei der historischen Aufarbeitung sind: Für das Jahr 2002 - es ist ja ein bisschen lustig, dass man hier immer wieder mit schon so lange zurückliegenden Dingen argumentiert - will ich Ihnen einmal ein paar Fakten nennen. Diese Fakten stehen in Verbindung mit dem - Moment, meine verschiedenen Papiere sind hier etwas durcheinander geraten -, worüber wir hier zu diskutieren haben. Wir haben im Jahr 2009, wie eben erwähnt, krisenbedingt Kredite in der Größenordnung von 2,1 Milliarden Euro, glaube ich, aufgenommen. Gleichzeitig hatten wir - wenn man einmal umrechnet, wie der Rückgang der Einnahmen war; es waren zwischen 5 und 6 %, ich habe die Zahlen jetzt nicht hier, aber ich meine, es waren 5,6 % - während der Wirtschaftskrise im Jahr 2009 bei den Einnahmen einen Rückgang um 5,6 %. Darauf diese Reaktion.

Jetzt gucken wir einmal in die Jahre 2001 und 2002. Sie können das in der aktuellen, Ihrer eigenen Mipla nachlesen. Auf der Seite 14 gibt es eine Grafik. Der Rückgang der Einnahmen des Landes - das hat mit der Haushaltspolitik der Regierung nichts zu tun, ob Rot oder Rot-Grün oder was auch immer - belief sich in den Jahren 2001 und 2002 in zwei Stufen auf insgesamt mehr als 12 %. Das war ein Einnahmееinbruch von mehr als 12 % aus einer ganzen Reihe von Gründen, insbesondere in der Folge von Steuerrechtsänderungen.

(Zurufe von der CDU)

- Ich könnte Ihnen all das im Detail vortragen. Damit würde ich aber meine Redezeit überschreiten.

Ein Rückgang der Einnahmen von über 12 % hat seinerzeit zu einer Kreditaufnahme von über

3 Milliarden Euro geführt. Das war ein Rückgang von Einnahmen, den die Landesregierung nicht zu vertreten hatte. Das bitte ich bei solchen historischen Vergleichen zu würdigen. Man muss dann auch wissen, worüber man redet.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Weil wir gerade bei der historischen Aufarbeitung sind, will ich noch Folgendes sagen: Es gibt eine Frage von Herrn Hilbers, der hier auch gesprochen hat, zu den Schuldenständen. Das Ergebnis: Am 31. Dezember 2002 betrug der Schuldenstand des Landes 40,01 Milliarden Euro. Am 31. Dezember 2012 waren es 55,334 Milliarden Euro.

(Jens Nacke [CDU]: Aha!)

Nicht zu vergessen sind bei dieser Betrachtung allerdings die am Ende des Jahres 2012 noch nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen in Höhe von 3,5 Milliarden Euro. Diese Kreditermächtigungen werden wir für den Ausgleich des Haushaltsabschlusses 2012 benötigen. Des Weiteren betragen die aufgenommenen Kassenverstärkungskredite am 31. Dezember 2012 ausweislich der statistischen Meldung 885 Millionen Euro.

Wenn wir das zusammenzählen, landen wir bei 59,765 Milliarden Euro, meine Damen und Herren. Sie wollten doch den Beweis für den Aufwuchs der Schulden von 40 auf 60 Milliarden Euro haben.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Christian Dürr [FDP]: Das ist jetzt Ihre Aussage! Wollen Sie gar keine Schulden machen?)

- Herr Dürr, das sind die Realitäten, auch wenn es Ihnen nicht gefällt.

Nun komme ich zurück zu Ihrer Idee, den Antrag 1 : 1 wieder einzubringen. Mindestens eines wäre mir peinlich, Herr Thümler. Sie haben selbst - - -

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Hilbers?

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Ja.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Minister, vielleicht können Sie zu Ihrer Berechnung ab 2002 noch sagen, wie viel Nettokreditaufnahme Sie in die 40 Milliarden Euro einge-

rechnet haben, die damals noch auf der von der SPD vorgelegten Finanzplanung beruhte, nämlich für das Jahr 2003, die wir übernommen haben.

(Johanne Modder [SPD]: Ernst Albrecht sollte man auch noch nennen!)

Außerdem hätte ich gerne gewusst: Wie viel Kreditaufnahme ist im Jahr 2012 von den 720 Millionen Euro, die wir im Haushaltsplan ausgewiesen haben, real getätigt worden? Wie viele Kredite mussten Sie wirklich aufnehmen? Welche Reste haben Sie noch?

(Renate Geuter [SPD]: Schauen Sie doch in den 2. Nachtragshaushaltsplan 2013!)

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Herr Hilbers, Sie wissen, dass wir die Schlussabrechnung für 2012 noch nicht vorliegen haben. Ich habe eben erwähnt, dass noch 3,5 Milliarden Euro im Raume stehen und 1,5 Milliarden Euro Haushaltsreste angemeldet sind. Wie Sie aus der Beratung im Ausschuss wissen, werden wir diese Frage abschließend erst im Mai 2013 beantworten können.

Die historischen Zahlen habe ich auch nicht im Kopf. Da bitte ich um Nachsicht. Es ist zwölf Jahre her.

(Editha Lorberg [CDU]: Wenn Sie für 2002 Zahlen nennen, müssen Sie dazu auch etwas wissen!)

Die Aufschlüsselung der seinerzeit zusammengekommenen 40 Milliarden Euro werden Sie schriftlich bekommen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich komme nun zu Ihrem Gesetzentwurf zurück. Mindestens wäre mir peinlich, dass Sie selbst Flüchtigkeitsfehler bei der Wiedereinbringung nicht korrigiert haben. Sie haben in Ihrem ursprünglichen Gesetzentwurf die falschen Absätze des Artikels 71 Grundgesetz zitiert und tun dies hier wieder. Wenigstens die Flüchtigkeitsfehler hätten Sie beseitigen sollen, wenn Sie schon den Text 1 : 1 wieder einbringen.

(Zustimmung von Johanne Modder [SPD])

Das Ganze ist auch nicht hilfreich, wenn wir darum ringen, hier zu einer Mehrheit zu finden, die in der Lage ist, die Verfassung zu ändern.

Ich bin auch davon überzeugt: Es ist richtig, dass wir das in der Verfassung abbilden.

Herr Dürr, die Schuldenbremse gibt es natürlich. Sie haben es vorhin so dargestellt, als müsse Niedersachsen endlich eine Schuldenbremse haben. Die Schuldenbremse steht in Artikel 71 des Grundgesetzes. Daran besteht überhaupt kein Zweifel. Sie gilt. Wir wollen sie auch einhalten. Die Frage ist: Wie kommen wir dahin? Wie definieren wir den Abbaupfad?

Meine Vorrednerinnen und mein Vorredner haben in der Aktuellen Stunde und bei diesem Tagesordnungspunkt schon darauf hingewiesen, dass die Realität eben nicht die 620 Millionen Euro Netto-neuverschuldung als Kreditermächtigung sind, die jetzt im Haushalt stehen.

(Ulf Thiele [CDU]: Weniger!)

Auch bei der Inanspruchnahme alter Kreditermächtigungen, beschönigend „Rücklagenentnahme“ genannt, handelt es sich natürlich um Schulden. Schulden machen Sie dann, wenn Sie zur Bank gehen und Geld holen. Ob ich das aus neuen oder aus alten Kreditermächtigungen tue, ist egal. Deshalb müssen Sie diese beiden Zahlen zusammenzählen. Dann sind Sie bei einem Ausgangspunkt von ungefähr 900 Millionen Euro.

(Ulf Thiele [CDU] lacht)

- Ja, selbstverständlich. Sie lachen. Das ist nun wirklich Dreisatz.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es sind 620 Millionen Euro neue Kreditermächtigungen und 283 Millionen Euro alte Kreditermächtigungen, die für den Haushalt 2013 in Anspruch genommen werden.

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist kein Dreisatz, sondern Addition!)

Dazu addiere ich, auch wenn es Ihnen nicht gefällt, weitere knapp 300 Millionen Euro, die durch Beteiligungsverkäufe erlöst werden sollen. Sie kennen den Vorgang. Es ist beabsichtigt - wir werden das auch machen müssen, weil der Haushalt so aufgebaut ist -, die Anteile, die das Land an der NORD/LB hält, an die HanBG zu übertragen. Der Vermögensbestand des Landes verändert sich dadurch nicht. Der Konzern Land - hier Land, dort HanBG - hat genauso viel Besitz wie vorher. Er hat aber 300 Millionen Euro Schulden mehr als vorher.

Damit bin ich bei 1,2 Milliarden Euro. Der Haushalt 2013 wird mit 1,2 Milliarden Euro neuen Schulden gefahren. Daran besteht seriöserweise überhaupt kein Zweifel.

Zur Beantwortung einer Zwischenfrage bin ich gerne bereit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Das Wort hat der Kollege Grascha.

Christian Grascha (FDP):

Herr Finanzminister, wenn Sie die Beteiligungsverkäufe für falsch halten, dann erwartet das Hohe Haus einen Nachtragshaushalt. Wann werden Sie den denn vorlegen?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Meine Erwartung ist jedenfalls, dass Sie zuhören.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe eben gesagt: Wir werden das machen müssen, weil der Haushalt so aufgebaut ist.

(Jörg Bode [FDP]: Wann? - Dr. Stefan Birkner [FDP]: Wann?)

Das ist doch ganz klar. Schließlich brauche ich die 300 Millionen Euro jetzt auch. Wir haben den 2013er-Haushalt von Ihnen geerbt, meine Damen und Herren. Jetzt agieren Sie doch nicht gegen Ihren eigenen Haushalt! Sie agieren gegen Ihren eigenen Haushalt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Angesichts der Dimensionen, über die wir hier reden, werden wir sowohl die allgemeine Rücklage als auch den Kreditrahmen, der in dem von Ihnen verabschiedeten Haushalt enthalten ist - 620 Millionen Euro nach der Absenkung -, in Anspruch nehmen müssen.

(Jörg Bode [FDP]: Warum?)

Wir werden auch die Beteiligungsverkäufe durchführen müssen, weil wir den Haushalt so von Ihnen übernommen haben. Ich sehe da überhaupt keinen Ausweg.

Um der Ehrlichkeit willen darf ich aber doch wohl noch darlegen, dass darin dann 1,2 Milliarden Euro Kredite stecken. Um mehr geht es mir im Moment gar nicht, nur um Ehrlichkeit und Transparenz.

Vor diesem Hintergrund ist Ihr Abbaupfad, den Sie stumpf wiederholt haben, unrealistisch, weil er von falschen Voraussetzungen ausgeht. Er geht von einem falschen Absprungpunkt aus. Ich will dazu noch einige weitere Dinge nennen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, es gibt noch eine Zwischenfrage von Herrn Thiele.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Jetzt möchte ich das im Zusammenhang darstellen, wenn ich darum bitten darf.

Lassen Sie mich also einige weitere Dinge nennen. Zugrunde gelegt haben Sie - das wiederholen Sie hier bei diesen Zahlen - die Steuerschätzung vom Mai vergangenen Jahres. Darin sind bestimmte Wachstumserwartungen hinterlegt. Damals ist man nämlich von 1,6 % Wirtschaftswachstum in 2013 ausgegangen. Das ist inzwischen mehrfach korrigiert worden. Im Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung stehen 0,4 %. Das heißt, dass die Wachstumserwartungen und damit auch die Einnahmeerwartungen, die Ihren Zahlen zugrunde liegen, völlig unrealistisch sind. Das bitte ich zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich stütze mich auf die amtlichen Zahlen. Letzte Klarheit werden wir natürlich erst im Mai haben, wenn die offizielle Steuerschätzung vorliegt. Aus heutiger Sicht müssen wir ab 2014 mit Steuermindereinnahmen von ungefähr 200 Millionen Euro jährlich rechnen.

Zum nächsten Punkt.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, darf ich ganz kurz auf Ihre Redezeit hinweisen? Für Sie gilt zwar keine Beschränkung. Sie liegen jetzt aber schon 7:37 Minuten über dem geplanten Ansatz. Das könnte dazu führen, dass die eine oder andere Fraktion darüber nachdenkt, zusätzliche Redezeit zu beantragen.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Ich bitte um Verständnis - - - Ich werde auch sehr schnell zu Ende kommen.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Alles klar. Bitte sehr, Herr Minister!

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Ich bitte nur um Verständnis, dass ich keine weiteren Zwischenfragen zulasse.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Alles klar, Herr Minister.

Peter-Jürgen Schneider, Finanzminister:

Das Nächste ist schon dargelegt worden. Für den Tarifabschluss sind 2 % eingeplant. Ausgaben müssen wir deutlich mehr. Im nächsten Jahr werden aufgrund des Tarifabschlusses, wenn wir ihn 1 : 1 auf die Beamten übertragen, 170 Millionen Euro mehr zu finanzieren sein, als im Haushalt und in der Mipla zugrunde gelegt ist. Es gibt also eine ganze Reihe von Dingen, die Ihre Zahlen mehr als infrage stellen.

Herr Thümler, deswegen - um das zu Ende zu bringen - bin ich und ist die Landesregierung gern bereit, hier zu einer sachlichen Debatte über die Frage, wie wir die Schuldenbremse für Niedersachsen umsetzen, zu kommen.

(Jens Nacke [CDU]: Das ist ja etwas ganz Neues!)

Hören Sie auf mit dem Versuch, den alten Teebeutel noch mal ins lauwarme Wasser zu hängen! Die Zahlen des Abbaupfades sind unreal. Sie sind durch die wirtschaftliche Entwicklung und die Tarifentwicklung überholt. Das funktioniert nicht. Wenn wir hier zu einer ruhigen Debatte kommen wollen, müssen wir mit anderen, mit realistischen Zahlen operieren.

(Starker, nicht enden wollender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Detlef Tanke [SPD]: Betretenes Schweigen! Das ist angemessen!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Minister, ganz herzlichen Dank. - Aber jetzt ist tatsächlich das eingetreten, was ich Ihnen angekündigt habe. § 71 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung wird in Anspruch genommen:

„Spricht ein Mitglied, eine Beauftragte oder ein Beauftragter der Landesregierung, wenn einer Fraktion nicht mehr ausreichende Redezeit für eine Erwiderung zur Verfügung steht, so gewährt die Präsidentin oder der Präsident der Fraktion auf Verlangen angemessene zusätzliche Redezeit für die Erwiderung.“

Die Fraktionen der CDU und der FDP haben zusätzliche Redezeit beantragt. Ich gewähre der CDU-Fraktion zwei Minuten und der FDP-Fraktion eine Minute. Das Wort für die Erwiderung hat zunächst für die CDU-Fraktion der Abgeordnete Hilbers.

Reinhold Hilbers (CDU):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister, wenn Sie Ihrer Argumentation und Ihren Berechnungen treu bleiben wollen, dann kann ich nicht anders, als Sie hier und heute aufzufordern, einen Nachtragshaushalt vorzulegen und darin unverzüglich aufzuzeigen, wie Sie auf die Vermögensverwertung verzichten und Ihre Finanzierung darstellen wollen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Ihr solltet mal
zuhören!)

Ferner will ich hier zum Ausdruck bringen, dass Sie völlig verkennen, dass uns das Grundgesetz zwangsläufig vorschreibt, eine Schuldenbremse einzuführen.

(Renate Geuter [SPD]: Das hat er
doch gerade gesagt!)

Und wenn wir sie nicht in der Landesverfassung ausgestalten, dann werden wir sie in der reinen Form des Grundgesetzes bekommen. Dann werden wir eben nicht auf Dinge reagieren können, auf die wir reagieren wollen, wie auf Konjunkturkomponenten und Ähnliches. Wir haben das in unseren Vorschlag eingebaut.

Zweitens. Schon jetzt schreibt uns das Grundgesetz einen Abbaupfad vor. Das können Sie nicht leugnen. Sie müssen einen Abbaupfad festlegen. Das haben Sie bislang nicht getan, das verweigern Sie.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zurufe von der SPD)

Ich will auch noch etwas zu Ihrer Berechnung der Nettokreditaufnahme mit der Einbeziehung der alten Kreditermächtigungen sagen. Da fällt Ihnen schon das Urteil des Staatsgerichtshofs auf die Füße, das Sie erwirkt und im November so gefeiert haben. Da ging es darum, dass aus Rücklagen Geld entnommen wird. Das wird zukünftig so nicht mehr möglich sein.

(Johanne Modder [SPD]: Ach!)

Wir haben das schon abgestellt, indem wir im Dezember 855 Millionen Euro dafür verwendet ha-

ben, die Nettokreditaufnahme zu senken und den Haushalt verfassungskonform zu machen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Zurufe von der SPD)

Wir hinterlassen Ihnen ein gut bestelltes Feld.

(Johanne Modder [SPD]: Nein, eben
nicht!)

Sie haben im vergangenen Jahr ja keine Nettokreditaufnahme getätigt. Wir hinterlassen Ihnen nahezu 300 Millionen Euro in der Rücklage, die Sie verwenden können. Sie haben - das haben Sie gestern selbst in Ihrer Presseerklärung beschrieben - genug Luft im Personaletat, um die Tarifsteigerungen aus diesem Etat zu bezahlen. Wir haben für Sie komplett Vorsorge dafür getroffen, dass Sie das bezahlen können.

(Lachen bei der SPD und bei den
GRÜNEN - Johanne Modder [SPD]:
Und Sie sind haushaltspolitischer
Sprecher! Oh Mann!)

114 Millionen Euro - Sie können gerne nachfragen - sind im Personaltitel nicht ausgenutzt. Diese 114 Millionen Euro helfen Ihnen auch im kommenden Jahr, weil sie im kommenden Jahr über 2 % fortgeschrieben werden. Setzen Sie sich mit den Zahlen im Einzelnen auseinander!

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege Hilbers, die zwei Minuten sind um.

Reinhold Hilbers (CDU):

Im Übrigen gibt es bei den Zinsausgaben eine Überkompensation. Sie haben 200 Millionen Euro weniger im Zinstitel. Das kompensiert die Steuerausfälle aufgrund von konjunkturellen Entwicklungen, die Sie zu Recht anführen, vollständig. Sie haben in diesem Haushalt enorm Luft, Sie haben nur nicht die Kraft, gestaltend tätig zu werden und auf Neuverschuldung oder teure Versprechen zu verzichten.

Wir werden sehen, ob Sie Wort halten, ob Sie die Schuldenbremse wollen oder nicht. Das ist der Lackmestest für Ihre Koalition.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP -
Johanne Modder [SPD]: Reden Sie
mal unter vier Augen mit Herrn Möll-
ring! - Renate Geuter [SPD]: Das ist
ja bezeichnend, wie schnell der ehe-
malige Finanzminister fallengelassen
wird!)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Jetzt hat der Kollege Christian Dürr für die FDP-Fraktion das Wort.

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn es äußerlich gewisse Ähnlichkeiten mit Hartmut Möllring gibt -

(Johanne Modder [SPD]: Na, na, na!)

was den Wortreichtum betrifft, so konnten wir schon einmal einen Unterschied feststellen.

Uns ist ein seriöser Finanzminister angekündigt worden. Unsere Erwartungen sind heute bitter enttäuscht worden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Ich will Ihnen ein Beispiel nennen: Sie haben vorhin vom Schuldenstand 2002 gesprochen und ihn mit dem im Jahr 2012 verglichen, die Rücklagen der Nettokreditaufnahme aber einfach hinzuge-rechnet, damit irgendwie die Zahl 20 Milliarden Euro zustande kommt. Diese Zahl haben Sie schöngerechnet, meine Damen und Herren. Die wahre Zahl ist doch gerade genannt worden: Es waren in Wahrheit 15 Milliarden Euro und damit deutlich weniger.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Herr Hilbers hat die Mehrbelastung des Haushaltes durch den Tarifabschluss - den hat übrigens ein SPD-Minister verhandelt, um das auch ganz klar zu sagen - angesprochen.

(Anhaltende Zurufe von der SPD)

- Seien Sie doch ganz ruhig, kriegen Sie doch nicht gleich einen Herzinfarkt!

Die Wahrheit ist: In dem Landeshaushalt, den wir Ihnen hinterlassen haben, sind der Zinstitel und der Personaltitel derzeit nicht ausgeschöpft. Sie haben sehr wohl Rücklagen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Herr Schneider, eines zum Schluss: Eigentlich sollten Finanzminister in gewisser Weise unabhängig sein, auch gegenüber den Fraktionen. Herr Möllring war das immer.

(Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN - Helge Limburg [GRÜNE]: Das hat man gemerkt!)

Das war manchmal auch schmerzhaft für uns.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Kollege, Sie müssen zum Schluss kommen.

Christian Dürr (FDP):

Ich komme zum Schluss. - Aber sich hier hinzustellen, Herr Schneider, und zu sagen: „Die Zukunft ist irgendwie unsicher, und deswegen können wir keine Schuldenbremse machen“, das ist für einen niedersächsischen Finanzminister schlicht und einfach zu wenig.

(Starker, anhaltender Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Über Ähnlichkeiten beim Äußeren können wir ein anderes Mal reden, Herr Minister. - Damit sind wir am Ende der Beratung.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Federführend soll der Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen sein, mitberatend der Ausschuss für Haushalt und Finanzen. Wer dem seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

(Präsident Bernd Busemann übernimmt den Vorsitz)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 4:

Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs - Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs - Drs. 17/36

Dieser Tagesordnungspunkt hat eine erhebliche Bedeutung für uns alle. Ich gehe davon aus, dass Sie sich mit der Drucksache und den vorgeschlagenen Namen bereits intensiv auseinandergesetzt haben, sodass Ihnen die Namen geläufig sind.

Meine Damen und Herren, ich darf hier ausdrücklich alle Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs begrüßen, die in der Loge und auf der Tribüne Platz genommen haben, um die vor uns liegende Wahl zu verfolgen.

Mein besonderer Gruß gilt dabei erneut dem Präsidenten des Staatsgerichtshofs, Herrn Professor Ipsen, sowie den heute zur Wahl stehenden zu-

künftigen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern. Herr Präsident Ipsen, ich darf mich bei Ihnen persönlich, aber auch bei den Kolleginnen und Kollegen des Staatsgerichtshofs dafür bedanken, wie sehr Sie in der Vergangenheit immer Anteil am Geschehen hier im Plenarsaal genommen haben. Zuletzt haben Sie uns vor drei Wochen anlässlich der konstituierenden Sitzung dieses Landtages die Ehre erwiesen. Dafür ein Kompliment, ein herzliches Dankeschön und allen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Vielleicht darf ich die Fraktionsspitzen bitten - soweit noch nicht geschehen -, etwas auf Vollzähligkeit hinzuwirken. Die Anwesenheitsquote ist ja schon recht hoch, aber sie liegt noch nicht ganz bei 100 %.

Meine Damen und Herren, für die Wahl von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Staatsgerichtshofs hat der Ausschuss zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs den Wahlvorschlag in der Drucksache 17/36 vorgelegt.

Gemäß Artikel 55 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung werden die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs vom Landtag ohne Aussprache mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Mitglieder des Landtages, mindestens aber mit der Mehrheit seiner Mitglieder auf sieben Jahre gewählt. - Einfache Formel: Zwei Drittel der Anwesenden müssen erreicht sein, mindestens aber 69.

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Staatsgerichtshof geschieht dies in geheimer Wahl. Diese geheime Wahl, meine Damen und Herren, wird mit Stimmzetteln durchgeführt.

Wir beschließen nunmehr über den Wahlvorschlag des Ausschusses in der Drucksache 17/36. Sie erhalten dazu einen Stimmzettel, auf dem alle in dem Wahlvorschlag genannten Personen aufgeführt sind. Sie geben Ihr Votum ab, indem Sie zu den Personen, die Sie wählen möchten, „Ja“ ankreuzen, und zu den Personen, die Sie nicht wählen möchten, „Nein“ ankreuzen. Wenn Sie sich enthalten möchten, kreuzen Sie „Enthaltung“ an. Ich mache darauf aufmerksam, dass in diesem Fall Enthaltungen die gleiche Wirkung, faktisch jedenfalls, wie Neinstimmen haben.

Die Mitglieder des Landtages werden durch den Schriftführer Herrn Brinkmann aufgerufen und kommen dann bitte einzeln hier nach vorn. Sie

kennen das mit den Wahlen ja schon aus dem Februar-Plenum. Auf der von mir aus gesehen rechten Seite des Präsidiums erhalten Sie Ihren Stimmzettel. Gehen Sie dann bitte einzeln zur Wahlkabine. Nach dem Vermerken Ihres Votums falten Sie den Stimmzettel und werfen ihn in eine der beiden Wahlurnen.

Mit Ihrem Einverständnis beauftrage ich:

den Schriftführer Herrn Onay - unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung -, die Stimmzettel auszugeben und die Wählerliste zu führen,

die Schriftführerin Frau Eilers, Aufsicht darüber zu führen, dass immer nur ein Mitglied des Landtages zur Wahlkabine geht,

den Schriftführer Herrn Lammerskitten - ebenfalls unterstützt durch einen Beamten der Landtagsverwaltung -, die Aufsicht und Namenskontrolle bei den Wahlurnen durchzuführen.

Ich bitte alle Mitglieder des Landtages, darauf zu achten, dass die Kreuze auf dem Stimmzettel korrekt angebracht werden, sodass keine Zweifel über die Gültigkeit Ihrer Stimme entstehen können. Wer den Stimmzettel beschädigt, verändert oder mit Zusätzen oder anderen Kennzeichen versieht, macht ihn ungültig. Es sind daher auch nur die in der Wahlkabine bereitliegenden Kugelschreiber zur Stimmabgabe zu benutzen. Die Verwendung eines anderen Schreibgerätes ist als unzulässige Kennzeichnung anzusehen, die zur Ungültigkeit des Stimmzettels insgesamt führt.

Im Hinblick auf die in diesem Fall besonders umfangreiche Wahl bitte ich Sie um besondere Sorgfalt bei der Stimmabgabe. Bitte bleiben Sie bis zum Aufruf Ihres Namens auf Ihren Plätzen sitzen und nehmen Sie nach der Stimmabgabe gleich wieder Platz. Ich bitte darum, auf unnötiges Herumlaufen oder -stehen und kleine Gesprächsrunden zu verzichten, weil das den Wahlablauf durchaus stören kann. Ich möchte auch jeden Einzelnen darum bitten, zu beachten, dass, wenn der Wahlgang läuft und die Stimmabgabe stattfindet, nicht, wie es ja zufällig der Fall sein könnte, eine Kamera in der Nähe ist und um die Ecke oder von oben den Blick auf die Kabine richtet.

(Heiterkeit)

Das kriegen wir alles hin, aber ich bitte einfach um Beachtung.

Ich bitte nun die drei genannten Schriftführerinnen bzw. Schriftführer, ihr Amt zu übernehmen. Herrn

Kollegen Lammerskitten bitte ich, sich davon zu überzeugen, dass die Wahlurnen leer sind. Er ist in dieser Aufgabe sehr geübt. Wir vertrauen ihm das an. Bitte sehr!

(Clemens Lammerskitten [CDU] schaut in die Wahlurnen und bestätigt, dass sie leer sind - Beifall)

- Wunderbar. Dann, Herr Kollege Lammerskitten, dürfen wir, so wie Sie mir das signalisieren und die allgemeine Wahrnehmung das auch überträgt, davon ausgehen, dass die Wahlurnen leer sind.

Bevor wir jetzt zum Namensaufruf kommen, weise ich die an der Durchführung des Wahlvorgangs beteiligten Präsidiumsmitglieder darauf hin, dass sie ebenso wie der Sitzungsvorstand erst nach der Beendigung des Namensaufrufs gesondert aufgerufen werden, ihre Stimmen abzugeben. Für die Zeit, in der ich meine Stimme abgebe, bitte ich Frau Vizepräsidentin Dr. Andretta, mich hier zu vertreten.

Meine Damen und Herren, wir beginnen mit dem Namensaufruf. Kollege Brinkmann, bitte sehr!

(Schriftführer Markus Brinkmann verliest die Namen der Abgeordneten. Die Abstimmung verläuft wie folgt:

Thomas Adasch
Johann-Heinrich Ahlers
Dr. Gabriele Andretta
Ernst-Ingolf Angermann
Holger Ansmann
Klaus-Peter Bachmann
Volker Bajus
Martin Bäumer
Karsten Becker
Almuth von Below-Neufeldt
Karin Bertholdes-Sandrock
Dr. Stefan Birkner
Karl-Heinz Bley
André Bock
Jörg Bode
Norbert Böhlke
Marcus Bosse
Axel Brammer
Christoph Bratmann
Marco Brunotte
Sylvia Bruns
Christian Calderone
Helmut Dammann-Tamke
Dr. Hans-Joachim Deneke-Jöhrens
Otto Deppmeyer
Christian Dürr

Hans-Heinrich Ehlen
Hillgriet Eilers
Petra Emmerich-Kopatsch
Mustafa Erkan
Ansgar-Bernhard Focke
Björn Försterling
Rainer Fredermann
Dr. Marco Genthe
Renate Geuter
Immacolata Glosemeyer
Rudolf Götz
Christian Grascha
Clemens Große Macke
Hermann Grupe
Hans-Dieter Haase
Julia Willie Hamburg
Karl Heinz Hausmann
Gerald Heere
Frauke Heiligenstadt
Karsten Heineking
Dr. Gabriele Heinen-Kljajić
Frank Henning
Holger Heymann
Bernd-Carsten Hiebing
Reinhold Hilbers
Jörg Hillmer
Dr. Gero Hocker
Ottmar von Holtz
Michael Höntsch
Gerda Hövel
Angelika Jahns
Hans-Joachim Janßen
Meta Janssen-Kucz
Burkhard Jasper
Petra Joumaah
Karl-Heinz Klare
Stefan Klein
Ingrid Klopp
Lothar Koch
Gabriela König
Ina Korter
Horst Kortlang
Jürgen Krogmann
Klaus Krumfuß
Sebastian Lechner
Dr. Silke Lesemann
Olaf Lies
Helge Limburg
Editha Lorberg
Bernd Lynack
Dr. Max Matthiesen
David McAllister
Susanne Menge
Christian Meyer

Volker Meyer
Axel Miesner
Johanne Modder
Matthias Möhle
Adrian Mohr
Jens Nacke
Frank Oesterhelweg
Jan-Christoph Oetjen
Christos Pantazis
Anja Piel
Gudrun Pieper
Filiz Polat
Stefan Politze
Claus Peter Poppe
Ulf Prange
Sigrid Rakow
Heinz Rolfes
Mechthild Ross-Luttmann
Kathrin Rühl
Dr. Alexander Saipa
Uwe Santjer
Horst Schiesgeries
Maximilian Schmidt
Ronald Schminke
Heinrich Scholing
Heiner Schönecke
Thomas Schremmer
Andrea Schröder-Ehlers
Doris Schröder-Köpf
Annette Schwarz
Uwe Schwarz
Kai Seefried
Wiard Siebels
Dr. Stephan Siemer
Miriam Staudte
Uwe Strümpel
Detlef Tanke
Ulf Thiele
Björn Thümler
Petra Tiemann
Sabine Tippelt
Dirk Toepffer
Grant Hendrik Tonne
Elke Twesten
Astrid Vockert
Ulrich Watermann
Stephan Weil
Stefan Wenzel
Dr. Thela Wernstedt
Maaret Westphely
Gerd Ludwig Will
Lutz Winkelmann)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren, der Namensaufruf ist beendet. Ich bitte nun die an dem Wahlverfahren beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer, also Frau Eilers, Herrn Onay und Herrn Lammerskitten, nacheinander abzustimmen. Danach wählt dann der Sitzungsvorstand.

Während wir wählen gehen, Frau Kollegin Dr. Andretta, wissen wir uns bei Ihnen in besten Händen.

(Die Wahl wird fortgesetzt)

Meine Damen und Herren, auch der Sitzungsvorstand hat gewählt.

Ich frage ins Plenum hinein, ob noch eine Abgeordnete oder ein Abgeordneter im Saal ist, die bzw. der bei gegebenem Willen gleichwohl noch nicht gewählt hat. Dann melden Sie sich bitte laut. - Es scheint so zu sein, dass alle aufgerufen wurden und, so sie wollten, auch gewählt haben.

Ich darf den Wahlgang insofern unterbrechen, als wir jetzt auszählen müssen. Ich würde am liebsten sagen: Das Wahlergebnis wird in Kürze bekannt gegeben werden. Ein paar Minuten kann es aber schon dauern, weil immerhin sieben Namen anzukreuzen waren und weil man nicht weiß, wie geschlossen gewählt wurde. Wir gucken einmal.

Ich darf Sie bitten, im Plenarsaal zu bleiben. Verlassen Sie ihn allenfalls in sogenannten Notfällen. Wann ein Notfall gegeben ist, müssen Sie selber entscheiden. Ich hoffe, dass uns das Ergebnis in 10, 15 oder 20 Minuten vorliegt. Bis dahin werden alle am Wahlvorgang beteiligten Schriftführerinnen und Schriftführer, nämlich Frau Eilers, Herr Onay und Herr Lammerskitten, sowie Frau Vizepräsidentin Dr. Andretta und Herr Vizepräsident Bachmann die Stimmen auszählen.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von
12.51 Uhr bis 13.08 Uhr)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir setzen die unterbrochene Sitzung fort.

Ich gebe nun das Wahlergebnis zu Nr. 1 a des Wahlvorschlages betreffend Frau Eva Hausmann-Lucke bekannt. Abgegeben wurden 137 Stimmen, davon 136 gültige und eine ungültige. 127 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und 4 mit Nein

gestimmt. 5 Mitglieder des Landtages haben sich der Stimme enthalten.

Die Mehrheit der gesetzlichen Zahl von 137 Abgeordneten beträgt 69. Die Zweidrittelmehrheit von 137 Mitgliedern des Landtages, die an der Wahl teilgenommen haben, beträgt 91. Mit Ja haben 127 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Frau Hausmann-Lucke ist gewählt. - Frau Hausmann-Lucke, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Eva Hausmann-Lucke: Ja, ich nehme die Wahl an!)

- Danke schön. Wir gratulieren Ihnen ganz herzlich zu Ihrer Wahl!

(Beifall)

Ich gebe sodann das Wahlergebnis zu Nr. 1 b des Wahlvorschlages betreffend Herrn Dr. Thomas Veen bekannt. Abgegeben wurden 137 Stimmen, davon 136 gültige und eine ungültige. 127 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und 4 mit Nein gestimmt. 5 Mitglieder des Landtages haben sich der Stimme enthalten. Mit Ja haben, wie bereits erwähnt, 127 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Herr Dr. Veen ist gewählt. - Herr Dr. Veen, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Thomas Veen: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

- Danke schön. Wir gratulieren ganz herzlich.

(Beifall)

Ich gebe das Wahlergebnis zu Nr. 2 a des Wahlvorschlages betreffend Frau Hannelore Kaiser bekannt. Abgegeben wurden 137 Stimmen, davon 137 gültige und keine ungültige. 129 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und 6 mit Nein gestimmt. 2 Mitglieder des Landtages haben sich der Stimme enthalten. Mit Ja haben also, wie erwähnt, 129 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Frau Hannelore Kaiser ist gewählt. - Frau Kaiser, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Hannelore Kaiser: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

- Danke. Wir gratulieren ganz herzlich.

(Beifall)

Ich gebe schließlich das Wahlergebnis zu Nr. 2 b des Wahlvorschlages betreffend Herrn Professor Dr. Werner Heun bekannt. Abgegeben wurden 137 Stimmen, davon 137 gültige und keine ungültige. 126 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und 8 mit Nein gestimmt. 3 Mitglieder des Landtages haben sich der Stimme enthalten. Mit Ja haben also 126 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Herr Dr. Heun ist gewählt. - Herr Heun, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Professor Dr. Werner Heun: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

- Danke schön. Wir gratulieren auch Ihnen ganz herzlich.

(Beifall)

Ich gebe sodann das Wahlergebnis zu Nr. 2 c des Wahlvorschlages betreffend Frau Gabriele Beyer bekannt. Abgegeben wurden 137 Stimmen, davon 136 gültige und eine ungültige. 128 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und 6 mit Nein gestimmt. 2 Mitglieder des Landtages haben sich der Stimme enthalten. Mit Ja haben also 128 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Frau Beyer ist gewählt. - Frau Beyer, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Gabriele Beyer: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

- Danke schön. Wir gratulieren natürlich auch Ihnen ganz herzlich.

(Beifall)

Ich gebe jetzt das Wahlergebnis zu Nr. 2 d des Wahlvorschlages betreffend Frau Dr. Ulrike Sassenberg-Walter bekannt. Abgegeben wurden 137 Stimmen, davon 136 gültige und eine ungültige. 128 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und 6 mit Nein gestimmt. 2 Mitglieder des Landtages haben sich der Stimme enthalten. Mit Ja haben, wie bereits erwähnt, 128 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Frau Dr. Sassenberg-Walter ist gewählt. - Frau Dr. Sassenberg-Walter, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Gabriele Sassenberg-Walter: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

- Danke. Auch Ihnen einen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Schlussendlich gebe ich das Wahlergebnis zu Nr. 2 e des Wahlvorschlages betreffend Herrn Professor Dr. Hermann Butzer bekannt. Abgegeben wurden 137 Stimmen, davon 137 gültige und keine ungültige. 131 Mitglieder des Landtages haben mit Ja und 4 mit Nein gestimmt. 2 Mitglieder des Landtages haben sich der Stimme enthalten. Mit Ja haben also 131 Mitglieder des Landtages gestimmt. Damit ist die nach Artikel 55 der Niedersächsischen Verfassung erforderliche Mehrheit gegeben. Herr Dr. Butzer ist gewählt. - Herr Dr. Butzer, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Professor Dr. Hermann Butzer: Ja, Herr Präsident, ich nehme die Wahl an!)

- Danke. Auch Ihnen, Herr Dr. Butzer, einen ganz herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, das Ende der Vormittagssitzung nähert sich. Ich weise darauf hin, dass sich die Damen und Herren des Staatsgerichtshofes unmittelbar im Anschluss an die Sitzung auf Einladung des Herrn Ministerpräsidenten zur Urkundenverleihung im Leibniz-Saal einfinden, ebenso die Damen und Herren des Präsidiums sowie alle weiteren geladenen Damen und Herren. Die Verleihung soll um 13.30 Uhr beginnen.

Da wir zeitlich ganz gut im Plan liegen, würde ich - Ihr Einverständnis unterstellend - sagen, dass die Sitzung heute Nachmittag um 15 Uhr fortgesetzt wird. - Ich sehe großes Einvernehmen. Danke. Wir unterbrechen.

(Unterbrechung der Sitzung von 13.14 Uhr bis 15.02 Uhr)

Präsident Bernd Busemann:

Meine Damen und Herren! Nach Beendigung der Mittagspause setze ich die Sitzung fort.

Wir kommen zu dem

Tagesordnungspunkt 5:

Vereidigung der neu gewählten Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Staatsgerichtshofs

Ich bitte die neu gewählten Mitglieder und die neu oder wieder gewählten stellvertretenden Mitglieder, nach vorne zu kommen und vor das Präsidium zu treten.

Eines noch vorab, meine Damen und Herren Richterinnen und Richter des Staatsgerichtshofes: Der Eid, den Sie vor dem Landtag ablegen, entspricht der besonderen Stellung des Staatsgerichtshofs als Verfassungsgericht. Ich bitte Sie, den in § 4 Abs. 2 Satz 1 des Staatsgerichtshofgesetzes vorgeschriebenen Eid einzeln im vollen Wortlaut zu leisten. - Ich bitte alle Anwesenden, sich jetzt zu erheben.

Der Eid lautet:

„Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.“

Der Eid kann gemäß § 4 Abs. 2 Satz 2 des Staatsgerichtshofgesetzes mit der Beteuerung „So wahr mir Gott helfe“ oder ohne sie geleistet werden.

Ich bitte Sie nun, meine Damen und Herren, einzeln zu mir zu kommen und den Eidestext zu sprechen.

Zunächst Frau Hausmann-Lucke. Bitte sehr!

Eva Hausmann-Lucke:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön und stets ein gutes Urteil!

(Beifall)

Jetzt bitte Herr Dr. Veen!

Dr. Thomas Veen:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen

und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen.
So wahr mir Gott helfe.

Präsident Bernd Busemann:

Ich wünsche Ihnen viel Glück in Ihrem neuen Amt.

(Beifall)

Jetzt Frau Kaiser!

Hannelore Kaiser:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Bernd Busemann:

Danke schön. - Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Herr Professor Dr. Werner Heun!

Professor Dr. Werner Heun:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Bernd Busemann:

Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Frau Beyer, bitte!

Gabriele Beyer:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Bernd Busemann:

Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Frau Dr. Sassenberg-Walter!

Dr. Ulrike Sassenberg-Walter:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Bernd Busemann:

Danke. - Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Herr Professor Dr. Butzer!

Professor Dr. Hermann Butzer:

Ich schwöre, das Richteramt getreu dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, getreu der Verfassung des Landes Niedersachsen und getreu dem Gesetz auszuüben, nach bestem Wissen und Gewissen ohne Ansehen der Person zu urteilen und nur der Wahrheit und Gerechtigkeit zu dienen. So wahr mir Gott helfe.

Präsident Bernd Busemann:

Herzlichen Glückwunsch!

(Starker Beifall)

Meine Damen und Herren, ich darf Sie jetzt bitten, wieder Platz zu nehmen.

Ich will das gerne noch einmal mit einem Glückwunsch an die Richterinnen und Richter des Staatsgerichtshofs verbinden - an diejenigen, die heute neu oder wieder gewählt wurden, aber auch an alle achtzehn, an die neun Richterinnen und Richter sowie die neun stellvertretenden Richterinnen und Richter.

Wir haben vorhin bei der kleinen Begegnung im Leibniz-Saal die gute Absicht kundgetan - der Herr Ministerpräsident und wir alle eigentlich auch -: Wir wollen nach bestem Wissen und Gewissen hier im Parlament so arbeiten, dass Sie möglichst wenig Arbeit mit uns haben. Lassen Sie es uns einfach einmal miteinander versuchen!

Meine Damen und Herren, wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 6:

Wahl der Präsidentin/des Präsidenten und der Vizepräsidentin/des Vizepräsidenten des

Staatsgerichtshofs - Wahlvorschlag des Ausschusses zur Vorbereitung der Wahl der Mitglieder des Staatsgerichtshofs - Drs. 17/37

Nach § 3 Abs. 1 des Staatsgerichtshofsgesetzes wählt der Landtag aus der Reihe der Mitglieder des Staatsgerichtshofs, die die Befähigung zum Richteramt nach dem Deutschen Richtergesetz besitzen, die Präsidentin oder den Präsidenten und die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten.

Nach § 86 unserer Geschäftsordnung kann durch Handzeichen gewählt werden, wenn kein anwesendes Mitglied des Landtages widerspricht. Darf ich feststellen, dass das Haus mit diesem Wahlverfahren einverstanden ist? Wenn jemand widersprechen möchte, müsste er das kundtun. - Ich sehe aber, dass das nicht der Fall ist. Es ergibt sich also kein Widerspruch. Wir wählen somit durch Handzeichen.

Nach § 86 unserer Geschäftsordnung ist gewählt, wer die Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt. Erforderlich ist demnach eine einfache Mehrheit der Stimmen. Bei der Ermittlung dieser Mehrheit zählen Stimmenthaltungen nicht als abgegebene Stimmen.

Wer den Wahlvorschlag für die Wahl des Präsidenten des Staatsgerichtshofs annehmen und entsprechend der Nr. 1 des Wahlvorschlages in der Drucksache 17/37 Herrn Dr. Herwig van Nieuwland zum Präsidenten des Staatsgerichtshofs wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Ich bitte um die Neinstimmen. - Ich bitte um die Enthaltungen. - Bei etwa drei Neinstimmen und drei oder vier Enthaltungen ist Herr Dr. van Nieuwland mit großer Mehrheit zum neuen Präsidenten gewählt. Herzlichen Glückwunsch!

(Starker Beifall)

Damit alles seine Richtigkeit hat: Herr Dr. van Nieuwland, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Herwig van Nieuwland: Herr Präsident, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für die breite Unterstützung!)

- Danke für die Annahme und Glückwunsch auch noch einmal von hier!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer den Wahlvorschlag für die Wahl der Vizepräsidentin des Staatsge-

richtshofs annehmen und entsprechend der Nr. 2 des Wahlvorschlages in der Drucksache 17/37 Frau Dr. Uta Rüping zur Vizepräsidentin des Staatsgerichtshofs wählen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Bei drei Neinstimmen und, so sichtbar, keiner Enthaltung ist Frau Dr. Rüping ebenfalls mit großer Mehrheit zur Vizepräsidentin gewählt.

(Starker Beifall)

Ich darf auch Sie, Frau Dr. Rüping, fragen, ob Sie die Wahl annehmen.

(Dr. Uta Rüping: Ich nehme die Wahl an!)

- Dann auch von hier aus herzlichen Glückwunsch und beiden viel Glück im neuen Amt!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir verlassen diesen Tagesordnungspunkt und nehmen - ich bitte um ein paar Sekunden Geduld - einen Wechsel im Präsidium vor. Es übernimmt Vizepräsident Bachmann. Bitte sehr!

(Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann übernimmt den Vorsitz)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich rufe dann auf den

Tagesordnungspunkt 7:

1. Übersicht über Beschlussempfehlungen der ständigen Ausschüsse zu Eingaben - Drs. 17/35

Das ist für mich eine zweite Premiere. Ich habe es noch nie erlebt, solange ich dem Hause angehöre, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Das stelle ich jetzt hiermit fest und frage pflichtgemäß, ob etwa doch das Wort gewünscht wird. - Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann können wir zur Abstimmung kommen.

Wer den Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann sind die entsprechenden Empfehlungen der Ausschüsse so vom Plenum übernommen worden.

Ich darf aufrufen den

Tagesordnungspunkt 8:

Erste Beratung:

Privatisierung verhindern - Wasserversorgung muss Teil der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/26

Mir liegt für die Einbringung die Wortmeldung des Kollegen Volker Bajus von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Sie haben das Wort, Herr Kollege.

Volker Bajus (GRÜNE):

Vielen Dank. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wasser ist nicht irgendein beliebiges Wirtschaftsgut. Wasser ist das wichtigste Lebensmittel überhaupt, ja, das Lebenselixier schlechthin.

„Wasser ist ein Menschenrecht“ - unter diesem programmatischen Satz haben sich europaweit bereits über 1,2 Millionen Menschen gegen die geplante EU-Richtlinie zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen ausgesprochen. Alle diese Menschen sorgen sich, dass die Wasserversorgung privatisiert wird. Wenn man sich die möglichen Folgen der EU-Pläne anschaut, hat man den Eindruck: Da haben manche die letzten Jahre einfach verschlafen.

(Zustimmung von Ina Korter [GRÜNE])

Spätestens seit der Finanzkrise wissen doch alle, wohin Privatisierung und Deregulierung öffentlicher Güter führen:

(Zustimmung von Helge Limburg [GRÜNE])

Wenige verdienen sich eine goldene Nase, und die Allgemeinheit hat den Schaden.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es verwundert schon sehr, dass im Jahre 2013 immer noch die Absicht verfolgt wird, die Wasserversorgung, wenn auch nur durch die Hintertür, zu privatisieren. Noch ist diese in Niedersachsen überwiegend in kommunaler Hand. Und das ist auch gut so.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Inzwischen hat EU-Kommissar Barnier angekündigt, die Bedingungen der Richtlinie zugunsten kommunaler Versorger abzuschwächen. Doch das Grundproblem bleibt: Kommunen, deren Stadtwerke private Anteilseigner haben oder Nachbargemeinden mitversorgen, sollen ihre Wasserversorgung nunmehr europaweit ausschreiben müssen. Das gefährdet nicht nur Stadtwerke wirtschaftlich, sondern schadet den vielen interkommunalen Kooperationen. Und das, meine Damen und Herren, lehnen wir ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In Großbritannien können wir das sehen: Unter Frau Thatcher ist die Wasserversorgung Mitte der 80er-Jahre privatisiert worden.

(Björn Thümler [CDU]: Bei der SPD auch!)

Diejenigen, die davon profitiert haben, haben ein paar Jahre ordentlich Kasse gemacht, indem sie einfach an der Instandhaltung gespart haben.

(Björn Thümler [CDU]: Bei der SPD auch!)

Die Märkte waren dementsprechend begeistert. So etwas geht einige Zeit gut, bis Leitung, Netz und Technik marode sind. Dann werfen die Privaten den Kommunen den Kram wieder vor die Füße. Gewinne privatisieren, Kosten sozialisieren: Das ist die Gefahr, meine Damen und Herren, die uns droht. Und das wollen wir nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Grunde müssten wir uns mit diesem Thema hier und heute gar nicht beschäftigen. SPD, Grüne, kommunale Spitzenverbände, Gewerkschaften und, und, und: Eigentlich sind doch alle gegen diese EU-Pläne - im Übrigen auch die CDU. Sie, meine Damen und Herren auf dieser Seite des Plenums, haben doch erst Anfang Dezember 2012 auf Ihrem Parteitag hier in Hannover einen sehr vernünftigen Beschluss gefasst.

(Björn Thümler [CDU]: So ist es!)

Ich darf zitieren:

„Die im Entwurf vorgeschlagene europaweite Ausschreibungsverpflichtung würde nicht nur zu einer erheblichen Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und Handlungsspielräume, sondern auch de facto zu

einer Liberalisierung führen. Dies wird die CDU in Deutschland nicht zulassen.“

(Beifall bei den GRÜNEN - Zustimmung von David McAllister [CDU])

Meine Damen und Herren, da hat die CDU in der Tat ausnahmsweise mal recht.

Und was folgt nun diesem Parteitagsbeschluss? - Bislang nichts. Im Dezember 2012 und noch einmal Ende Februar 2013 - keine zwei Wochen ist das her - hat die Bundesregierung auf EU-Ebene für die Pläne der Kommission gestimmt.

(Helge Limburg [GRÜNE]: Was? Un-erhört!)

Hat denn die CDU-Parteivorsitzende, die meines Wissens auch Kanzlerin ist, gar nichts von diesem Beschluss gehört, oder hält sie nichts davon? Warum lässt sie Rösler damit durchkommen?

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Es kann doch nicht sein, dass gegen den Willen der breiten Bevölkerung und großer gesellschaftlicher Kreise die Wasserversorgung auf dem Altar des Marktradikalismus der FDP geopfert wird. Meine Damen und Herren, wir werden das verhindern.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Hessen übrigens ist da schon weiter: Dort wurde am 28. Februar ein entsprechender Antrag von SPD, Grünen und CDU beschlossen. Ach ja: Auch die FDP war übrigens dabei. Der hessische Liberale weiß, woher er im Herbst die Zweitstimmen bekommen kann.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Deswegen, meine Damen und Herren, bin ich ganz zuversichtlich, dass unser Antrag auch hier in Niedersachsen von einer breiten Mehrheit getragen wird und wir gemeinsam ein starkes Signal nach Berlin und auch nach Brüssel senden werden. Unsere Wasserversorgung in Niedersachsen soll kommunal bleiben, und dafür werden wir streiten.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Bajus, und Glückwunsch zu Ihrer ersten Rede vor diesem Hause!

(Beifall)

Das geht auch so weiter: Ich erteile dem neuen Kollegen Lutz Winkelmann das Wort für die Fraktion der CDU. Bitte schön, Herr Kollege!

Lutz Winkelmann (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Bajus, der heutige Vormittag war ja von Kontroversen geprägt; heute Nachmittag haben wir anscheinend weniger davon. Ich kann Ihnen ankündigen: Jetzt kommen Zustimmung und auch Lob - Zustimmung für den Entschließungsantrag der beiden Regierungsfractionen und Lob ausdrücklich an die Adresse der SPD gerichtet.

Ich rufe in Erinnerung: Es gab zu dem gleichen Themenkomplex, nämlich der Privatisierung der Trinkwasserversorgung, bereits heftige Diskussionen in den Jahren 1995 und 1996. Damals ging es um die Privatisierung der Harzwasserwerke und ihre Veräußerung an den Meistbietenden. Das wurde damals von einer SPD-geführten Landesregierung umgesetzt.

(Björn Thümler [CDU]: So ist es! Das war unvergesslich!)

Maßgebliche Entscheider waren damals der Ministerpräsident Schröder und auch der Abgeordnete Sigmar Gabriel. Das Ganze fand gegen den damals gemeinschaftlichen Widerstand der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen statt.

(Zustimmung bei der CDU - Frank Oesterhelweg [CDU]: Die haben uns verkauft damals, Herr Kollege! Es musste schnell Kasse gemacht werden!)

Ich möchte die gute Stimmung des Nachmittages noch steigern, indem ich ein Lob an die Adresse der SPD für die Fähigkeit zum Lernen und zur Weiterentwicklung ausspreche. Das ist gut so.

(Zustimmung bei der CDU)

Außerdem, Herr Kollege Bajus, danke ich Ihnen. Sie haben bereits aus der Begründung Ihres Entschließungsantrags zitiert. Auf der zweiten Seite des Antrags wird ein CDU-Parteitagsbeschluss von Anfang Dezember des letzten Jahres zitiert. Insofern haben Sie sicherlich nichts anderes als Zustimmung von der CDU-Fraktion erwartet. Denn

Sie setzen ja gemeinschaftlich gute CDU-Politik um,

(Zustimmung bei der CDU)

Politik, die im Übrigen auch Ausdruck im Abstimmungsverhalten und in den Voten der CDU- und CSU-Abgeordneten auf der Ebene des Europaparlaments gefunden hat, also dort, von wo aus wir mit der Konzessionsrichtlinie, die im Sommer dieses Jahres verabschiedet werden soll, dieses Ungemach zu befürchten haben. Aber unsere Abgeordneten wehren sich gegen das drohende Übel aus Europa.

Nun noch ein paar Anmerkungen zum Thema Trinkwasser.

Herr Kollege Bajus, Sie haben mir aus der Seele gesprochen: Trinkwasser ist nicht nur das Grundnahrungsmittel Nummer eins und ein elementares Gut für menschliches Leben. Ich selbst sehe Trinkwasser auch als den wichtigsten Bodenschatz des ländlichen Raumes an. Ich bin der Auffassung, dass der ländliche Raum mit seinen Flächen - insbesondere Wald, aber auch Ackerland und sonstige Eigentumsflächen - dafür sorgt, dass wir immer wieder Trinkwasser in hervorragender Qualität bekommen, das auch genutzt wird, um die Ballungsräume zu versorgen.

Meine Forderung ist: Wenn wir in Zukunft über Trinkwasser sprechen - ganz gleich in welchem, auch größeren Kontext -, dann sollten wir beachten, dass der ländliche Raum für die Ballungsgebiete eine große Leistung erbringt, die geradezu nach einer infrastrukturell wirkenden Gegenleistung schreit. Wenn der ländliche Raum also etwas für die Ballungsgebiete tut, dann muss das auch zu einer Gegenleistung führen.

(Zustimmung bei der CDU)

Sie sprechen in dem Entschließungsantrag davon, dass es um eine gute und breite strategische Aufstellung gegen das aus Brüssel drohende Übel geht. Nehmen Sie uns dabei bitte mit! Die CDU-Fraktion ist jederzeit zu guten, kooperativen Gesprächen bereit.

Vielen Dank.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Gabriela König [FDP])

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank auch Ihnen, Herr Kollege Winkelmann, und auch Ihnen Gratulation zu Ihrer ersten Rede vor dem Niedersächsischen Landtag!

(Beifall)

Ich darf dann die Wortmeldung der Kollegin Sigrid Rakow aufrufen, die für die Fraktion der SPD Stellung nehmen wird. Bitte, Frau Kollegin Rakow!

Sigrid Rakow (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident. - Bei mir ist es nur die erste Rede in dieser Wahlperiode. Ich hatte vorher schon öfter das Vergnügen.

(Zustimmung bei der SPD)

Ich möchte mit einem Dank an die CDU-Fraktion anfangen: Dass Sie uns für lernfähig halten, ist schön. Wir erwarten von Ihnen das Gleiche. Möglicherweise gibt es dann richtig überraschende Ergebnisse in dieser Wahlperiode. Das wäre ja etwas ganz Nettes.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn das Votum in Ihrer Rede bedeuten sollte, dass Sie unserem Antrag zustimmen und wir uns also schon darüber einig sind, dann könnten wir das Thema im Grunde genommen schnell abhaken, weil es eine breite Zustimmung dazu im Plenum gibt. Ich gehe aber davon aus, dass sich möglicherweise eine Ausschussberatung anschließen wird. Insofern versuche ich noch, ein paar Worte zu diesem Thema zu formulieren.

Trinkwasser ist wichtig. Es ist eines der kostbarsten Güter der Welt. Nicht umsonst haben die Vereinten Nationen Wasser zum Menschenrecht erklärt. Ich glaube, wir sollten uns immer wieder klar machen, dass Wasser ein bedeutendes Gut ist. Die Bedeutung des Wassers ist sogar so groß, dass bei jedem Rütteln an der Wasserversorgung hochemotional reagiert wird. Das haben wir ja im Zusammenhang mit der EU-Richtlinie erlebt.

Diese Diskussion hat so viele Leute aufgeschreckt, dass in kürzester Zeit über 1 Million Unterschriften bei der Aktion „right2water“ zusammengekommen sind. Wenn man sich die Überschriften der Pressemeldungen anschaut, dann stellt man fest, dass es dort schon viel Aufregung gab.

Ich möchte aber einen Blick auf den eigentlichen Aufreger werfen, den Verursacher der Diskussion, und zwar die EU-Konzessionsvergaberichtlinie; um die geht es ja.

Das Ziel der Konzessionsvergaberichtlinie der EU ist gar nicht so schlimm, und darin steht auch nicht, dass es um Privatisierung geht. Mit dieser Richtlinie sollen Qualitätsstandards für die Vergabe von Konzessionen gesetzt, Transparenz geschaffen und Korruption bekämpft werden. Es sollen europaweit einheitliche Kriterien und Verfahren der Konzessionsvergabe etabliert werden. Leider gehört zu den Nebenwirkungen dieser Richtlinie - auch in ihrer schon abgemilderten Form -, dass sie in bestimmten Fällen womöglich doch noch zu einer Liberalisierung der Wasserversorgung führt. Und nur darum geht es im Grunde genommen bei dieser ganzen hoch aufgeregten Diskussion.

Diese mögliche Liberalisierung gilt für teilprivatisierte Stadtwerke, die mehr als 20 % ihrer Geschäfte außerhalb der eigenen Stadt betreiben. Diese unterliegen dann bei zukünftigen Verträgen einer Ausschreibungspflicht. Für wie viele Stadtwerke das gelten könnte, ist in den Unterlagen, die ich gefunden habe, nicht ganz klar beziffert. Die Zahlen variieren von 5 bis 400. Wenn es 400 wären, wäre es schon dramatisch, wenn es nur 5 wären, wäre das vielleicht leichter zu regeln.

Für den Wasserbereich gilt, dass ein freier Wettbewerb für die Verbraucher keinen Vorteil hätte. Zu diesem Ergebnis kommt die Stiftung Warentest. Sie stellt fest, dass die deutsche Wasserversorgung gut und preiswert ist und ein freier Wettbewerb keinen Mehrwert brächte.

Gewinnorientierung verhindert oft Investition in Qualitätssicherung. Das kann so nicht sein, und das wollen wir nicht. Ein Beispiel dafür ist London; der Kollege Bajus hat es genannt. Dort wurde die Wasserversorgung privatisiert. In der Folge stiegen die Preise, das Leitungsnetz wurde nicht gepflegt, Wasser versickerte im Boden. - So geht es nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ein weiteres Beispiel ist Berlin. Dort wurden 49,9 % der Anteile an der Wasserversorgung verkauft. Die Wasserpreise, die die Berliner zahlen mussten, stiegen in gewaltige Höhen. Die Firmen, die das gekauft haben, sollen Milliarden kassiert haben. - Das, meine Damen und Herren, wollen wir auch nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Es sind sicherlich diese Negativbeispiele, die zu dem allgemeinen Aufschrei gegenüber der

EU-Richtlinie geführt haben. Bürger empfinden ein tiefes Misstrauen gegenüber jedweder Privatisierungsbestrebung - und ich finde, das ist auch sehr vernünftig von ihnen.

Aber, meine Damen und Herren, drei Dinge laufen gut.

Erstens. Wir haben hier einen wichtigen und guten Antrag vorgelegt. Wir kümmern uns um eine qualitativ gute und sichere Wasserversorgung. Und wenn Sie da mitmachen, umso besser.

Zweitens. Wir haben eine Landesregierung, die in diesem Sinne alles richtig gemacht hat. Bei allen anderen Themen auch, aber jetzt reden wir ja über das Wasser.

Drittens. Wir haben einen breiten Konsens, dass die gewachsenen guten Strukturen der Wasserversorgung nicht gefährdet werden dürfen.

Ich will dies noch einmal kurz erläutern:

Punkt 1 haben Sie ja schon gesehen, als Sie den Antrag gelesen haben.

Punkt 2 erschließt sich, wenn man in die Bundesratsprotokolle blickt. Ich möchte einen Satz zitieren, der in dem Protokoll der Sitzung vom 1. März 2013 steht:

„Der Bundesrat wiederholt daher seine Forderung aus dem Beschluss vom 30. März 2012, in der Konzessionsvergaberichtlinie ein eindeutiges Signal zu setzen und die Trinkwasserversorgung aus deren Anwendungsbereich auszunehmen.“

Genau das, meine Damen und Herren, sollte nämlich unser Ziel sein: Wir müssen die Wasserversorgung aus der Konzessionsrichtlinie herausnehmen. Der Bundesrat hat das in seiner Sitzung sehr gut gemacht, und dafür können wir den Vertretern im Bundesrat nur unseren herzlichen Dank aussprechen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bei dem breiten Konsens, den ich unter Punkt 3 formuliert habe, habe ich die Fraktionen aus dem Landtag gemeint. Ich wollte auch, wie der Kollege Bajus es schon getan hat, den Satz aus dem Parteitagsbeschluss der CDU nennen. Es spricht uns ja aus der Seele, wenn Sie im Interesse der Menschen in Deutschland nicht zulassen wollen, dass die Wasserversorgung hier liberalisiert wird, und dass Sie die Bundesregierung auffordern wollen, das Vorhaben

zu stoppen oder weite Bereichsausnahmen zu erwirken.

Das ist genau das, was wir auch wollen. Es wäre wunderbar, wenn Sie in diesem Sinne alle miteinander zustimmen würden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine Sorge ist nur, dass Ihr Gedächtnis dann doch nicht so weit reicht. Diese Sorge ist darin begründet, dass Sie im Bundestag, als das Thema diskutiert wurde, plötzlich doch alles vergessen und die Anträge der Grünen und der SPD einfach abgelehnt haben. Da hätten Sie auch schon einsteigen können, sodass wir bei dem Thema miteinander weitergekommen wären.

(Norbert Böhlke [CDU]: Wer sitzt denn von uns im Bundestag?)

- Ich nehme an, es wird parteiweit so gesehen und nicht nur von Ihnen hier. Zumindest habe ich das unterstellt.

Aber, meine Damen und Herren von der CDU, Sie können ja nun hier Farbe bekennen. Sie können hier darlegen, was Ihnen im Interesse der Menschen in Deutschland wirklich wichtig ist. Ich nehme einmal an, wenn man die Rettungsdienste und die Kreditbeschaffung aus der Richtlinie herausnimmt, dann müsste das bei der Wasserversorgung für uns alle möglich sein.

Vielleicht gelingt uns ja das, was in Nordrhein-Westfalen auch schon der Fall war, nämlich ein gemeinsamer Antrag von CDU, von den Grünen, von SPD, und wir nehmen auch die FDP gerne mit, wenn sie sich dazu aufraffen kann.

Ich danke Ihnen und freue mich auf die Zusammenarbeit im Ausschuss und auf den ganz großen gemeinsamen Antrag, von allen getragen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Rakow. - Bisher haben alle Rednerinnen und Redner in dieser Debatte, was die Zeit angeht, eine Punktlandung hingelegt. Diese Chance hat jetzt auch Herr Dr. Hocker für die FDP-Fraktion.

Dr. Gero Hocker (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Rakow, zunächst danke ich Ihnen ganz herzlich, dass Sie objektive Ar-

gumente in diese Diskussion eingebracht haben. Es geht mitnichten darum, dass hier eine Privatisierung auf den Weg gebracht werden soll, sondern es geht darum, dass bestimmte Standards festgeschrieben werden sollen, nach denen die Kommunen Konzessionen vergeben können. Das ist etwas grundsätzlich anderes.

Ich warne davor, hier mit der Moralkeule der Privatisierung zu kommen. Hier geht es nicht um die Privatisierung, sondern um das Festlegen von Standards.

(Christian Dürr [FDP]: So ist es!)

Auch in Zukunft soll jede Kommune selbst entscheiden können, ob sie die Trinkwasserversorgung selbst sicherstellt oder ob sie dazu ein Unternehmen mit ins Boot nimmt. Das ist richtig so, und so soll es auch in Zukunft bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Aber ich muss Ihnen sagen, dass ich die Angst vor dem Wettbewerb, die aus dem Antrag von SPD und Grünen spricht, auch ein Stück weit entlarvend finde. Wenn es tatsächlich so wäre, dass der Staat alleine besser in der Lage ist, die Grundbedürfnisse der Bürger zu erkennen und zu befriedigen, dann müssten Sie weite Teile unserer Gesellschaft verstaatlichen. Dann dürfte es z. B. keine private Landwirtschaft mehr geben; denn Sie werden mir zustimmen, dass auch Mehl, Getreide und Brot Grundbedürfnisse befriedigen und von existenzieller Bedeutung sind. Milch, Butter und auch die Mobilität sind Grundbedürfnisse, genau so wie der Hausbau. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich halte dieses Haus für nicht einig damit, dass man die Befriedigung all dieser Grundbedürfnisse verstaatlichen müsste.

(Beifall bei der FDP)

Ich glaube nicht, dass Wettbewerb ein Prinzip ist, das man nur da anwenden kann, wo es nicht so richtig drauf ankommt, während bei den existenziellen Gütern dann der Staat ran muss. Nein, ich glaube, dass das Gegenteil der Fall ist. Wettbewerb ist das Grundprinzip der sozialen Marktwirtschaft, das für eine hohe Qualität unserer Produkte und für niedrige Preise sorgt. Das gilt für alle Güter, bei denen es verschiedene potenzielle Anbieter und Nachfrager gibt, und übrigens auch für die Trinkwasserversorgung. Seit mehr als 20 Jahren arbeiten Kommunen und private Dienstleister hier Hand in Hand zusammen. Das ist ein Grund dafür, dass das Trinkwasser in Niedersachsen und in

Deutschland von so einmaliger Qualität ist, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Deswegen ist es richtig, dass die Kommunen auch in Zukunft selbst entscheiden können sollen, ob sie die Trinkwasserversorgung selbst übernehmen oder ob sie private Anbieter mit ins Boot nehmen. Ich kann Sie nur ermutigen: Trauen Sie es Ihren Kommunen doch auch zu, diese Entscheidung weise und richtig zu treffen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Hocker. - Für die Landesregierung hat Herr Umweltminister Wenzel das Wort. Bitte schön!

Stefan Wenzel, Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Winkelmann, am 24. Januar 2013 hat der Binnenmarktausschuss des Europäischen Parlaments einem Kompromissvorschlag für eine Richtlinie zur Vergabe von Dienstleistungskonzessionen zugestimmt. Sollte es bei diesem Beschluss nach den Verhandlungen zwischen Rat, Kommission und Parlament bleiben, dann müssten die Konzessionsvergaben zukünftig grundsätzlich europaweit ausgeschrieben werden.

Der Wassersektor ist trotz vielfacher Bemühungen ausdrücklich nicht vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Der Beschluss sieht zwar vor, dass öffentlich-rechtlich organisierte Betriebe, auch kommunale Eigenbetriebe und Zweckverbände, vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen sind, Betriebe in privater Rechtsform und Kommunalunternehmen jedoch nur, sofern 80 % des Unternehmensumsatzes der vergangenen drei Jahren für den kommunalen Auftraggeber erbracht werden. Das ist bei Verbundunternehmen, die außer mit Wasser auch mit Strom und Gas versorgen, und somit bei typisch organisierten Stadtwerken gerade nicht der Fall. Dies wäre entgegen den Beteuerungen der EU-Kommission, eine nicht hinnehmbare Beschneidung der kommunalen Entscheidungshoheit bei der Wasserversorgung.

Meine Damen und Herren, wir gehen mit dem Verband kommunaler Unternehmen davon aus, dass mit dem Kompromissvorschlag bundesweit rund 400 von 900 und in Niedersachsen allein etwa 100 Stadtwerke nicht den neuen Ausnahmekriterien

dieser Richtlinie entsprechen könnten. Gleichwohl sehen Europaabgeordnete der FDP und der CDU in dem Vorschlag jetzt keine Bedrohung mehr. Die Bundesregierung verfolgt hier offenbar eine Doppelstrategie: Einerseits kritisiert sie den Privatisierungsdruck auf die Wasserversorgung, andererseits hat sie jedoch grundsätzlich Unterstützung für diese Richtlinie signalisiert. Das ist ein Problem. Das muss korrigiert werden.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, ein Grund dafür, dass viele Stadtwerke in Deutschland die 80-%-Regel nicht erfüllen werden, liegt darin, dass es sich um Mehrspartenunternehmen handelt, die neben Wasser auch Gas oder Strom anbieten. Die Strom- und Gasmärkte sind bereits liberalisiert. Eine europaweite Ausschreibung wird unvermeidlich werden. Stadtwerke werden hiermit womöglich sogar schlechter gestellt als private Großkonzerne. Auch Kommunen, deren Stadtwerke bereits private Anteilseigner haben, müssten die Vergabe neu ausschreiben.

Nur wenige Kommunen werden derzeit finanziell in der Lage sein, diese Teilprivatisierungen rückgängig zu machen. Mittlerweile kennen wir in Deutschland schon das langjährige Bemühen der Kommunen um den Rückkauf privatisierter Wasserversorgungsunternehmen, der zudem kaum finanzierbar ist. Die Berliner Wasserversorgung ist hier das prominenteste Beispiel.

Es ist daher eine klare Positionierung der deutschen Bundesregierung gegen die Einbeziehung des Wassersektors in die Richtlinie vonnöten. Nur so können die Verhandlungen am Ende in die richtige Richtung gehen.

Dies, meine Damen und Herren, sehen mittlerweile auch 1,2 Millionen Menschen so und haben mit ihrer Unterschrift unter einer der ersten europäischen Bürgerinitiativen, „right2water“, die bisherigen Erfolge und diese Diskussion ermöglicht.

Meine Damen und Herren, ganz aktuell liegt der Landesregierung eine Entschließung des Kreistages des Landkreises Lüchow-Dannenberg vor. Der Tenor heißt: Wasserversorgung und auch Abwasserreinigung gehören in die öffentliche Hand.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Meine Damen und Herren, im Bundestag sowie im Niedersächsischen Landtag, bei den kommunalen

Gremien und im Bundesrat, überall gab und gibt es weiter eine breite Mehrheit für den Erhalt einer kommunalen Entscheidungshoheit über die Wasserversorgung. Die EU-Kommission vermittelt hingegen immer wieder den Eindruck, die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen wäre förderlich für die Gesellschaft. Das Gegenteil ist der Fall. Beispiele erfolgter Privatisierungen zeigen teilweise enorme Preissteigerungen. Die unterlassenen Unterhaltungsmaßnahmen führen zu langfristig hohen Folgekosten für die öffentliche Hand.

Meine Damen und Herren, ich kann die Initiativen auf kommunaler Basis wie hier im Landtag nur unterstützen. Die Wasserversorgung muss Teil der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben und darf nicht auf rein ökonomische und wirtschaftsliberale Sichtweisen reduziert werden.

Der Zugang zu kostengünstigem und gesundheitlich hochqualitativem Wasser ist nach Auffassung der Landesregierung ein Menschenrecht. Von daher würden wir uns freuen, wenn das Parlament entsprechend entscheidet.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe daher die Beratung zu diesem Antrag.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat hat empfohlen, diesen Antrag dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz zu überweisen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Der Überweisungsbeschluss ist ausreichend unterstützt. Damit ist es so beschlossen.

Wir kommen zum

Tagesordnungspunkt 9:

Erste Beratung:

DVB-T als Verbreitungsweg für Fernsehprogramme erhalten - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/20

Zur Einbringung des Antrages hat sich der Kollege Jens Nacke für die CDU-Fraktion zu Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die niedersächsische Medienlandschaft ist vielfältig und bunt. Darauf können wir alle in diesem Haus sehr stolz sein. 58 Zeitungen liefern eine Gesamtauflage von 1,5 Millionen. Das ist eine journalistische Arbeit im gesunden Wettbewerb. Wir haben den NDR als großen öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Radiosender, aber auch 1 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei privaten Radio- und TV-Veranstaltern. Sie schaffen es, nur durch Werbung finanziert, ihre Zuschauerinnen und Zuschauer, ihre Hörerinnen und Hörer 24 Stunden am Tag zu informieren und zu unterhalten.

Aber die elektronischen Medien haben gemeinsam eine Hürde zu überwinden: Ihr Programm muss den Zuschauer erreichen. Da gibt es drei unterschiedliche Übertragungswege:

Da ist zum einen die Versorgung durch Kabelfernsehen. Dafür gibt es in Niedersachsen die Anbieter Kabel Deutschland, EWE TEL und Tele Columbus. Diese Variante kostet monatlich 18 Euro.

Der zweite Weg ist die Übertragung per Satellit. Er ist mit einmaligen Installationskosten von immerhin 500 bis 1 000 Euro verbunden.

Der dritte Weg ist das Digital Video Broadcasting - Terrestrial, also das digitale Überallfernsehen. Der Anschaffungspreis beträgt 10 bis 60 Euro, laufende Kosten gibt es keine.

Von dieser Variante der Übertragung machen in Niedersachsen rund 500 000 Haushalte, also jeder achte Haushalt, Gebrauch. Dazu kommen eine Menge an Zweit- und Drittgeräten und viele Kleingeräte, die DVB-T über einen USB-Stick erreichen.

DVB-T ist aufgrund seiner geringen Kosten ein Musterbeispiel für unverschlüsselten, preisgünstigen und damit diskriminierungsfreien Empfang.

(Björn Thümler [CDU]: Sehr gut!)

Schon aus diesem Grund gilt es, diesen Verbreitungsweg aufrechtzuerhalten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Nach der Ankündigung der Mediengruppe RTL, Ende 2014 aus diesem sogenannten Überallfernsehen auszusteigen, ist jedoch nicht auszuschließen, dass auch die Sendergruppe ProSiebenSat.1 dem Konkurrenten folgt.

Der Direktor der Niedersächsischen Landesmedienanstalt, Andreas Fischer, hat diesen Ausstieg

jüngst kommentiert. Am 12. März 2013 sagte er u. a. zu *dpa*: „RTL steigt zur Unzeit und unabgestimmt aus.“ Weiter sagte er: „Es gäbe auch gute Gründe, weiterzumachen.“

(Björn Thümler [CDU]: So ist das!)

Es ist nämlich zu befürchten, dass es einen Dominoeffekt gibt, dass nach und nach Sender oder Sendergruppen aus diesem Verbreitungsweg aussteigen und ihm den Rücken kehren.

(Björn Thümler [CDU]: Eben!)

Die öffentlich-rechtlichen Sender ARD und ZDF haben sich bereits grundsätzlich dafür ausgesprochen, DVB-T als Verbreitungsweg zu erhalten und auch weiterzuentwickeln. Sie haben aber auch betont, dass ein Miteinander der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, der privaten Anbieter und der Medienpolitik vonnöten ist.

Zu befürchten ist folgendes Szenario: Durch den Ausstieg weiterer Sender sinkt die Attraktivität von DVB-T weiter. Der Marktanteil von DVB-T könnte in den einstelligen Prozentbereich rutschen, und die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssten am Ende die Kosten für DVB-T alleine tragen. Das würde bedeuten, dass die Haushaltsabgabe für jeden Einzelnen steigt, und das kann hier keiner wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Aber auch der Blick nach vorne lohnt sich. Über den zukünftigen Standard DVB-T2 können noch mehr Programme und eine bessere Bildqualität gesendet werden. Möglicherweise kann dann auch HDTV über DVB-T übertragen werden. Niedersachsen hat als erstes Bundesland bereits die Nachfolgetechnik erprobt.

Die erfolgreiche Einführung von DVB-T2 ist nur mit erheblichen Anstrengungen und in Zusammenarbeit aller Marktteilnehmer, von der Industrie über die Programmveranstalter bis hin zur Politik, möglich. Deswegen ist die Mithilfe der Politik notwendig, und deswegen ist der Antrag hier angemessen und angebracht.

(Zustimmung bei der CDU)

Herr Ministerpräsident, den Dominoeffekt, der zu befürchten ist, gilt es zu verhindern. Zur Grundversorgung gehört frei empfangbares Fernsehen, auch mit Privatsendern. Das muss ohne Zusatzkosten und ohne technische Ausstattung und Anmeldung möglich sein.

Wir haben in diesem Haus, Herr Ministerpräsident, einige Politikbereiche strittig - sehr strittig - diskutiert. Die Medienpolitik - das möchte ich an dieser Stelle anmerken - gehört ausdrücklich nicht dazu. In der Medienpolitik waren wir in diesem Haus immer um einen breiten Konsens und um ein breites Miteinander zum Wohle des Landes Niedersachsen bestrebt. Da mir die Polemik ohnehin nicht so liegt, biete ich hier ausdrücklich meine Mithilfe und meine Zusammenarbeit an. Ich würde mich freuen, wenn wir über diesen Antrag entsprechend diskutieren könnten.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und Zustimmung bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Nacke. - Im Rahmen der Aussprache hat für die SPD-Fraktion der Kollege Hans-Dieter Haase das Wort. Bitte schön, Herr Haase!

Hans-Dieter Haase (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nacke, ich würde es ausdrücklich begrüßen, wenn wir hier eine konsensuale Lösung fänden. Ich glaube auch nicht, dass dieses Thema wirklich streitig ist.

Gleichwohl war ich überrascht, als ich den Antrag gelesen habe, war er doch relativ knapp und substanzlos, auch in der Begründung. Sie haben das jetzt ein bisschen angefettet, wie ich umgangssprachlich einmal sagen will, sodass etwas klarer geworden ist - so auch durch die Pressekampagne der letzten Tage -, worum es geht.

Am Anfang dachte ich, das ist schon wieder eine einfach und schnell formulierte Resolution, wie wir sie auch aus anderen Zusammenhängen kennen. Auf den zweiten Blick wird aber klar, dass es um ein für die Menschen in unserem Land sehr wichtiges Thema geht. Es geht nämlich um den freien Antennenempfang von Fernsehprogrammen, um das sogenannte Jedermannfernsehen oder Überallfernsehen, wie es manchmal auch genannt wird.

Ausgelöst wurde die Diskussion - Herr Nacke hat es geschildert - durch die Ankündigung der RTL-Gruppe, ab dem 1. Januar 2015 aus dem System DVB-T auszusteigen. Diese Ankündigung war auch Grund dafür, dass schon vielfach politisch Stellung genommen worden ist. Von der damaligen Landesregierung - das ist im Januar passiert, Herr Nacke; Sie waren noch im Amt, wenn ich

mich recht entsinne - kam allerdings kein Wort, keine Stellungnahme. Aber sei's drum! Wir wollen hier nicht unbedingt Streit erzeugen. Aber es ist schon verwunderlich, dass Sie sich zwei Monate lang Zeit gelassen haben, um dieses Thema hier vorzubringen.

Aber keine Angst, wir werden zu einer vernünftigen Lösung kommen. Rheinland-Pfalz, Bremen und Hessen haben schon Stellung bezogen, zum Teil auch im Landtag. Insoweit bin ich auch bei uns guter Hoffnung.

Meine Damen und Herren, die DVB-T-Technik ist vor ungefähr zehn Jahren eingeführt worden, 2007 endgültig hier in Niedersachsen, gerade auch um eine kostengünstige und verbraucherfreundliche Übertragungstechnik vorzuhalten. Weite Teile in unserem Land haben die Möglichkeit dazu. Insbesondere in den Ballungsräumen wird diese Technik vielfach genutzt, ohne dass für den Verbraucher besondere Gebühren entstehen. Wichtig ist hier vor allen Dingen, dass der Zugang über DVB-T kostenfrei und unverschlüsselt ist.

Die Nutzerzahlen schwanken. Da gibt es die unterschiedlichsten Zahlen. RTL spricht von nur 4,2 %, aber RTL verfolgt natürlich bestimmte Interessen und hat auch nur sein Marktsegment betrachtet. Wir wissen aus verschiedenen Bundesländern, dass die Nutzerzahlen zwischen 12,5 % und 30 % in den Ballungsräumen liegen. In Niedersachsen schwanken sie zwischen 10 % und 12,5 %. Das sind jeweils die Zahlen der Landesmedienanstalten. Diese Nutzerzahlen sind schon Grund genug, dass wir uns hier mit diesem Thema befassen.

Die große Gefahr besteht in der Tat darin - auch dies wurde schon geschildert -, dass nach dem Rückzug der RTL-Gruppe die ProSiebenSat.1-Gruppe die Prüfung ihres Engagements angekündigt hat. Es wäre fatal, wenn die Attraktivität von DVB-T durch den Rückzug weiterer Sender aus diesem System leiden würde.

Die Folge wäre, dass die Nutzungskosten für die verbleibenden Sender, insbesondere für die öffentlich-rechtlichen, steigen. Viele Teile der Fernsehnutzer, insbesondere auch viele ältere, die eben nicht per Internet fernsehen, hätten ein immer beschränkteres Angebot oder wären gezwungen, teure Anschlüsse für Kabelfernsehen oder eine eigene Satellitenschüssel anzuschaffen, wobei selbst das nicht jedermann möglich wäre, weil es im Mietwohnungsbau durchaus Beschränkungen gibt, was man überhaupt nutzen darf und nutzen kann.

Also: Es gibt viele Gründe für uns, ernsthaft über dieses Thema zu diskutieren. Wir sollten es vielleicht auch in die Rundfunkkommissionen der Länder bringen, mit dem Ziel, die Weiterentwicklung zu DVB-T2 zu ermöglichen, wie es ja auch Absicht der Länder war, und gleichzeitig an die RTL-Gruppe appellieren, ihre Entscheidung noch einmal zu überdenken.

Meine Damen und Herren, meines Erachtens ist diese unternehmerische Entscheidung - auf die die Politik aber leider nicht sehr viel Einfluss nehmen kann - stark zu kritisieren. Sie wendet sich gegen eine Zukunft für die gebührenfreie terrestrische Ausstrahlung, indem sie die Fortentwicklung hin zu DVB-T2 verhindert. Sie richtet sich gegen die von allen gewollte Meinungsvielfalt im frei verfügbaren Fernsehen. Sie richtet sich gegen die Verbraucher, die seinerzeit entsprechende Geräte angeschafft haben, die 10 bis 50 Euro gekostet haben. Wenn diese weiterhin die Sendervielfalt haben wollen, dann müssen sie auf Satellit oder Kabel umsteigen.

Diese Entscheidung entwertet weiterhin den einzigen Verbreitungsweg, der sich bezüglich der Frequenzen vollständig in der deutschen Regulierung befindet. Alles andere ist europäisch geregelt.

Die Entscheidung hätte - auch darauf will ich ganz vorsichtig hinweisen - möglicherweise selbst für die Kommunen finanzielle Folgen - jedenfalls gibt es kritische Stimmen, die das anmerken -, nämlich dann, wenn bei der Grundversorgung die KdU-Kosten unter Umständen Folgewirkungen erzeugen.

All das sollten wir gemeinschaftlich im Ausschuss diskutieren. Ich kann mir gut vorstellen - das ist heute ja fast ein Softie-Nachmittag -, dass wir im Interesse der Verbraucher in Niedersachsen zu gemeinsamen Beschlüssen kommen, um das befürchtete Aus für DVB-T zu verhindern und den Weg zu DVB-T2 zu ermöglichen.

Ein deutlicher gemeinsamer Appell, eine deutliche vom ganzen Haus getragene Entschließung am Ende der Beratung im Ausschuss wäre ein gutes Signal und würde in der Medienpolitik erneut ein gutes Zeichen setzen.

Danke.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Haase. - Für die FDP-Fraktion erteile ich ihrem Vorsitzenden, dem Kollegen Dürr, das Wort. Bitte schön!

Christian Dürr (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Dann versuche auch ich einmal die Softie-Variante.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das fällt Ihnen aber schwer! - Grant Hendrik Tonne [SPD]: Wir sind wirklich gespannt!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich will, weil zu Recht gesagt wurde, dass es um das Überallfernsehen und um eine möglichst breite Versorgung geht, zumindest ganz kurz von zu Hause berichten. Ich erinnere mich an heitere Gymnastikabende mit meiner Ehefrau,

(Heiterkeit)

als wir versucht haben, die Zimmerantenne so auszurichten, dass wir am Sonntagabend auch den „Tatort“ gucken konnten. Das war nicht zu jedem Zeitpunkt einfach, das will ich deutlich sagen.

(Björn Thümler [CDU]: Das kommt auf die Stellung an!)

Von daher hat es, zumindest was die Verbreitung des Signals betrifft, in unserem Hause schon die eine oder andere Schwierigkeit gegeben.

Der Kollege Nacke hat zu Recht gesagt, dass DVB-T für die Verbraucherinnen und Verbraucher ein kostengünstiges Medium ist. Gleichwohl ist auch richtig, dass DVB-T nicht unbedingt ein kostengünstiger Übertragungsweg ist. Die ARD gibt im Jahr allein für sich, für ihre Anstalt 60 Millionen Euro aus, um über DVB-T senden zu können. Die Privaten zahlen dies bekanntermaßen nicht aus den Gebühren, sondern aus ihren eigenen Einnahmen. Die Kosten liegen, wenn man DVB-T mit anderen Übertragungsmöglichkeiten vergleicht, pro Kunde und Jahr bei etwa 37 Euro, während es im Kabelnetz nur 3 Euro sind. Das darf man bei der Debatte nicht ganz vergessen.

Wichtig ist auch die Frage, wie sicher die Frequenzen in Zukunft sind und wie sie sicher genutzt werden können. Zurzeit sind die Frequenzen für DVB-T - das ist das 700-MHz-Band - zwar vorläufig gesichert, aber nicht langfristig. Dies scheint mir ein Grund dafür zu sein, warum u. a. ProSieben-

Sat.1 schon frühzeitig gesagt hat und die RTL-Gruppe jetzt sagt: Wir halten uns da ein wenig zurück; denn wir wollen eben nicht in eine Technik investieren, von der wir nicht genau wissen, ob sie morgen noch auf dieser Frequenz senden kann. - Das ist ein Punkt, auf den man vielleicht auch bundespolitisch einmal ganz genau gucken muss.

Bisher nutzen durchschnittlich 12,5 % DVB-T, interessanterweise vor allen Dingen in den Ballungsräumen. Da ist die Gemeinde Ganderkesee - ich habe ja gerade von der Gymnastikstunde berichtet - schon ein bisschen schwieriger dran. In Ballungsräumen liegt der Anteil insgesamt sogar bei 26 %, wobei hinzuzufügen ist, dass viele das Signal auch über ihre Laptops und privaten Computer nutzen.

Zum Teil ist die Programmvierfalt schon heute eingeschränkt. In Niedersachsen sind wir noch ganz gut dran, weil die beiden großen privaten Gruppen genauso wie die Öffentlich-Rechtlichen einspeisen. In Brandenburg beispielsweise haben private Sender noch nie in DVB-T eingespeist. Von daher hat es, jedenfalls bisher, an der Stelle schon einige Stolpersteine gegeben.

Weil der Kollege Nacke und der Kollege Haase das zu Recht angesprochen haben, will ich noch kurz auf die Frage eingehen, wie es dann weitergeht. HD-Fernsehen ist mittlerweile - ich will nicht sagen - Standard; aber zumindest haben die allermeisten Endkunden ein Gerät, das HD-fähig ist. Daher muss man sich Gedanken darüber machen, wie man dann mit DVB-T2 zurande kommt. Aber auch hier darf man nicht vergessen, dass alle Kunden ein neues Endgerät, eine neue Box bräuchten, um die Signale über DVB-T2 in HD-Qualität empfangen zu können.

Unter dem Strich bleibt: Wir müssen gucken, dass wir bei dem Thema Planungssicherheit hineinkriegen.

Wir müssen aber auch gucken - das Thema Wettbewerb hatten wir gerade schon bei dem Antrag zur Wasserversorgung -, dass bei den Sendernetzbetreibern - zurzeit gibt es das Telekom-Konsortium - mehr Wettbewerb hineinkommt.

Denn eine Gefahr - das will ich zum Schluss sagen, Herr Präsident - sehe ich gleichwohl: Es ist ein teurer Übertragungsweg für diejenigen, die einspeisen. Deswegen habe ich ein gewisses Verständnis für die Zurückhaltung der Privaten. Vielleicht sollten wir für mehr Wettbewerb bei den

Sendernetzbetreibern sorgen; dann könnten wir am Ende des Tages zusammenkommen.

Herzlichen Dank.

(Zustimmung bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Kollege Dürr. Sie haben sich ja ängstlich umgesehen, um zu sehen, ob ich wegen der überschrittenen Redezeit eingreife. Aber wir sind ja unendlich großzügig. Da Sie bei den vorherigen Punkten viel eingespart haben, wollte ich Sie nicht unterbrechen.

Es liegt eine weitere Wortmeldung vor, und zwar vom Kollegen Gerald Heere von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Gerald Heere (GRÜNE):

Sehr geehrtes Präsidium! Sehr geehrte Damen und Herren! Als Braunschweiger - das vorab freue ich mich besonders, hier heute über das digitale terrestrische Fernsehen DVB-T sprechen zu dürfen, das ja - wie Sie vielleicht alle wissen - ein niedersächsisches Produkt ist. Es wurde an der TU Braunschweig von Professor Reimers mit entwickelt und wird dort auch weiterentwickelt.

Das digitale Antennenfernsehen hat sich in ganz Deutschland verbreitet und sorgt auf günstigstem Wege für eine einfach zugängliche Medienvielfalt. In Ballungszentren - das wurde eben gesagt - schauen bis zu einem Viertel der Zuschauer über DVB-T fern. In Niedersachsen sind es laut Landesmedienanstalt 500 000 Menschen. DVB-T ist im Vergleich zu Alternativen wie Satellit, Kabel oder - das ist bislang immer vergessen worden - Internetfernsehen, IPTV, das durchaus in wachsendem Umfang genutzt wird, eine der preiswertesten und einfachsten Empfangsmöglichkeiten, über die wir so etwas wie eine mediale Daseinsvorsorge auch in Bezug auf das Fernsehen sicherstellen können.

Als Grüne sind wir für Medienvielfalt, für großflächige Verteilung und einen möglichst barrierearmen und einfachen Zugang. Mit DVB-T wird dies, bezogen auf das Fernsehen, weitgehend erreicht. Insofern ist dessen Erhalt für uns grundsätzlich wünschenswert.

Die Ankündigung der Mediengruppe RTL - die hier mehrfach zitiert wurde -, bis Ende 2014 aus der terrestrischen Verbreitung auszusteigen, ist daher

unter dem Gesichtspunkt der Vielfalt bedauerlich. Es bleibt zu hoffen, dass dem Beispiel nicht andere folgen - auch dazu wurde einiges gesagt -; denn weitere Austritte können diese Technik mittelfristig infrage stellen.

Die Möglichkeiten für die Politik, hier einzugreifen, sind allerdings beschränkt. Auf ein Privatunternehmen wie RTL und seine unternehmerischen Entscheidungen können und wollen wir keinen Einfluss nehmen. Wir können nur die Technik und die Beteiligung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks daran sichern. Ob aber DVB-T auch dann noch ausreichend in der Öffentlichkeit akzeptiert wird, wenn da neben den öffentlichen Sendern nur noch Shopping-Sender und Spartenkanäle zu finden sind, ist fraglich.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, zum Schluss: Für uns Grüne bleibt es das übergeordnete Ziel, dass Fernsehen auch in der Zukunft kostengünstig, einfach und mit flächendeckender Verbreitung in Niedersachsen empfangen werden kann. Ob dazu auf lange Sicht die Technik DVB-T zu erhalten ist oder im Zeitalter von flächendeckendem Internet nicht schon bald einfachere technische Möglichkeiten entstehen, kann man kaum prognostizieren.

Liebe CDU-Fraktion, wir halten Ihren resolutionsartigen Entschließungsantrag dennoch grundsätzlich für unschädlich. Ob man damit aber wirklich etwas Effektives für die Mediennutzer erreichen kann, bleibt fraglich.

Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Kollege Heere, und Anerkennung dafür, dass Sie am Tag Ihrer ersten Parlamentsrede heute gleich einen Doppelauftritt hingelegt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Deswegen darf ich die erste Beratung zu diesem Entschließungsantrag beenden.

Wir kommen zur Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, den Antrag zur Beratung in den Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung zu überweisen. Wer dem folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das wird von einer nach der Geschäftsordnung ausreichenden Anzahl von Abgeordneten unterstützt. Sie haben so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 10:

Erste Beratung:

„Ja“ zum Ausbau der niedersächsischen Verkehrsinfrastruktur - „Nein“ zur Verkehrspolitik von Rot-Grün in Niedersachsen! - Antrag der Fraktion der CDU - Drs. 17/21

Zur Einbringung hat sich der Kollege Karl-Heinz Bley gemeldet, dem ich das Wort erteile. Bitte schön, Herr Kollege!

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die neue Landesregierung ist erst wenige Tage im Amt - und schon geht die Angst im Lande um: Angst vor dem Spardiktat von Rot-Grün beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur, Angst vor der Streichung von Verkehrsvorhaben, Angst davor, dass ganze Regionen in ihrer verkehrlichen Entwicklung um Jahrzehnte zurückgeworfen werden.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Das macht uns Sorgen. Nicht nur wir von der CDU-Landtagsfraktion haben Sorgen. Auch Wirtschafts- und Verkehrsverbände sowie die kommunalen Spitzenverbände, vor allem aber die Bürgerinnen und Bürger, die Steuerzahler trauen dem Braten nicht.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Wahlprogramme von SPD und Grünen ließen vor der Wahl ohnehin nichts Gutes ahnen. Der Koalitionsvertrag und eine der ersten Pressemitteilungen der Grünen brachten zum Ausdruck, was uns erwartet:

(Zuruf von den GRÜNEN: Schrecklich!)

in den nächsten Jahren keine neuen Spatenstiche beim Straßenbau, die Anmelde-Liste für den Bundesverkehrswegeplan soll verkürzt werden, und Ausbauvorhaben an Bundesstraßen und Ortsum-

gehungen sind von der Streichung bedroht. Sie, Herr Minister Lies, bezeichnen die Anmelde-Liste Niedersachsens beim Bund in einer Pressemitteilung vom 11. März 2013 als Mogelpackung.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zu Recht!)

Die SPD-Landesregierung unter Sigmar Gabriel hat bei der Konzeption des aktuell gültigen Bundesverkehrswegeplanes im Jahre 2002 ebenso viele Projekte zur Berücksichtigung angemeldet, nämlich 240 Straßenbau-, 7 Eisenbahn- und 3 Wasserstraßenprojekte.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Es grenzt schon an Scheinheiligkeit, die Kritik von CDU und Wirtschaftsverbänden an Ihrer Verkehrspolitik als unverschämt zu geißeln, wenn die SPD seinerzeit für eine umfangreiche Projektliste eingetreten ist. Doch dies ist nur ein Beispiel für Ihren verkehrspolitischen Fehlstart, Herr Lies.

Eine große Sorge der Kommunen betrifft die schon schwierige Finanzlage. Was aber machen Sie? - Sie schränken die Mittel für kommunale Straßenbauvorhaben stark ein. Ein rot-grünes Spardiktat wie in NRW, wo 150 geplante Bundesstraßen-, Landesstraßen- und Autobahnprojekte gestrichen worden sind, oder wie in Baden-Württemberg, wo wichtige Ausbauvorhaben sogar bis 2015 auf Eis gelegt worden sind, haben wir jetzt auch in Niedersachsen zu befürchten. Rot-Grün ist schon ein Risiko für Niedersachsen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Hans-Dieter Haase [SPD]: Was?)

Eine schwere Hypothek für die Kommunen in Niedersachsen ist die im Koalitionsvertrag angekündigte Umverteilung der Mittel im kommunalen Straßenbau.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Dann bleiben sie doch da!)

- Herr Will, vielleicht brauchen Sie in Ihrem Bereich keine Straßen; das mag sein.

Bei der Finanzierung wichtiger Kreis- und Gemeindestraßen, Ortsdurchfahrten, Brücken, Eisenbahnkreuzungen sowie Geh- und Radwegen fehlen künftig rund 25 Millionen Euro Landesmittel pro Jahr.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit wenigen Sätzen einige Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen in Niedersachsen nennen, die zu Zeiten der Regierung von CDU und FDP ausgebaut worden sind. Dazu gehören beispielsweise der Aus-

bau der A 1, der A 2 und der A 7 sowie die neuen Fernstraßen A 26, A 31, A 33 und Teile der A 39.

(Grant Hendrik Tonne [SPD]: Und der Milchstraße!)

Gerade das Beispiel A 31 - das wurde gestern bei dem Parlamentarischen Abend der Ems-Achse noch einmal deutlich - zeigt doch, dass große Autobahnbauten Investitionen nach sich ziehen.

Im Rahmen des Verkehrsinfrastrukturbeschleunigungsgesetzes hatte der Bund im Februar 2012 zusätzliche Straßenbaumaßnahmen an der A 1, A 7, A 31, an sieben Ortsumgehungen sowie sechs weitere Maßnahmen zum Ausbau von Bundesstraßen in Niedersachsen finanziell abgesichert.

Im März 2012 hatte der Bund mit dem Investitionsmaßnahmenplan neue Projekte für den Bau bzw. Ausbau der A 7, der A 20, der A 26, der A 33, der A 39 sowie von 18 Abschnitten von Bundesstraßen aufgenommen.

Herr Minister Lies, wollen Sie das alles wegen Ihres grünen Bündnispartners infrage stellen? Herr Lies, ich kann Ihnen sagen, wie besorgt man in unserer Region - in den Landkreisen Cloppenburg und Emsland z. B. -

(Christian Dürr [FDP]: Auch im Landkreis Oldenburg!)

wegen der in Planung stehenden E 233 von der A 1 in Emstek über Cloppenburg durch den Landkreis Emsland bis hin zur niederländischen Grenze ist. Die E 233 sollte und muss weiter geplant werden, auch wegen des guten Nutzen-Kosten-Verhältnisses von 4,6. Eine 2-plus-1-Lösung würde hier nur ein Nutzen-Kosten-Verhältnis von 0,88 bringen. Hierzu haben Sie sich - das muss ich Ihnen zugute halten -, anders als man vermuten durfte, abweichend vom Koalitionsvertrag dahin gehend geäußert, dass der Bau der E 233 wichtig ist.

Auch die Planungen der A 20 und der A 39 dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Die 16 Millionen Euro zusätzliche Planungsmittel dürfen nicht abgezogen werden.

Wir fordern die Landesregierung mit unserem Antrag auf, alle Landesstraßen - in dieser Pflicht stehen Sie - instand zu halten und Löcher zu beseitigen.

(Lachen bei der SPD - Johanne Modder [SPD]: Ihre Löcher!)

Des Weiteren fordern wir Sie im Antrag erstens auf, auf einen Abzug von Planungsmitteln bei den unverzichtbaren Neubauvorhaben A 20 und A 39 zu verzichten.

Zweitens sollen Sie die Anmeldeleiste Niedersachsens für den künftigen Bundesverkehrswegeplan 2015 bis 2030 nicht mehr aufschnüren.

Drittens sollen Sie auf eine Kürzung der Mittel für den kommunalen Straßenbau aus dem Entflechtungsgesetz, wie im Koalitionsvertrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angekündigt, verzichten.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Die Bürgerinnen und Bürger sowie die gesamte Wirtschaft brauchen diese Infrastrukturen. Wir lassen uns durch Rot-Grün in Niedersachsen nicht aufs Abstellgleis schieben.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Herr Minister Lies, knicken Sie beim Thema Infrastrukturausbau nicht vor den Grünen ein! Schieben Sie nicht immer dem Bund den Schwarzen Peter zu, wenn es in den Reihen Ihrer Koalition kratzt und knackt! Meine Damen und Herren, mein Tipp: Lassen Sie den Ministerpräsidenten von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen, um die Grünen zur Raison zu bringen!

(Lachen bei der SPD)

Wir jedenfalls werden Ihre Ausflüchte und Schutzbehauptungen nicht länger hinnehmen.

Abschließend kann ich sagen: Niedersachsen kann, weil wir gut aufgestellt sind, ein paar Jahre Rot-Grün verkraften, aber nicht lange.

Ich danke fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Lachen bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Wir danken auch Ihnen, Herr Kollege Bley, für diesen Beitrag. - Ich darf jetzt für die SPD-Fraktion den Kollegen Gerd Will bitten, das Wort zu ergreifen. Ich erteile es ihm.

Gerd Ludwig Will (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Bley, in Niedersachsen geht nicht die Angst, sondern bei einer solchen Rede das Grauen um.

(Zustimmung bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer gestern am Parlamentarischen Abend der Ems-Achse teilgenommen hat, hat mitbekommen, wie sich der Ministerpräsident zur E 233 geäußert hat. Vielleicht ist Ihnen das entgangen, Herr Bley.

(Heiner Schönecke [CDU]: Was hat er denn gesagt? Hat er gesagt, dass gebaut wird?)

Bevor wir zu Ihrem schmalbrüstigen Antrag kommen, will ich es Ihnen nicht ersparen, die Abschlussbilanz Ihrer Verkehrspolitik hier vorzutragen.

Erstens. Originäre Aufgabe des Landes - Sie haben es gerade selbst angesprochen - ist der Erhalt der Landesstraßen. Inzwischen sind 50 % geschädigt bzw. in einem sehr schlechten Zustand. Sie haben die Mittel über Jahre hinweg gekürzt, Landesvermögen verkommen lassen und hinterlassen uns Landesstraßen in weiten Bereichen in Bau- schuttqualität. Das ist die Wahrheit!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Will, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Bode?

Gerd Ludwig Will (SPD):

Nein, ich möchte Herrn Bode jetzt mal die Chance geben zuzuhören.

Zweitens. Für die nächsten Ausbauabschnitte der A 7 im südlichen Niedersachsen wollten Sie, ideologisch bedingt, ein PPP-Modell durchdrücken, ohne auf Bauzeit und Kosten zu achten. Der Bundesrechnungshof hat Ihnen dazu etwas ins Stammbuch geschrieben; denn PPP eignet sich nur dann, wenn es damit nachweisbar wirtschaftlicher und schneller geht. Beides haben Sie missachtet, weil Private auf Biegen und Brechen mit öffentlichen Mitteln begünstigt werden sollten. Gott sei Dank hat der neue Verkehrsminister dieses unsinnige Projekt mit gestoppt.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ronald Schminke [SPD]: Bravo!)

Drittens. Anstatt das Geld an der richtigen Stelle für Verkehrspolitik zu investieren - Herr Bley hat ja entlarvend darüber gesprochen; er wollte, dass die

Planungsmittel unbedingt weiter so verwendet werden -, haben Sie jährlich zugegebenermaßen bis zu 70 Millionen Euro Landesmittel ohne Rechtsverpflichtung mit dem Bund für originäre Bundesaufgaben ausgegeben. Dieses Geld fehlte uns stets für vernünftige Verkehrspolitik in Niedersachsen, meine Damen und Herren. Mit dieser Finanzierung auf Pump machen wir Schluss.

(Beifall bei der SPD und Zustimmung bei den GRÜNEN)

Viertens. Was haben Herr Bode und Herr McAllister im Dezember 2012 groß getönt? - Im Bereich Straßen seien - so Bode - insgesamt 241 Projekte gemeldet worden, im Bereich der Schiene waren es 18 und im Bereich der Wasserstraßen 7 Projekte zur Neuaufstellung des Bundesverkehrswegebplans.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

In Ihren sogenannten Regionalkonferenzen haben Sie jedem alles sofort versprochen - auch das ist die Wahrheit.

(Zustimmung bei der SPD - Zuruf von David McAllister [CDU])

- Herr McAllister, nach heutigen Baukosten würden die 241 Projekte im Straßenbau die derzeitigen Mittel für ca. 50 Jahre binden, also über zehn Legislaturperioden. So viel zu Ihrer Realität!

(Zustimmung bei der SPD)

Diejenigen, die sich in Ihrer Regierungszeit immer auf die Fahnen geschrieben haben, permanent auf Sicht zu fahren, wollten ganze Generationen verkehrspolitisch binden. Das hat nicht einmal den Anschein von Seriosität, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus dieser ersten Anmeldung wird jedoch auch deutlich, dass Sie Schiene und Wasserstraßen sträflich vernachlässigen - nach wie vor. Im Übrigen beschäftigt sich Ihr Antrag wieder nur mit Straßen. Sie können eben nur Straße. Das ist Ihr Problem.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Nehmen wir z. B. das notwendige Schiffshebewerk Scharnebeck. Die niedersächsische Wirtschaft, Logistiker, Hafenbetreiber und auch Teile der Politik sind sich einig, dass es dringend gebaut werden muss. Was haben Sie eigentlich in den letzten

zehn Jahren zur Finanzierung und zur Planung dieses Hebewerks beigetragen? - Ich sage: Fehl-anzeige!

(Björn Thümler [CDU]: Dafür ist der Bund zuständig!)

- „Dafür ist der Bund zuständig“ - so bequem machen Sie es sich, Herr Thümler!

(Ulf Thiele [CDU]: Das ist doch ein Witz!)

Sie rühmen sich, dass z. B. der erste Bauabschnitt der A 39 bei Lüneburg durch den Bund genehmigt wurde. Nur, was wurde genehmigt? - Der Vorentwurf für den ersten Planungsabschnitt der A 39 bei Lüneburg mit dem „Gesehen“-Vermerk. Auch hier ist also noch längst keine Baureife vorhanden; denn jetzt läuft erst einmal das Planfeststellungsverfahren. Sie haben immer viel gefordert und viel geplant, aber wenig realisiert.

(Björn Thümler [CDU]: Die Planung kommt zuerst!)

- Sie haben zehn Jahre Zeit gehabt. Was haben Sie in den zehn Jahren eigentlich gemacht?

(Björn Thümler [CDU]: Wir haben das nachgeholt, was Sie verschlurt haben!)

Ein weiteres Beispiel ist die A 20: Von den über 100 km der A 20 in den sieben niedersächsischen Bauabschnitten haben wir nur unterschiedliche Planungsstände übernommen, aber an keiner Stelle Baureife.

(Jens Nacke [CDU]: Herr Will!)

Zehn Jahre hatten Sie Zeit. Auch in Schleswig-Holstein hat der frühere Ministerpräsident Peter Harry Carstensen in sieben Jahren nicht einen Meter der A 20 bauen können. Das muss jetzt Rot-Grün für Herrn Carstensen erledigen. In der neuen Legislaturperiode werden von Rot-Grün immerhin 30 km A 20 bis zur A 7 gebaut. Verteilen Sie also keine Zensuren für Rot-Grün! Fassen Sie sich an die eigene Nase!

(Ulf Thiele [CDU]: Wer hat die Planungskosten für die A 20 in Schleswig-Holstein finanziert? Wer war das?)

Sie haben bei diesen beiden wichtigen Infrastrukturprojekten so gut wie nichts zu Ende gebracht, Herr Thiele.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, die rot-grüne Koalition wird - Herr Bley, Sie haben das richtig erkannt - die Mittelanteile aus dem Entflechtungsgesetz zugunsten des ÖPNV hin zu einem Verhältnis von 60 : 40 verschieben, so wie es zur Zeit von Rot-Grün zwischen 1990 und 1994 bereits sinnvollerweise bestand. Wir enthalten das Geld nicht vor, wir nehmen es auch nicht weg, wir leiten es nur um. Wir geben es aber den Gleichen vor Ort für eine vernünftige Verkehrspolitik.

Meine Damen und Herren, gleichzeitig drängen wir darauf, dass auch der Bund seinen Anteil zur Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur deutlich zugunsten von Schiene und Wasserstraße erhöht. Denn auch Hessen, Bayern und Baden-Württemberg profitieren von gut ausgebauten Häfen und Hafenhinterlandanbindungen in Niedersachsen. Niedersachsens Verkehrswege haben eine nationale, ja eine transnationale Aufgabe, aus der sich der Bund nicht zurückziehen darf.

Meine Damen und Herren, die niedersächsische SPD setzt sich in der Verkehrspolitik grundsätzlich für einen vernünftigen Modal Split zwischen Straße, Schiene und Wasserstraße ein.

Wir alle wissen, dass der Bund im Jahr 2011 bei den investiven Mitteln bundesweit bei 8,6 Milliarden Euro lag; tatsächlich wurden jedoch nur 5,11 Milliarden Euro bereitgestellt. Das ist weit unter Bedarf. Bodes alte Wunschlisten reißen zusätzliche Löcher im Bundesverkehrswegeplan. Sie setzen leider einseitig auf Investitionen in den Straßenbau.

Wir wollen mehr. Wir streben eine stärkere und bessere Vernetzung der Verkehrsträger an. Wir werden die NE-Bahnen fördern. Wir erwarten vom Regionalbusverkehr eine deutliche Belebung des ÖPNV, und wir wollen eine bessere und umfassendere Kunden- und Fahrgastinformation.

Wir brauchen eine neue Mobilität für Niedersachsen. Wir müssen weg von den ausschließlichen Investitionen in Beton hin zu intelligenten vernetzten Systemen der verschiedenen Verkehrsträger kommen. Das gilt im Übrigen auch für den nicht motorisierten Verkehr.

Meine Damen und Herren, das wollen wir in Niedersachsen leisten. Da Ihr Antrag leider sehr flach ausgefallen ist und sich zudem wieder einmal nur mit einigen Bundesfernstraßen beschäftigt, werden die Regierungsfractionen einen eigenen Antrag zur zukünftigen Verkehrspolitik in Niedersachsen vorlegen. Ihr Antrag ist so nicht zustimmungsfähig.

(Beifall bei der SPD - Reinhold Hilbers [CDU]: Wir sind gespannt, was da kommt!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Kollege Will. - Für die FDP-Fraktion erteile ich der Kollegin Gabriela König das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin!

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Bislang waren wir in Niedersachsen immer der Meinung, die Infrastruktur sei eines der wichtigsten Themenfelder, um ein gesundes Wirtschaftswachstum zu gewährleisten. Gerade der Norden der Republik ist ganz besonders stark von den Transitverkehren betroffen. Noch dringlicher ist der Hafenhinterlandverkehr, auf den Sie, Herr Lies, in der Vergangenheit doch auch so viel Wert legten.

Herr Lies hat Schwarz-Gelb beim weiteren Ausbau des JadeWeserPorts Halbherzigkeit vorgeworfen.

(Ina Korter [GRÜNE]: Stimmt!)

Das, was Sie hier und jetzt verkehrspolitisch an den Tag legen, ist noch nicht einmal halbherzig; es ist verantwortungslos und sorgt im ganzen Land für Unruhe und Unverständnis.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Die Wirtschaft benötigt Planungssicherheit für Investitionen und Expansion. Gekoppelt ist diese an die Anpassung der notwendigen Infrastruktur. Das ist die Verantwortung des Verkehrs- und Wirtschaftsministers.

Die dazu geforderten weiten Zeiträume - wir sprechen hier zum Teil von über 30 Jahren von der Planung bis hin zur Umsetzung, Herr Will; das sollten Sie eigentlich wissen -

(Björn Thümler [CDU]: Nein, das weiß er nicht! Er hat noch nicht geplant! - Reinhold Hilbers [CDU]: Nein, darum kümmert er sich nicht!)

machen es erst möglich, das Wirtschaftswachstum präzise voranzutreiben.

Es ist daher nicht nur legitim, sondern auch höchst verantwortungsvoll, sowohl von der Anzahl her genügend Projekte für den Bundesverkehrswegeplan anzumelden als auch die Weiterentwicklung im Auge zu behalten.

Es ist eher fahrlässig gegenüber dem Land, dem Sie als Landesregierung verpflichtet sind, aus-

schließlich die dringlichsten Projekte anzumelden und nicht auch das, was möglicherweise in den nächsten Jahren erforderlich ist.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Bislang muss ich feststellen, dass Sie es gar nicht für nötig befinden, dem Land zu dem zu verhelfen, was es wirtschaftlich tatsächlich benötigt.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Machen Sie einmal einen Finanzierungsvorschlag!)

Der neue Wirtschaftsminister, Herr Lies, beteuert zwar, er setze sich für den Bau der A 20 und der A 39 ein,

(Zustimmung bei der SPD)

aber wohl erst dann, wenn der Bund auch alle Zahlungen von jetzt auf gleich übernimmt und gewillt ist, das auch weiterhin zu tun, und zu guter Letzt - das ist das I-Tüpfelchen obendrauf - möglicherweise die absolut wichtigsten Projekte erst dann unterstützt, wenn sozusagen von Rot-Grün das Ja, also die Zustimmung, erfolgt. Na, wunderbar! Wir können uns vorstellen, was dabei herauskommt!

(Christian Dürr [FDP]: Sehr richtig!)

Da erscheint schon einmal alles nach Ausrichtung der Grünen kaum noch vorstellbar. Ich bin gespannt, wie sich der Wirtschaftsminister aus dieser Situation befreit und ob die Grünen wieder einmal einknicken werden.

(Beifall bei der FDP - Gerd Ludwig Will [SPD]: Was wollen Sie eigentlich? Eine Autobahn bauen oder nicht?)

Denn eines ist doch wohl klar: Der Bund ist sich der Dringlichkeit und des Stellenwerts des Verkehrs in Norddeutschland weit mehr bewusst, als es die hiesige Landesregierung ist. - Traurig! Das zeigt sich auch daran, dass die weiteren Projekte Niedersachsens für Rot-Grün kaum noch eine Rolle spielen. Von der A 26, der A 33, der E 233 und dem weiteren Ausbau der A 1 und der A 7 ist überhaupt keine Rede mehr.

(Ronald Schminke [SPD]: Die A 7 wird aber auch nicht privatisiert, Frau König!)

Die West-Ost-Achse, die die IHK so vehement als Zukunftsprojekt gefordert hat, ist Ihnen anscheinend überhaupt noch nicht bekannt.

Wir werden vor Ort dafür sorgen, dass dies den Bürgern und den Unternehmen bekannt wird. Nach

dem Entschleunigungsprogramm von Rot-Grün kann man nur hoffen, dass über die bereits begonnenen Ausbaustufen nicht bald das grüne Gras wächst und der dann letzte Waggon, in den die Landesregierung die Niedersachsen hineindrängt, abgehängt auf einem Abstellgleis wiedergefunden wird, während die Bundesländer Bayern, Sachsen, Hessen und Thüringen in den vorderen Waggonen längst mit Volldampf davongefahren sind.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Wachen Sie also auf und verlassen Sie den Schlafwagen, bevor es zu spät ist! Niedersachsen hat es nicht verdient, so stiefmütterlich behandelt zu werden. Niedersachsen ist ein erfolgreiches und cooles Land. Das lassen wir von Ihrer destruktiven Haltung nicht zerstören.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Danke, Frau Kollegin König. - Jetzt hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Susanne Menge das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin!

Susanne Menge (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir Grünen treten für eine Verkehrspolitik ein, die danach fragt, was im Sinne von Nachhaltigkeit und Bezahlbarkeit sinnvoll ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nachhaltig ist es u. a., die knappen Mittel umzuverteilen hin zur klimaverträglichen Schiene und zu den Wasserwegen. Dabei gefährdet niemand den Wirtschaftsstandort Niedersachsen. Indem wir uns den vielfältigen Herausforderungen stellen, schaffen wir neue Perspektiven und Chancen für dieses Land.

(Beifall bei den GRÜNEN - Gabriela König [FDP]: Und wie!)

Rot-Grün wird mit den knappen Mitteln, die zur Verfügung stehen, die wertvollen Infrastrukturen sanieren und erhalten. An erster Stelle kommt für uns der Erhalt, danach der Ausbau und letztendlich der Neubau.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden dort, wo die Menschen und die Wirtschaft wichtig sind, alternative Lösungen im Straßenverkehr suchen und auch finden. Mit moderner Technik wie der Telematik, dem Ausnutzen von Kapazitäten, die, wie z. B. Standstreifen, ohnehin

vorhanden sind, oder auch mit einem Ausbau von Verkehrswegen werden wir engagiert an Lösungen für Straßenverkehrsknotenpunkte arbeiten.

(Miriam Staudte [GRÜNE]: Das ist sehr vernünftig!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Frau Kollegin Menge, ich darf Sie fragen, ob Ihnen der Kollege Bode eine Zwischenfrage stellen darf.

Susanne Menge (GRÜNE):

Ja, bitte!

(Ina Korter [GRÜNE]: Bei der ersten Rede! Was ist das denn? Und das von einem ehemaligen Minister!)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte, Herr Kollege!

Jörg Bode (FDP):

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Will hat eben ausgeführt, dass der Ministerpräsident gestern Abend beim Parlamentarischen Abend der Ems-Achse erklärt habe, die Landesregierung wolle das Projekt E 233 weiter fortführen.

(Gerd Ludwig Will [SPD]: Das habe ich überhaupt nicht gesagt! - Weitere Zurufe von der SPD)

Jetzt würde mich interessieren: Teilen Bündnis 90/Die Grünen als Koalitionspartner dieses Vorhaben?

Susanne Menge (GRÜNE):

Hören Sie einfach zu, was ich gleich noch zu sagen habe! Vielleicht klärt sich dann die Frage.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Komplexität dieser Probleme klammern wir nicht aus, sondern beziehen sie mit ein, wozu ein kritischer Blick auf das Wachstum als Motor für unsere Wirtschaft ebenso gehört wie die Einbeziehung zukünftiger Mobilität. Nach unserer Überzeugung gehören deshalb ausdrücklich Gigaliner nicht auf unsere Straßen, deren Maße und Belastbarkeiten überhaupt nicht für diese Ausgeburt unserer „Alles immer noch größer, noch breiter und noch länger“-Produktionsweise geeignet sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

241 Wunschprojekte aus schwarzer-gelber Feder, insbesondere die 65 Projekte, die noch unter ei-

nem ausdrücklichen Prüfvorbehalt stehen, reichen als Bauvorhaben aus - zügiges Arbeiten in den kommenden 200 Jahren und einen Haushalt, der milliardenschwere Aufträge nur für Niedersachsen finanzieren kann, vorausgesetzt.

Unabhängig davon, dass noch 15 weitere Bundesländer ihre Ansprüche anmelden werden, sind Ihre 241 Projekte ein Beispiel maßloser Haushaltspolitik und entsprechen in keiner Weise nachhaltigen Ansprüchen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung von Gerd Ludwig Will [SPD])

Sie verplanen nicht nur das Geld für acht bis zehn Generationen, sondern Sie manifestieren Strukturen für Jahrhunderte.

Wir werden genau prüfen, bevor wir eine Liste zusammenstellen, die wir fristgerecht bis September an den Bund melden werden. Diese Projekte müssen sich an den Kriterien unserer Verkehrspolitik messen lassen: Finanzierbarkeit, Sinnhaftigkeit und Nachhaltigkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nach der Meldung wird der Bund die Projekte wiederum überprüfen und filtern. Dort wird entschieden, welche Prioritäten der Bundesverkehrsweplan setzt. Fakt ist, dass wir allein für den Erhalt unserer Straßen schon mehr Geld ausgeben müssten, als wir haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die sogenannte Daehre-Kommission hat Ende 2012 einen Bericht vorgelegt, wonach das deutsche Verkehrssystem dramatisch unterfinanziert ist. Bund, Länder und Kommunen würden in den kommenden Jahren zusätzlich jährlich mindestens 7,2 Milliarden Euro benötigen, um den Bestand an Straßen, Schienen und Wasserwegen ausreichend zu sanieren bzw. zu erhalten. Laut Bericht sollen sich 20 % der Autobahnen und 40 % der Bundesstraßen sowie fast die Hälfte der Brücken an Bundesfernstraßen in einem bedenklichen Zustand befinden. Für Niedersachsen schätzt die Landesbehörde, dass wir allein für den Erhalt unserer Bundesfernstraßen jährlich 200 Millionen Euro ausgeben müssten. Hinzu kommen 50 Millionen Euro jährlich für Ingenieurbauwerke wie Brücken und dergleichen. Für die Fertigstellung laufender Projekte sind weitere 550 Millionen Euro nötig.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass Rot und Grün hinsichtlich der A 20 und der A 39 unterschiedlicher Meinung sind. Das darf auch so sein. SPD

und Grüne sind aufgefordert, mit diesem Dissens offen umzugehen. Wir sind aufgefordert, konstruktive Lösungen und vernünftige Entscheidungen zu treffen - im Diskurs mit den Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD - Zuruf: Wir haben eine Menge dazugelernt!)

Fazit: Wir haben schlicht kein Geld für eine Verkehrspolitik, die auf Neubau setzt. Wir müssen mit den wenigen Mitteln gut haushalten, um das Beste für die Menschen und für die ökonomischen Kräfte in diesem Land zu erreichen. Im Brüderle-Rösler-Jargon vom letzten Wochenende heißt das: Wir schleichen nicht - schon gar nicht in Birkenstocksandalen; denn Familie Birkenstock verhindert bis heute einen Betriebsrat -

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN und Beifall bei der SPD)

sondern wir sind die Fuzzis und die Typen, die energisch die komplexen Herausforderungen annehmen und progressive Politik für alle Menschen in diesem Land machen.

Danke schön.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Menge. Auch Ihnen herzlichen Glückwunsch für Ihre erste Rede im Parlament. - Das Wort hat für die Landesregierung der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herr Lies. Bitte schön, Herr Lies!

(Ulf Thiele [CDU]: Der erklärt jetzt den Dissens und wie er damit klarkommt! - Unruhe - Ronald Schminke [SPD]: Ihr solltet jetzt mal ein bisschen zuhören! Jetzt spricht der Chef! - Lachen bei der CDU und bei der FDP)

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich erinnere mich sehr angenehm an die Rede des Kollegen Winkelmann von heute, der erkannt hat, dass gute Politik dieser Landesregierung durchaus auch einmal Lob verdient.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Insofern hätte ich mir gewünscht, dass Sie vielleicht auch einmal ein bisschen sachlicher mit der Arbeit insbesondere im Bereich von Wirtschaft und Arbeit sowie Verkehr umgehen würden und nicht in der Form, in der wir es hier leider erleben mussten. Herr Bley, als Sie sagten, wir hätten die Landesstraßen zu erhalten, habe ich wirklich gedacht, ich falle vom Stuhl. Das, was wir mit Ihnen erlebt haben, ist doch genau das Gegenteil: Sie haben die Landesstraßen verkommen lassen! Das ist leider Fakt.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die neue Landesregierung sieht es als ihre Aufgabe an, für eine erfolgreiche Wirtschaft und gute Arbeitsplätze nicht nur Innovation zu fördern und für faire Löhne und Arbeitsbedingungen einzutreten, sondern vor allem auch für eine gute Infrastruktur zu sorgen.

Frau König, ich will die Worte am Ende Ihrer Rede aufgreifen. Ja, Niedersachsen ist ein cooles Land. - Sie haben es gesagt. - Und glauben Sie mir: Ein cooles Land ist Niedersachsen vor allen Dingen durch eine rot-grüne Landesregierung. Durch sie wird es dazu erst recht werden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir stehen angesichts der Verkehrsprognosen vor gewaltigen Herausforderungen. Die neue Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, den zusätzlichen Güterverkehr möglichst per Schiene und Binnenwasserstraße zu bewältigen. Das ist unbestreitbar wichtig und notwendig - wir haben das hier oft gemeinsam beschlossen -, wenn wir einen Verkehrskollaps auf unseren Fernstraßen vermeiden wollen; denn der Zubau an Straßen kann schon aus finanziellen Gründen nicht mit dem prognostizierten Zuwachs des Güterverkehrs mithalten.

(Gabriela König [FDP]: Die Schiene aber schon gar nicht!)

Der Mittelbedarf für die im Bau befindlichen Bundesfernstraßen und die Restfinanzierungsraten für künftige Jahre beläuft sich zurzeit auf rund 550 Millionen Euro. Hinzu kommen baureife Projekte mit ermittelten Kosten in Höhe von 180 Millionen Euro. Meine Damen und Herren, wir schieben somit über 750 Millionen Euro vor uns her, die noch abgearbeitet werden müssen. Und wir sind noch gar nicht an der Stelle angelangt, an der wir über neue Projekte reden.

Das Problem ist nicht die Planung der Maßnahmen, sondern die Bereitstellung der Haushaltsmittel durch den Bund. Insofern verstehe ich die Debatte, die Sie führen, oft nicht. Wir schieben nicht den schwarzen Peter Ramsauer nach Berlin - der sitzt da übrigens schon -, sondern wir haben das Problem, dass wir hier eine ganze Menge planen können, aber der Bund die Mittel zur Verfügung stellen muss, damit wir bauen können. Das ist eine rein sachliche Aussage. Insofern kann ich Ihre Kritik daran überhaupt nicht verstehen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Gabriela König [FDP]: Wenn wir nicht planen, können wir auch nicht weiterbauen!)

Das Problem ist also nicht die Planung der Maßnahmen, sondern die Bereitstellung der Haushaltsmittel durch den Bund. Letztendlich entscheidet doch der Bund, was wann und wo gebaut wird. Dessen ist sich übrigens auch die Landesregierung bewusst. Das kommt auch durch die Koalitionsvereinbarung, die wir aufgestellt haben, zum Ausdruck.

Die bisher ungeprüfte Zusammenfassung aller Wünsche der alten Landesregierung gegenüber dem Bund - es ist doch die Frage, was uns eigentlich vorliegt - weckt doch eine Erwartung, die angesichts der klaren Finanzsituation, die wir kennen, überhaupt nicht erfüllbar ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unter den 241 Straßenprojekten, die Sie vorgelegt haben, sind 65 Maßnahmen, die noch gar nicht die notwendige Überprüfung erfahren haben.

(Gabriela König [FDP]: Das macht doch nichts! Die muss man doch selbst erst einmal anschieben!)

Diese notwendige Überprüfung steht gerade an. Zunächst muss diese Überprüfung im Bundesverkehrsministerium durchgeführt werden. Deswegen wundere ich mich etwas über Ihren Entschliessungsantrag, aus dem ich einmal zitieren darf:

„... und die Anmelde-Liste für den Bundesverkehrswegeplan 2015 bis 2030, die Niedersachsen Mitte Dezember an Bundesverkehrsminister ... Ramsauer übergeben hatte, aufschnüren und überprüfen werden.“

Aber, meine sehr geehrte Frau König, das ist die Aufgabe. Sie haben überhaupt keine Liste übergeben.

(Gabriela König [FDP]: Doch!)

Sie haben vor der Wahl eine Scheinliste übergeben, die Sie dem Bundesverkehrsminister in die Hand gegeben haben. Diese Liste ist überhaupt nicht verabschiedet und überhaupt nicht überprüft. Das war Wahlkampf und keine vernünftige Politik, die Sie gemacht haben. Leider!

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Gabriela König [FDP]:
Das ist falsch, Herr Lies!)

Es handelt sich bei dem Kabinettsbeschluss, den Sie am 18. Dezember sozusagen mithilfe der Presse öffentlich gemacht haben, nicht um eine formale Anmeldung niedersächsischer Verkehrsprojekte, sondern, wie gerade erwähnt, ausschließlich um die Beauftragung des Wirtschaftsministeriums, zu überprüfen, inwieweit die 65 übrigens zum Teil gar nicht gewollten Projekte aus den Regionalkonferenzen, die Sie einfach willkürlich auf die Liste geschrieben haben, nach der Überprüfung bestehen bleiben können.

Zu diesem Zeitpunkt konnte es sich bei dem Bundesverkehrswegeplan Straße und Schiene gegenüber dem Bund nur um eine Absichtserklärung handeln. Auch das gehört zur Wahrheit dazu. Kommen Sie endlich herunter von Ihrer Behauptung, Sie hätten eine Anmeldung abgegeben! Das haben Sie nicht gemacht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Was das Ganze übrigens noch deutlicher macht - ich finde, das ist schon erstaunlich -: Die Grundkonzeption des Bundesverkehrswegeplans, die Grundlage für die Anmeldung ist, ist im Februar diesen Jahres an die Landesregierung übergeben worden. Da frage ich mich doch ernsthaft, meine sehr verehrten Damen und Herren der damaligen Regierungsfractionen, wie Sie

(David McAllister [CDU]: Sie waren weit vorne!)

- Sie waren weit vorne; das haben wir gemerkt; das sehen wir gerade an der Abarbeitung - im Vorfeld der übergebenen Grundkonzeption überhaupt schon eine Liste zusammenstellen konnten. Zumindest über dieses Argument sollten Sie noch einmal nachdenken und mit gewisser Sachlichkeit überlegen, ob Ihre bisher gemachten Aussagen richtig sind.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Fertigstellung der eigentlichen Anmelde-Liste der Straßenprojekte war übrigens von vornherein - auch bei Ihnen - für den Sommer 2013 vorgesehen, und dabei bleibt es auch.

Mit Ihrem Entschließungsantrag, meine sehr verehrten Damen und Herren von CDU und FDP, verunsichern Sie nur die Menschen in den Regionen. In den nächsten Monaten werden wir vorläufige Anmelde-Listen zum Bundesverkehrswegeplan überarbeiten müssen.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, ich darf Sie unterbrechen. Herr Kollege Bode möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie sie zu?

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Von Exkollegen zu Kollegen?

(Zuruf: Was denn nun?)

- Nein, das macht doch keinen Sinn. Ehemalige Minister sollen nicht Minister fragen. Das gehört sich nicht. Das machen wir nicht. So viel Stil sollte man in diesem Haus haben, finde ich.

(Zurufe)

- Nein, das macht man nicht.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vielleicht ist die Stilfrage auch die Frage, die Sie im Haus ganz vorneweg stellen sollten. Vielleicht sollten Sie einmal überlegen, ob Sie so, wie Sie sich heute Morgen schon benommen haben, diese Stilfrage wirklich erfüllen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN - Ulf Thiele [CDU] meldet sich zu Wort)

- Jetzt hat er sich die Frage von Herrn Bode geholt.

(Heiterkeit)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, ich muss Sie jetzt fragen, ob Sie die Zwischenfrage von dem Kollegen Thiele zulassen?

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Ich werde die Frage von Herrn Bode aus dem Mund von Herrn Thiele ebenfalls nicht zulassen.

(Björn Thümler [CDU]: Das zeigt, wie kleinkariert du bist! Das ist ganz kleines Karo!)

Ich möchte gerne meine Ausführungen fortsetzen. Wenn Sie aber am Ende der Ausführungen noch Fragen haben, stehe ich dafür sehr gerne zur Verfügung. Wir werden am Ende eine realistische Liste mit Projekten anmelden - vielleicht sollten Sie zuhören, damit Sie die richtigen Fragen stellen können -, ohne dass ich hier überhaupt von radikalen Streichungen reden will. Wir werden kein Projekt ohne die Beteiligung der betroffenen Landkreise und Kommunen streichen. Möglicherweise sind einige dabei, die gar nicht gewollt sind.

Betonen möchte ich folgenden Punkt: Vollkommen falsch wäre es - wie die abgewählte Landesregierung -, den Eindruck zu erwecken, als würden alle von uns angemeldeten Projekte am Ende verwirklicht. Das wird auch bis 2030 nicht der Fall sein, sondern mindestens 50 oder 100 Jahre dauern, je nachdem, wie weit diese Liste überhaupt abgearbeitet werden kann.

(Gabriela König [FDP]: Das haben wir in der Vergangenheit oft genug gesehen!)

Das letzte Wort zu allen Vorhaben hat der Bund. Er wird bei der Prüfung sowohl finanzielle als auch verkehrspolitische Maßstäbe ansetzen. Die generelle Haltung der Landesregierung will ich aber nicht verschweigen: Erhalt und Sanierung des Bestandes gehen vor Neubau. Das ist eine große und wichtige Herausforderung. Lassen Sie mich die Zahlen noch einmal nennen: 500 Millionen Euro ist der geschätzte Bedarf für Ingenieurbauwerke - also Brücken und Bundesfernstraßen - in Niedersachsen.

(Gabriela König [FDP]: Das wissen wir!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wollen Sie, dass wir in Niedersachsen zukünftig Brücken für den Verkehr sperren müssen, die Logistik in diesem Land verkomplizieren und nicht mehr möglich machen können, weil Sie nicht bereit sind, in den Erhalt zu investieren? Das kann nicht Ihre Vorstellung sein. Stimmen Sie uns zu! Erhalt ist wichtig, und es muss investiert werden.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Minister, von dem Kollegen Hilbers liegt ein Wunsch auf eine Zwischenfrage vor. Ich muss Sie

pflichtgemäß fragen, ob Sie diese Frage zulassen möchten.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Gerne am Ende meiner Ausführung. Ich glaube, dass ist jetzt wenig hilfreich. Meine Haltung zu den Autobahnprojekten ist klar und eindeutig.

(Reinhold Hilbers [CDU]: Ich sitze doch weit weg von Herrn Bode!)

Für mich sind die A 20 und die A 39 wichtige - ich betone: besonders wichtige - Projekte. Auch die E 233 habe ich bisher an jeder Stelle als notwendig dargestellt, und dabei werde ich auch bleiben.

(Ronald Schminke [SPD]: Auch die A 7!)

Mit der A 20 in Niedersachsen und der Weiterführung entlang der Ostseeküste in Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein und der geplanten Elbquerung in Glückstadt wird eine durchgängige Fernstraßenverbindung vom Baltikum bis zu den westeuropäischen Staaten entstehen. Eine Einbindung ins transeuropäische Netz macht die besondere Bedeutung dieser Strecke deutlich.

(Gabriela König [FDP]: Die A 26 fällt unter den Tisch!)

Neben der A 20 ist aus meiner Sicht auch der Neubau der A 39 von Lüneburg nach Wolfsburg mit rund 105 km ein ebenso wichtiges Infrastrukturvorhaben für Niedersachsen.

(Zustimmung bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Selbst bei optimistischer und optimaler Planung - ich habe vorhin die Zahlen der Abarbeitung genannt - ist es nicht möglich, allein aus Mitteln des Hauptbautitels vor 2018 damit zu beginnen. Die ehrliche Aussage ist es zu sagen, wann etwas möglich ist. Die unehrliche Aussage der Vergangenheit war es, mit Spatenstichen Leuten zu suggerieren, man würde mit Maßnahmen beginnen, die aber überhaupt nicht durchfinanziert sind. - So machen wir keine Verkehrspolitik für Niedersachsen.

(Unruhe - Jens Nacke [CDU]: Wo haben Sie das denn gesehen? - Gabriela König [FDP]: Ich kann mich wirklich nur wundern! - Reinhold Hilbers [CDU]: Wie war das in Soltau mit dem Finanzamt? - Jens Nacke [CDU]: Herr Will müssen Sie das mal erklä-

ren! Der hat eben gesagt, wir hätten nichts gebaut!)

Vielleicht, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es an dieser Stelle auch einmal notwendig, Ihnen den weiteren Ablauf zu erklären.

Die Kabinettsinformation am 18. Dezember 2012 - die, wie ich bereits erwähnt habe, den falschen Eindruck erweckt hat, eine Liste sei beim Bundesverkehrsministerium angemeldet worden - war der erste Schritt. Jetzt steht im Wirtschaftsministerium die Überprüfung der 65 noch zu überprüfenden Vorhaben an. Das wird von uns abgearbeitet. Vor der Sommerpause werde ich das Kabinett über die abschließende Liste unterrichten. Diese wird dann auch - übrigens wieder öffentlich - ins Internet gestellt. Die Meldung der Projekte ans BMVBS wird bis September 2013 über eine webbasierte Datenbank erfolgen. Das ist also auch für alle zugänglich.

Bis Ende 2013 werden wir eine landesinterne Plausibilisierung mit Vergleichsdaten zur Bundesbewertung aufstellen. Ich will Ihnen einmal den Entscheidungshorizont darstellen, der Ihnen nicht bewusst ist:

(Gabriela König [FDP]: Die süddeutschen Bundesländer werden sich freuen! Die konnten schon früh genug zugreifen!)

In den Jahren 2014/2015 wird die Bewertungsphase des Bundes einsetzen. Der Referentenentwurf ist für 2015/2016 geplant. Er wird 2016 in Berlin durch Kabinettsbeschluss in den Bundestag eingebracht, sodass quasi erst nach der Verabschiedung im Bundestag - deswegen ist das auch der richtige Begriff - der Bedarfsplan für Bundesfernstraßen vorliegt. Das zeigt, über welchen Zeithorizont wir verfügen.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, ich könnte noch eine Menge zur Frage der Entflechtungsmittel sagen. Ich glaube aber, dass Herr Will bereits alles dazu gesagt hat. Gestatten Sie mir noch eine Bemerkung am Schluss.

(Ronald Schminke [SPD]: Wir wollen noch was zur A 7 hören! - Gabriela König [FDP]: Die A 7 fällt unter den Tisch, wie alles andere auch!)

Wie Sie sehen und, glaube ich, auch an den Ausführungen deutlich erkennen konnten, wäre Ihr Antrag, meine Damen und Herren, nicht notwendig

gewesen. Aber er stört auch nicht, solange von Niedersachsen ein deutliches Signal an den Bund ausgeht und Störfeuer und Hiobsbotschaften, wie sie bisher von Ihrer Seite gekommen sind, uns bei der Entscheidung, die in Berlin getroffen wird, nicht schaden. Bitte achten Sie darauf im Sinne der niedersächsischen Infrastruktur. Ich glaube, dass ist Ihnen in den letzten Wochen etwas abhanden gekommen.

Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN - Zurufe von der CDU und von der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Minister. - Die CDU-Fraktion hat noch eine Restredezeit von 1:56 Minuten. Da der Herr Minister die für die Landesregierung vorgesehene Redezeit um rund 9 Minuten überzogen hat, erteile ich dem Kollegen Bley, der sich zu Wort gemeldet hat, aus Gründen der Fairness nicht nur das Wort für die Restredezeit, sondern runde sie auf 6 Minuten auf. Zudem erteile ich Herrn Bode, der auch ergänzende Redezeit in Anspruch nehmen will, 3 Minuten. In dieser Reihenfolge, bitte!

Karl-Heinz Bley (CDU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Lies, ich glaube, Sie sind nicht so weit von der Vernunft entfernt, dass wir uns nicht doch irgendwann auf ein ordentliches Ergebnis einigen.

(Unruhe - Johanne Modder [SPD]: Sehen Sie! Warum dann immer so dicke Backen machen? - Jens Nacke [CDU]: Die Grünen halten nur auf!)

Weswegen sind wir überhaupt tätig? - Gott sei Dank gibt es Medien. Wenn wir etwas in den Medien lesen und das parlamentarisch nicht aufgreifen, dann haben wir etwas versäumt. Das, was Sie und die Grünen zum Ausdruck gebracht haben, gibt uns genügend Anlass, tätig zu werden. Aber auch die Bevölkerung hat große Sorgen.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Deswegen haben wir gesagt: Keiner traut diesem Braten. Vielleicht kennen Sie die *Ems-Zeitung* vom 12. März. Die Kollegen im Emsland oder in Meppen schreiben, dass sich die Grünen wegen der E 233 an den Minister Lies wenden. Sie sehen das kritisch und stellen das Kosten-Nutzen-Verhältnis in Frage. Deswegen haben wir - mit Sicherheit

nicht unberechtigt - Sorge, dass der Minister einknicken könnte. Gestern war in der Presse zu lesen: „Entscheidung über Küstenautobahn fällt erst 2015.“ Minister Lies macht die A 20 von der Zustimmung der Grünen und von der Finanzierung des Bundes abhängig. Das ist ja das, was wir mit Sorge sehen. Hauen Sie auf den Tisch, Herr Lies, wenn Sie dafür sind, wie Sie soeben gesagt haben, und überlassen Sie das nicht den Grünen, die möglicherweise lieber auf die Schiene setzen! Hier haben Sie gesagt, Herr Lies: Die 65 Vorhaben müssen erst geprüft werden. Wir werden die Liste zusammenstreichen. - Das ist die Liste, die Sie zusammenstreichen wollen.

(Minister Olaf Lies: Wenn fünf runter gehen, ist das auch ein Zusammenstreichen!)

Ich kann sagen, dass wir das auf Papier bringen müssen. Wir haben berechnete Vorgaben gehabt. Aber auch die berechtigten Interessen der Bürger müssen berücksichtigt und aufgenommen werden. Das eine steht fest: Der Bundesverkehrswegeplan gilt von 2015 bis 2030. Bei all dem, was nicht in diesen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen wird, wird der Bund nicht tätig. Wenn Planungen nicht fertig sind, wird der Bund nicht tätig. Andere Länder profitieren davon. Deshalb müssen wir das auf Papier bringen. Wir melden das an, damit das Geld letztendlich nicht in andere Länder fließt. Schon beim letzten Bundesverkehrswegeplan haben wir vom Gesamtkuchen nicht unsere 10 % bekommen, sondern nur gut 8 %. Das müssen wir gemeinsam ändern.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich kann Ihnen sagen: Mit Sicherheit werden Sie auch in Ihren Wahlkreisen Maßnahmen haben; hier und da habt Ihr ja auch einen Wahlkreis gewonnen. Kultusministerin Heiligenstadt hat in ihrem Wahlkreis die B 241, die zwischen Sudheim und Katlenburg zweispurig neu ausgebaut werden soll. Außerdem soll die Ortsumgehung Katlenburg, ebenfalls die B 241, zweistreifig neu gebaut werden. Wollen Sie das vielleicht in Frage stellen?

Vielleicht können Sie in Varrel, Ihrem Heimatwahlkreis, die Ortsumgehung, die B 437, in Frage stellen. Wollen Sie das vielleicht in Frage stellen? - Es wird mit Sicherheit spannend, welche Maßnahmen gestrichen werden. Wir sind gespannt, wenn Sie dann sagen: Das wird im Internet eingestellt und nicht parlamentarisch bearbeitet.

Wenn dann gesagt wird, wenn Berlin zahlt, werden wir tätig, und wenn die Grünen es wollen, werden wir tätig, dann ist mir das einfach zu weit weg von dem, was Sie tatsächlich sagen.

Im Rahmen meiner Ausführungen habe ich mit Blick auf die Forderungen im Antrag deutlich zum Ausdruck gebracht, dass Sie Landesstraßen nicht außer Acht lassen dürfen, sondern dass es Ihre Pflicht ist, auch die in Ordnung zu halten. Das habe ich vorweg geschickt. Man darf nicht nur diese drei Punkte angehen und die Landesstraßen vernachlässigen. Das wollen wir nicht. Deshalb sage ich - - -

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bley, ich darf Sie einmal kurz unterbrechen. - Die Kollegin Emmerich-Kopatsch von der SPD-Fraktion möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen. Lassen Sie diese zu?

Karl-Heinz Bley (CDU):

Wenn sie das Bedürfnis hat.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Bitte schön!

Petra Emmerich-Kopatsch (SPD):

Vielen Dank. - Herr Bley, ich hatte tatsächlich das Bedürfnis, Sie zu fragen. In der Pressemitteilung der CDU zum Landkreis Goslar stand, dass nun wegen Rot-Grün die Ortsumgehung Hohegeiß und auch die Ortsumgehung Clausthal-Zellerfeld nicht mehr gebaut werden könnten. Können Sie mir erklären, warum die Ortsumgehung Hohegeiß, die seit den 30er-Jahren geplant ist, bislang nicht gebaut wurde, auch in den vergangenen zehn Jahren nicht?

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Sie haben wieder das Wort, Herr Bley.

Karl-Heinz Bley (CDU):

Der Ehrlichkeit halber kann ich nur sagen, dass mir diese Einzelheiten nicht bekannt sind. Wenn Sie zu allen 241 Einzelmaßnahmen etwas sagen können, dann sind Sie stark. Ich aber bin nicht so stark, sondern muss genauer hingucken. Leider ist es bedauerlich, dass viele Maßnahmen, die von den Ortschaften begehrt werden, nicht aufgenommen werden können. Dafür gibt es die unterschiedlichsten Ursachen, die ich im Einzelfall aber nicht

kenne. Wir wollen das jedoch gern aufarbeiten und Ihnen sagen, warum wir das zu unserer Regierungszeit nicht geschafft haben. Dann kann ich Ihnen ja behilflich sein.

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Bley, Frau Emmerich-Kopatsch möchte noch einmal nachfragen. Erlauben Sie das?

Karl-Heinz Bley (CDU):

Wir wollen jetzt keinen Einzeldialog führen. Ich war eben so fair und habe eine Zwischenfrage zugelassen und diese ordnungsgemäß beantwortet. Jetzt fahren wir fort.

In der Tat haben wir einen Antrag auf den Weg gebracht, weil uns das Sorgen bereitete. Von Herrn Lies haben wir in seinen Ausführungen mehrfach signalisiert bekommen, dass die größten Sorgen unberechtigt sind. Die Pressemitteilungen haben uns aber dazu veranlasst. Deshalb fordere ich Sie nach wie vor auf: Bleiben Sie bei dem Kurs, den Sie verkündet haben! - Deshalb noch einmal: Unser Antrag ist berechtigt. Ich hoffe, dass wir um Ausschuss zu einer guten Lösung kommen. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Bley. - Jetzt erhält die FDP die angekündigte zusätzliche Redezeit von drei Minuten. Bitte schön, Herr Bode!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Minister Lies, Sie brauchen gar keine große Angst vor mir zu haben. Ich will gar nicht auf die Meldungen zum Bundesverkehrswegeplan etc. eingehen, sondern nur einmal das Schauspiel, das Sie uns in den letzten Wochen bis zu seinem Höhepunkt am heutigen Tag vorgeführt haben, darstellen und Fragen daran anschließen.

Auf der einen Seite sind es Wirtschaftsminister Lies oder aber auch Abgeordnete der SPD, die vor Ort ankommen und sagen: Eine Umgehungsstraße, ein Straßenbauprojekt ist wichtig. Herr Schmidt spricht hinsichtlich der Ortsumgehung Celle sogar von dem bedeutendsten Infrastrukturprojekt überhaupt. Wir wollen es unbedingt nach vorn bringen.

Zwei Tage später kommen die kommunalen Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen mit Unterstützung der Vertreter der Landtagsfraktionen und

sagen: Auf gar keinen Fall wird dieses Infrastrukturprojekt weiter vorangetrieben. - Danach hat Herr Lies gesagt, er würde gern, aber er sei von der Zustimmung des Koalitionspartners abhängig. Also: Lies ist Minister von Wenzels Gnaden.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Von daher muss ich fragen: Was wird eigentlich getan? - Wir haben heute erlebt, dass die Grünen sagen: Ja, in diesem Bereich haben wir einen Dissens, den wir offen ausleben müssen. - Wie handlungsfähig ist eine Regierung, die in allen Bereichen nur einen Dissens auslebt?

Deshalb zu meiner entscheidenden Frage, die bisher niemand so richtig beantworten wollte. Herr Will hat hier gerade dargestellt, dass der Ministerpräsident gestern Abend beim Parlamentarischen Abend der Ems-Achse eine klare Aussage zugunsten E 233 getroffen hat. Der Fairness halber muss ich dazu sagen, dass alle Ohrenzeugen berichteten, dass der Ministerpräsident gesagt habe, dass die Landesregierung zum Projekt E 233 stehe und dieses Projekt voranbringen wolle unter der Bedingung, dass die Kosten-Nutzen-Berechnung positiv ausfällt und es ein sinnvolles Projekt sei.

Nachdem Bündnis 90/Die Grünen gegen dieses Projekt ist, wie heute in der Zeitung zu lesen ist, und nachdem Sie hier eben auf die Frage, ob Sie das unterstützen, nicht geantwortet haben, stellt sich für mich die Frage: Hatte der Ministerpräsident, als er das gestern beim Parlamentarischen Abend der Ems-Achse gesagt hat, die Zustimmung des Koalitionspartners? - Wenn er sie nicht hatte, braucht vielleicht nur der Wirtschaftsminister, nicht aber der Ministerpräsident die Zustimmung des Koalitionspartners? Gilt eigentlich das Wort des Ministerpräsidenten?

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Bode, ich muss Sie kurz unterbrechen. - Der Kollege Will möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Jörg Bode (FDP):

Ja, bitte.

Gerd Ludwig Will (SPD):

Herr Bode, vielleicht erinnern Sie sich an die Zeit, in der Sie als Minister Verantwortung getragen haben. Können Sie uns einmal berichten, wie viel fertig geplante Verkehrsmaßnahmen in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden sind, während Ihrer Regierungszeit aber nicht realisiert

werden konnten, weil kein Geld zur Verfügung stand?

Jörg Bode (FDP):

Sehr geehrter Herr Will, es ist kein Geheimnis, dass der Bundesverkehrswegeplan seit jeher unterfinanziert war. Es ist aber so, dass das Land Niedersachsen in den letzten zehn Jahren wesentlich mehr Mittel vom Bund zur Verfügung gestellt bekommen hat, als dies zu Ihrer Regierungszeit der Fall war. Als Sie die Grünen an Bord hatten, durften Sie ja noch nicht einmal Straßenprojekte anmelden. Genau darauf steuern wir auch jetzt wieder zu. Deshalb möchte ich wissen, was der Ministerpräsident gestern der anwesenden Gesellschaft gesagt hat, die das vor Ort als Erfolg verkauft haben. Gilt das Wort, oder bedarf es der Zustimmung des Koalitionspartners?

(Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Vielen Dank, Herr Bode. - Meine Damen und Herren, aufgrund der Nachfrage, die soeben gestellt wurde, ist auch die zusätzliche Redezeit in vollem Umfang ausgeschöpft. Vielleicht besteht aber gleich noch die Chance; denn uns liegt noch eine Wortmeldung von Herrn Minister Lies vor. Bitte schön!

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Klar ist doch erst einmal - um zur E 233 zu kommen -: Die Planungen werden uneingeschränkt so, wie sie da sind, fortgesetzt.

Ich will die ehemalige Landesregierung aber auch daran erinnern, dass die Mittel für die Planung im Wesentlichen aus Projekten der Landkreise und europäischen Zuschüssen gekommen sind. Das will ich fairerweise hinzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Außerdem will ich die ehemalige Landesregierung daran erinnern, dass sie bei der Frage der Finanzierung der E 233 nicht davon ausgegangen ist, dass sie aus dem Bundesverkehrswegeplan finanziert wird. Die ehemalige Landesregierung ist vielmehr von Folgendem ausgegangen:

„Eine konventionelle Finanzierung der Ausbaumaßnahmen ist zunächst nicht vorgesehen. Es wird in Abstimmung mit den Landkreisen und dem BMVBS davon ausgegan-

gen, dass für die Realisierung des Ausbaus ein ÖPP-Projekt infrage kommt.“

(Jörg Hillmer [CDU]: Was gilt denn für die jetzige Landesregierung?)

Meine Herren, was machen Sie da? - Sie stellen sich hin und erklären, wir würden ein Projekt infrage stellen, das Sie niemals ausfinanziert haben und auch niemals über den Bundesverkehrswegeplan ausfinanzieren wollten. Ich wünsche mir doch ein bisschen mehr Ehrlichkeit, wenn wir hier miteinander darüber reden.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Herr Kollege Lies - oder Herr Minister Lies; aber beides stimmt -, Herr Kollege Thiele möchte Ihnen eine Zwischenfrage stellen.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Gerne, wenn wir es damit dann klären können.

Ulf Thiele (CDU):

Herr Minister, herzlichen Dank. - Ich kann ja nachvollziehen, dass Ihnen diese Diskussion sehr unangenehm ist.

(Minister Olaf Lies: Im Gegenteil!)

- Das ist ja offensichtlich.

Wenn Sie dem Kollegen Bode denn schon so emotional antworten, wäre es aber doch freundlich, wenn Sie dann tatsächlich auf seine Frage antworten würden,

(Petra Tiemann [SPD]: Hat er doch!)

nämlich die Frage, ob das Wort des Ministerpräsidenten am gestrigen Abend gegenüber der Ems-Achse, die Planung und den Bau der E 233 zu unterstützen, von der Zustimmung der Grünen abhängig ist, und für den Fall, dass das so sein sollte, wie Sie in der vergangenen Woche in der Presse erklärt haben,

(Meta Janssen-Kucz [GRÜNE]: Sind Sie in der Lage, eine Frage zu stellen?)

sagen würden, ob die Zustimmung der Grünen denn tatsächlich auch eingeholt wurde oder ob der Ministerpräsident gestern eine leere Versprechung abgegeben hat.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Kollege Thiele, ich kann natürlich nur für mich reden, und ich kann für den Vorschlag reden, den das Verkehrsministerium oder das Wirtschaftsministerium - - -

(Zurufe von der CDU - Gegenruf von Petra Tiemann [SPD]: Entweder wollen Sie die Antwort hören oder nicht! - Unruhe)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, es geht hier ganz geordnet nach der Geschäftsordnung zu. Wenn der Minister Zwischenfragen zulässt, können sie gestellt werden. Jetzt geben Sie ihm bitte die Chance - er hat gerade das Wort -, zu antworten. Ansonsten haben Sie die Möglichkeit, jetzt zusätzliche Redezeit zu beantragen. Das hat der Kollege Nacke schon getan. Also warten Sie ab! Alle kommen dran.

Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Kollege Thiele, die E 233 wird komplett so geplant, wie sie geplant werden sollte. Daran wird sich überhaupt nichts verändern.

Die Kernfrage ist doch: Sie haben in der Vergangenheit überhaupt nicht vorgesehen, dass diese Straße jemals über den Bundesverkehrswegeplan finanziert werden sollte, sondern nach Möglichkeiten gesucht, um sie über ÖPP zu finanzieren. Aber von uns wollen Sie jetzt, ohne dass wir die abschließende Prüfung haben - sie liegt nämlich erst vor, wenn die Planung vollzogen wird -, eine Aussage haben.

Wir machen es anders. Wir melden - - -

(Jörg Hillmer [CDU]: Aber Sie haben es doch zugesagt!)

- Hören Sie doch zu! Wo ist denn das Problem, zuzuhören? Was ist daran so schwer? Das ist ja schlimmer als bei meinen Kindern.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wir machen im Unterschied zu Ihnen keine Wunschlisten, auf die wir Dinge einfach schreiben, sondern warten den Verlauf der Planung ab. Wir werden die Planung fortsetzen und die Ergebnisse abwarten. Wir werden nach den Ergebnissen be-

werten und nicht wie Sie Ankündigungen machen, die Sie doch nicht einhalten.

(Jörg Hillmer [CDU]: Sie haben doch eine Zusage gemacht!)

Das ist der Unterschied zwischen der alten und der neuen Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Jetzt gestatten Sie mir noch eine abschließende Bemerkung zu Herrn Bley. Bei allem Respekt vor der Aufzählung einzelner Maßnahmen - und ich stelle nicht infrage, dass 241 interessante Projekte dort stehen - muss ich sagen: Irgendetwas stimmt an Ihren Ausführungen nicht. Auf der einen Seite betonen Sie, wie dringlich A 20 und A 39 seien. Wir wissen aber: Die A 20 kostet 1 Milliarde Euro, die Elbquerung kostet 1 Milliarde Euro, und die A 39 kostet 1 Milliarde Euro. Maximal - das würde bedeuten, dass sich nichts verschlechtert; das wissen wir aber nicht - haben wir in 15 Jahren Abarbeitung des Bundesverkehrswegeplans aber gerade einmal 3 Milliarden Euro zur Verfügung. Dann frage ich mich, wie ernsthaft die alte Landesregierung - obwohl sie mit großem Brimborium sagt: das sind unsere großen Projekte - den Menschen vor Ort eigentlich erklärt hat, dass sie die zusätzlichen 239 Projekte, die Sie ebenfalls auf der Liste haben, ernsthaft vorantreiben will.

Da hätte ich mir von Ihnen ein bisschen mehr Ehrlichkeit gewünscht. Sie können sicher sein, dass die Menschen bei uns mehr Ehrlichkeit erleben.

(Starker, lang anhaltender Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Meine Damen und Herren, wenn ich die Gesamtrededzeiten der Landesregierung und der Oppositionsfractionen aufgrund der Entwicklung jetzt vergleiche, sehe ich, dass Anspruch auf zusätzliche Redezeit besteht. Sie ist auch beantragt worden: für die CDU-Fraktion von Herrn Nacke und für die FDP-Fraktion von Herrn Bode. Um die Redezeit gerecht zu verteilen, bekommt Herr Nacke drei Minuten und Herr Bode anderthalb Minuten.

Jens Nacke (CDU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Lies, die A 20 verläuft, wie Sie wissen, auf der westlichen Weserseite, mehr oder weniger zwischen unseren beiden Wahlkreisen. Sie liegt zwar auf dem nördlichen Gebiet des Am-

merlandes. Der Landkreis Friesland profitiert aber auch unmittelbar davon.

Der *Nordwest-Zeitung* vom heutigen Tag kann man entnehmen, dass Sie gestern bei der Vollversammlung der Oldenburgischen Industrie- und Handelskammer gewesen sind. Dort sind Zitate des IHK-Präsidenten Gert Stuke aufgeführt. Herr Stuke sagt, dass - Zitat - „die Planungen“ für die A 20 „ohne Verzögerungen weitergehen sollen“. Des Weiteren sagt er zu Ihren Ausführungen, zu Ihrem Verhalten: „Das verunsichert die Wirtschaft und ist auch ein falsches Signal nach Berlin.“ Und weiter: „Unser Appell“ - also der Appell der IHK -: „Geben Sie das Projekt nicht kampfflos auf.“ Damit meint er nicht CDU und FDP.

(Minister Olaf Lies: Damit meint er Sie!)

Damit meint er die Grünen, wenn er sagt, Sie sollten nicht kampfflos aufgeben, Herr Minister.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Ich frage Sie: Warum sagt er so etwas, wenn Sie da - das kann man hier sehen - genauso wie gerade gesprochen haben?

(Minister Olaf Lies: Weil er vor meiner Rede gesprochen hat!)

Sie haben hier ja ausgeführt, das alles sei ganz normal, das alles sei ganz in Ordnung, das alles werde ganz normal weiter geplant. - Warum macht er solche Ausführungen? - Weil er weiß, dass Sie heilfroh sind, wenn in den nächsten fünf Jahren nichts passiert, weil Sie mit Ihrem Koalitionspartner nicht übereinkommen. Das ist das Signal, das Sie nach Berlin aussenden.

Wie wollen Sie das den Menschen in Spohle, in Petersfeld, in Linswege erklären? Das sind Orte, die Sie sehr genau kennen. Durch diese Orte fährt zurzeit ein Lkw nach dem anderen. Und Sie machen nichts für die A 20, weil Sie sie gar nicht wollen, weil Sie das mit den Grünen nicht hinkriegen. Das ist die Wahrheit in diesem Land. Und das sollten Sie mal anders machen.

(Starker, anhaltender Beifall bei der CDU und bei der FDP)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Das Wort hat jetzt Herr Bode von der FDP-Fraktion mit der zusätzlichen Redezeit von anderthalb Minuten. Bitte schön!

Jörg Bode (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Herr Lies, es ist richtig, dass die Kosten für die Verkehrsprojekte so hoch sind, wie Sie gesagt haben. Deshalb hat die alte Landesregierung immer gesagt: Wir müssen dafür kämpfen, dass wir vorab mehr bekommen, weil der Norden mal dran ist.

(Johanne Modder [SPD]: Das ist genau das Gleiche!)

Herr Weil hat sogar gesagt, wir sollten in Berlin unseren Einfluss stärker geltend machen. Deshalb frage ich mich, warum Ihr eigener Wirtschaftsminister jetzt so klein beigibt und gar nicht mehr versucht, mehr Geld für Niedersachsen herauszuholen. Da ist doch etwas falsch.

(Beifall bei der FDP und bei der CDU - Johanne Modder [SPD]: Das hat er jetzt schon ein paar Mal erklärt! Sie sollten mal zuhören!)

Aber jetzt zu der spannenden Geschichte mit der E 233: Herr Lies hat das eben noch viel schlimmer gemacht. Er hat ja zugegeben, dass der Landesregierung bewusst war, dass für die E 233 ein ÖPP-Finanzierungsmodell angedacht war. Herr Weil hat den Koalitionsvertrag sicher auch im Kopf gehabt. Darin steht doch, dass die Regierungskoalition ÖPP-Verfahren im Straßenbau nicht mehr möchte, sondern nur noch in ganz ausgewählten Ausnahmen mit Zustimmung einsetzen will.

(Minister Olaf Lies: Nein! Das stimmt überhaupt nicht! Das ist eine Unverschämtheit!)

Deshalb bleibt meine Frage: Gilt das Wort des Ministerpräsidenten von gestern Abend zur E 233 - unabhängig, ob konventionelle Finanzierung oder ÖPP-Finanzierung -, und sind beide Koalitionspartner mit dieser Aussage einverstanden, oder gibt es noch einen Vorbehalt, sodass es gestern eine leere Versprechung war?

(Starker Beifall bei der FDP und bei der CDU)

Vizepräsident Klaus-Peter Bachmann:

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Zurufe: Oh!)

- Die Debatte ist ja nicht beendet, da wir jetzt zur Ausschussüberweisung kommen. In den Ausschüssen kann sie trefflich fortgesetzt werden.

Irgendwann findet hier auch die zweite Beratung statt. Die parlamentarische Beratung ist also nur in der ersten Runde beendet.

Deswegen kommen wir jetzt auch zu der Ausschussüberweisung.

Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen, federführend den Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr und mitberatend den Ausschuss für Haushalt und Finanzen damit zu befassen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Ausschussüberweisung wurde eindeutig ausreichend unterstützt. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 11:

Abschließende Beratung:

Zustimmung des Niedersächsischen Landtages gemäß Artikel 63 Abs. 1 NV; hier: Verkauf der landeseigenen Liegenschaft in Hannover, Wunstorfer Str. 14 - Antrag der Landesregierung - Drs. 17/10 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/32

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, die von der Landesregierung beantragte Einwilligung zur Veräußerung zu erteilen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Im Ältestenrat waren sich die Fraktionen einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher gleich abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit dem Antrag der Landesregierung in der Drucksache 17/10 die Einwilligung erteilen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das hat das Haus einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf den

Tagesordnungspunkt 12:

Abschließende Beratung:

Verkauf einer Baulandfläche in Osnabrück-Haste (Gemarkung Haste, Flur 4, Flurstück 1061, 1062, 1064, 1082, 1083, 1085, 1086, 1087, 1088, zur Größe von insgesamt 17 228 m²) - Antrag der Landesregierung - Drs. 17/13 - Be-

schlussempfehlung des Ausschusses für Haushalt und Finanzen - Drs. 17/33

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen auch hier, die von der Landesregierung beantragte Einwilligung zur Veräußerung zu erteilen.

Eine Berichterstattung ist ebenfalls nicht vorgesehen.

Auch hier waren sich die Fraktionen im Ältestenrat einig, dass über diesen Punkt ohne Besprechung abgestimmt wird. - Ich höre keinen Widerspruch und lasse daher abstimmen.

Wer der Beschlussempfehlung des Ausschusses zustimmen und damit dem Antrag der Landesregierung in der Drucksache 17/13 die Einwilligung erteilen will, den bitte ich um ein Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann hat das Haus auch das einstimmig so beschlossen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angekommen. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend, insbesondere beim Parlamentarischen Abend im Neuen Rathaus, wo sich die meisten sicherlich wiedertreffen werden. Wir sehen uns morgen früh um 9 Uhr zur nächsten Sitzung dieses Tagungsabschnitts.

Schluss der Sitzung: 17.12 Uhr.